

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: R. Kayser, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Ewald Steinbrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin O. 2 Neue Friedrichstr. 2.

Inserate für die vierspaltige Zeile oder deren Raum 60 Pfg.
Wergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 20 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Wie müssen unsere Verträge ausgelegt werden?

B. Unter dieser Überschrift behandelt „C. R.“ (Carl Rahardt) in der Nr. 10 der „Fachzeitung“ des Arbeitgeber-Schutzverbandes eine Anzahl Streitfälle, die sich durch die letzten Tarifabschlüsse ergeben haben und mit denen sich die Verbandsvorstände zu beschäftigen hatten. Mit Recht führt C. R. an, daß „hier oder dort aus einem Paragraphen etwas herausgelesen wird, was den verantwortlichen Personen bei ihren Absprachen ferngelegen hat“. Ja, in einer ganzen Anzahl Fälle mußten wir konstatieren, daß man aus dem Vertrage etwas herausgelesen versuchte, was dessen klarem Wortlaut direkt widerspricht. Nun ist ja richtig, daß die Verträge im Holzgewerbe noch recht jungen Datums sind und, daß die meisten Orte erst zwei, im höchsten Falle drei Vertragsperioden hinter sich haben, und daß sich erst im Laufe der Zeit bestimmte Normen bezüglich Auslegung der Vertragsbestimmungen herausbilden. Wichtig ist auch, daß die Fassung unserer Verträge in den meisten Orten noch sehr viel zu wünschen übrig läßt. Die Verträge sollen die Leistungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in ihren Wechselwirkungen möglichst genau umschreiben, um Streitfälle nach Möglichkeit zu verhindern. Nun ist es aber gerade im Holzgewerbe außerordentlich schwer, die Dinge in Paragraphenform so zu erfassen, daß ein Streit ausgeschlossen ist. Dieses trifft insbesondere auf die Lohnfrage zu. Ist das an und für sich schon schwer, so erschweren die Gewohnheiten, welche sich im Laufe der Zeit in den Vertragsorten herausgebildet haben, die Schaffung einheitlicher Normen. Teilweise ist es auch die Starrigkeit der Arbeitgeber, die es nicht zuläßt, daß die allgemein übliche Auffassung in einer Frage in dem Ortsvertrage zum Ausdruck kommt. Aber ganz abgesehen davon wird es wohl nie gelingen, alles das, was durch den Vertrag geregelt sein soll, so genau zu umschreiben, daß jeder Streit von vornherein ausgeschlossen ist. Da wird dann stets eine Instanz vorhanden sein müssen, die über die Auslegung der Vertragsbestimmungen ein Urteil abgibt, deren Autorität von den Vertragsparteien anerkannt wird.

In fast sämtlichen unserer Verträge ist dieser Anschauung Rechnung getragen und sind Schlichtungskommissionen vorgesehen. Dort, wo die Verträge eine Reihe von Jahren in Wirksamkeit sind und wo unsere Organisation den Arbeitgebern Respekt vor den Verträgen abnötigt, ist man im Laufe der Jahre zu einer einheitlichen Auffassung über die Auslegung der einzelnen Vertragsbestimmungen, wenigstens in den Schlichtungskommissionen, gekommen. In den meisten dieser Orte wird auch die Entscheidung der Schlichtungskommission ohne weiteres respektiert, insbesondere dann, wenn die beiderseitigen Organisationsleitungen die Schlichtungskommission stützen. Nun gibt es eine Anzahl Fälle, wo in der Schlichtungskommission eine Einigung nicht zu erzielen ist; für diesen Fall ist in der Regel in den Verträgen ein unparteiischer Vorsitzender vorgesehen, der die Entscheidung treffen soll. In Westfalen ist ein Einigungsamt mit dem Sitz in Essen gebildet. Die Verbandsvorstände sind sich aber seit langem darüber einig, daß, soweit irgend möglich, die Streitfälle ohne den Unparteiischen erledigt werden sollten, und aus diesem Grunde ist in vielen Verträgen ausgesprochen, daß auch die Verbandsvorstände zur Entscheidung herangezogen werden sollen. In fast allen Fällen, wo dieses geschehen ist, hat sich die Heranziehung des Unparteiischen erübrigt. Das kommt daher, daß die Vertreter der Vorstände, losgelöst von den örtlichen Verhältnissen, unbefangener an die Lösung der Frage herantreten und daß sich im Laufe der Zeit auch bei den Vorständen über gewisse Fragen eine einheitliche Auffassung herausgebildet hat. Dem Wunsche der einzelnen Partei kann in solchen Fällen ja nicht immer Rechnung getragen werden, obwohl beide Vorstände in solchen Fällen in erster Linie die Aufgabe haben, die gegenständlichen Meinungen zu klären und die Parteien sich näher zu bringen, denn in fast allen diesen Fällen ist ein magerer Vergleich auch besser als ein fetter Prozeß. Allerdings kann es sich hier nur um Fälle handeln, bei denen auch die Meinungen der Vorstände auseinandergehen. Wenn nun bei den Verträgen, die teilweise schon längere Jahre laufen, sogar noch Entscheidungen der Verbandsvorstände notwendig sind, wird die Entscheidung derselben bei neu abgeschlossenen Verträgen oder wenn neue Bestimmungen in die alten Verträge aufgenommen wurden, weit häufiger in Anspruch genommen. Bei der letzten großen Tarifbewegung haben die Vorstände

auch eine große Anzahl Entscheidungen treffen müssen in den Fällen, wo die Ortsparteien sich über die Fassung oder den Vertragsinhalt nicht einigen konnten. Es ist ja auch bekannt, daß außerdem noch Vertrauensleute der Verbände zur Entscheidung in einigen Fällen herangezogen werden mußten.

Eine Anzahl Fälle, bei denen die Vorstände die Entscheidung zu treffen hatten, bespricht nun C. R. in der letzten Nummer der Fachzeitung. Seit dem Abschluß der Verhandlungen haben sich die Vorstände mit annähernd 60 solcher Streitfälle beschäftigen müssen. In den weitaus meisten wurde die Entscheidung zugunsten unserer Kollegen getroffen und hat der Vorstand des Schutzverbandes recht viel Mühe aufwenden müssen, um die Entscheidung bei seinen Mitgliedern durchzusetzen. Ein Beweis dafür, wie wenig guter Wille bei einer Anzahl Bezirksverbände des Schutzverbandes vorhanden ist, sich in den allgemeinen Mahnen einzufügen. Dabei sei gleich bemerkt, daß der Vorstand des Schutzverbandes zu seiner Entscheidung auch nur gezwungenermaßen gekommen ist, wenn er Treu und Glauben nicht verletzen wollte. Was da für Zumutungen gestellt wurden, dafür einige Beispiele.

Die Arbeitgeber in Oberschlesien (Deutchen usw.) wollten allen Ernstes nur den Tischlern die vertragliche Lohnhöhung gewähren, während die Maschinenarbeiter leer ausgehen sollten, und das darum, weil die Maschinenarbeiter nicht besonders benannt waren. Unseren Einwand, daß, wenn diese Auffassung richtig wäre, die Maschinenarbeiter überhaupt nicht unter den Vertrag fallen würden, also die Berechtigung hätten, Forderungen zu stellen, konnten die Herren Arbeitgeber in Oberschlesien — allen voran Herr Cohn — nicht verstehen. Daß aber, wenn die Maschinenarbeiter unter den Vertrag fallen — dieses wurde von Herrn Cohn als selbstverständlich hingestellt — der Vorstand des Schutzverbandes entscheiden mußte, daß ihnen auch die Lohnzulage zusteht, darüber besteht unter vernünftigen Menschen kaum ein Zweifel.

Die Arbeitgeber in Brandenburg wollten die vertragliche Lohnzulage erst ab 21. März zahlen. Bekanntlich haben sich die Verhandlungen in Berlin recht lange hingezogen. Die Verträge waren zum größten Teil bereits am 12. Februar abgelaufen. Ueber eine ganze Anzahl Verträge war auch schon im Februar eine Einigung erzielt. Es bestand aber der Beschluß der Generalversammlung des Schutzverbandes, daß die Verträge erst dann in Kraft treten sollten, wenn für alle Städte eine Verständigung erzielt sei. Daß unsere Kollegen in den einzelnen Städten das Bestreben hatten, in den Genuss der für sofort zugestandenen besseren Bedingungen zu treten, ist selbstverständlich, zumal ja der Beschluß des Schutzverbandes unsere Mitglieder nichts angeht. Die Vorstände einigten sich dann, daß die besseren Bedingungen am 14. März auf der ganzen Linie in Kraft treten sollten. Das können nun die Arbeitgeber in Brandenburg nicht begreifen und wünschen für sich eine Extravurst gebraten, was natürlich nicht angeht.

In dem Potsdamer Falle scheint es uns, als wenn Herr Fobbe vom Schutzverband ein Teil Schuld beizumessen ist, daß der Streikfall immer noch nicht erledigt ist. Wie schon oben erwähnt, einigten sich die Vorstände, daß die besseren Bedingungen ab 14. März, die Verträge in vollem Umfange aber erst mit der Unterzeichnung in Kraft treten sollten. Nun waren bei den Verhandlungen eine Anzahl Protokolle mit der Überschrift „Vertrag“ versehen, u. a. auch das Protokoll für Potsdam. Weil die Potsdamer Arbeitgeber eine sofortige Lohnhöhung nicht zu zahlen brauchten, hatten sie ein Interesse daran, den Vertrag sofort in Kraft zu setzen, weil sie dann die Vergütung für die zwei Stunden früheren Arbeitschluß vor dem Osterfest, die auf Grund des früheren Vertrages gewährt werden mußte, aber im neuen Vertrag in Wegfall gekommen sind, nicht zu zahlen brauchten. Hier soll nun Herr Fobbe den Arbeitgebern in P., wie diese behaupten, mitgeteilt haben, daß sie mit ihrer Auffassung im Recht seien. Wie sich das mit der klaren Abmachung der Vorstände verträgt, ist uns unerfindlich. Darüber wird noch ein Wort zu reden sein.

Ueber die Streitfragen in Thorn und Bromberg ist eine Entscheidung der Zentralvorstände entgegen der Behauptung von C. R. noch nicht erfolgt. Unser Vorstand ist der Meinung, daß Thorn und Bromberg nicht gleich behandelt werden kann. Wichtig ist auch nicht, daß für Thorn und Bromberg ein „gleicher Tarif“, soll wohl heißen, ein Tarif mit gleichen Preisen, bestanden hat. Doch darüber später, wie wir auch auf die weiteren Entscheidungen der Vorstände noch zurückkommen werden, nachdem die Frage einmal angeschnitten ist.

Heute nur noch einige Worte über die Behandlung der Streitfrage Kiel durch C. R. Der bisherige Kieler Vertrag hatte Gültigkeit auch für die direkt angrenzenden Vororte. Jetzt wollen die Arbeitgeber neben Kiel weitere 21 Orte unter den Vertrag bringen, darunter solche, welche stundenweit von Kiel entfernt sind und wo der Schutzverband vielfach gar keine Mitglieder hat. Das geschieht mit der ausgesprochenen Absicht, damit nach diesen Orten Montagegeld nicht mehr gezahlt werden braucht. Unsere Kollegen wehren sich mit Recht gegen eine derartige Zumutung, die eine erhebliche Verschlechterung gegenüber dem bisherigen Zustand bedeutet. C. R. sagt nun: „Im Interesse der Konkurrenzfähigkeit unserer Kieler Kollegen muß gefordert werden, daß die Arbeiter von ihrem ebenso eigenartigen, wie eigenartigen Verhalten gegenüber dem völlig berechtigten Standpunkte der Arbeitgeber Abstand nehmen, ohne Rücksicht darauf, ob in den Verhandlungen von den Vororten gesprochen wurde oder nicht.“ und „die Kieler Arbeiter glauben ihre Interessen besser zu wahren, wenn die Arbeitsbedingungen ihrer Genossen in den Vororten schlechter sind, wie die eigenen.“ C. R. weiß ganz genau, daß die letztere Behauptung eine leere Behauptung ist, für die er nicht den Schatten eines Beweises antreten kann. Die Konkurrenzfähigkeit der Arbeitgeber wird immer dann in den Vordergrund gestellt, wenn agitatorische Rücksichten daran nicht hindern, nämlich, wenn nicht die Gefahr besteht, daß die in den Vororten wohnenden Mitglieder des Schutzverbandes durch die Einbeziehung zum Austritt veranlaßt werden könnten.

Wie war es denn mit dem Fall Siebel in Rath bei Düsseldorf? Rath wurde nach Düsseldorf einverleibt und die Arbeiter verlangten dann die Durchführung des Düsseldorfer Vertrages in diesem Betriebe. Dagegen wehrte sich der Vorstand des Schutzverbandes, weil Rath noch nicht vollständig einverleibt sei, da es noch eine eigene — Ortskrankenkasse habe! — Wie war es mit Hannover und Gildesheim? Bester Ort ist von Hannover leichter zu erreichen, als einzelne Orte, die nun unter den Vertrag in Kiel fallen sollen. Dort wurde gesagt, man kann doch Gildesheim nicht mit Hannover vergleichen. Und noch ein besonders krasser Fall — Neumünster! Von dort wird nur nach Hamburg gearbeitet. Als eine Kürzung der Arbeitszeit auf 64 Stunden verlangt wurde (Hamburg hat 62 Stunden), da gingen die Verhandlungen aus dem Reim und der Vorstand des Schutzverbandes billigte das Verhalten der Arbeitgeber in Neumünster. Allerdings handelte es sich in allen diesen Fällen um Mitglieder des Schutzverbandes. Wie kommt nun der Schutzverband überhaupt dazu, für Leute Verträge abzuschließen zu wollen, die gar nicht seine Mitglieder sind? So liegt es nämlich in den Orten in der Nähe Kiels! Daß dort die Kieler Bedingungen durchgeführt werden, daran haben unsere Kollegen das größte Interesse, und was in dieser Richtung geschehen kann, werden unsere Kieler Kollegen gern tun. Daß sie sich aber Verschlechterungen nicht gefallen lassen werden, ist selbstverständlich, und da wird, wenn eine Einigung nicht möglich, der alte Zustand eintreten müssen, nämlich der Vertrag für dieselben Orte Geltung haben, wie der alte, — „weil die Arbeitgeber bei den Verhandlungen nicht von den Orten geredet haben.“ Es ist das selbe Verhältnis, als wenn unsere Kollegen heute mit neuen Forderungen kommen würden, dann würde C. R. sagen: „Das ist eine starke Zumutung.“ So legt man Verträge und Abmachungen nicht aus!

Wirtschaftliche Rundschau.

Dr. Die heutige wirtschaftliche Berichterstattung beruht überwiegend noch auf den Angaben oder Referaten von Interessenten, deren Blick nicht nur eng ist, sondern auch durch ihre geschäftlichen Rücksichten beeinträchtigt wird. Nun können wir die Berichterstattung der Interessenten nicht beschränken, aber sie sollte nicht ausschließlich herrschen, und es sollte immer deutlich erkennbar sein, aus welcher Quelle die jeweiligen Berichte stammen. Bekanntlich bringt das „Reichsarbeitsblatt“ allmonatlich Berichte über die Geschäftslage auf den Arbeitsmarkt in den verschiedenen Gewerben. Auch über das Holzgewerbe wird berichtet. Diese Berichte gehen durch die Presse und werden auch von der Arbeiterpresse abgedruckt. Dabei wird ganz und gar übersehen, daß diese Berichte samt und sonders aus Arbeitgeberkreisen herrühren und die Lage immer vom Standpunkt des Arbeitgebers aus beleuchten. Es braucht aber nicht erst auseinanderzusetzen zu werden, daß die Beleuchtung des Arbeitsmarktes eine ganz verschiedene ist, je nachdem sie

durch die Wille des Verkäufers der Ware Arbeitskraft oder durch die des Käufers betrachtet wird. Ob es nun richtig ist, daß das offizielle „Reichsarbeitsblatt“ die Berücksichtigung über den Arbeitsmarkt ausschließlich in die Hände der Arbeitgeber legt oder nicht, darüber wollen wir hier nicht reden, nur darauf sei aufmerksam gemacht, daß das englische Arbeitsamt die textlichen Berichte auf Grund der ziffermäßigen Nachweise über den Arbeitsmarkt, die von Arbeitgebern und Arbeitern resp. der Organisationen bei ihm einlaufen, selbständig bearbeitet. Aber daß die Stimmungsbilder des „Reichsarbeitsblattes“ so unbeanstandet durch die Presse gehen, das beweist, wie bescheiden noch die Ansprüche an unsere wirtschaftliche Berichterstattung sind. Ganz abgesehen aber von der Quelle ist das Material, auf das sich diese Berichte gründen, nicht entfernt für eine Verallgemeinerung ausreichend. Dagegen wird das in dem statistischen Teile des „Reichsarbeitsblattes“ stehende Material, das verarbeitet ungeheuer wertvoll wäre, unbeachtet links liegen gelassen.

Die Entwicklung des Arbeitsmarktes im Holzgewerbe ergibt für das erste Vierteljahr 1910 eine recht erfreuliche Besserung, wenn auch zu beachten bleibt, daß die Lage der Jahre 1906 und 1907 noch nicht erreicht ist. Es betrug nämlich der Andrang in den ersten drei Monaten der nachstehenden Jahre auf je 100 offene Stellen:

	1906	1907	1908	1909	1910
Januar	204,2	224,8	820,7	589,8	812,2
Februar	154,8	198,9	265,7	443,5	248,9
März	129,5	146,1	206,8	301,1	167,8

Natürlich weicht die Entwicklung und der gegenwärtige Stand in den einzelnen Gegenden und in den einzelnen Berufen von dem Reichsdurchschnitt mehr oder weniger ab. Von den einzelnen Gegenden kommt dem Reichsdurchschnitt im März Schleswig-Holstein mit 168,45 am nächsten. Ueber dem Durchschnitt stehen noch folgende Gebiete: Westfalen mit 344,22, Baden mit 225,43, das Königreich Sachsen mit 211,65, Hessen-Nassau mit 210,25, Rheinland mit 180,5, Elßaß-Lothringen mit 175,91 und Hamburg mit 170,21. Unter dem Durchschnitt stehen: Berlin mit 156,20, Posen mit 152,18, Brandenburg mit 148,98, Ostpreußen mit 138,83, Bayern mit 126,44, Hannover mit 125,82, Provinz Sachsen mit 124,12, Württemberg mit 105,96, Pommern mit 100 und Schlesien gar mit 97,87. Man sieht, es herrscht ein überaus starker Unterschied in dem Andrang der einzelnen Gebiete. Welch ein Unterschied in der Lage des Arbeitsmarktes in Schlesien mit 97,87 und in Westfalen mit 344,22. Hier ein noch bedrückendes Ueberangebot, dort schon ein leichtes Ueberwiegen der Nachfrage über das Angebot! Wenn auch in Wirklichkeit die Unterschiede vielleicht nicht ganz so stark vorhanden sind, so sind sie inwiefern groß genug, um erhebliche Abweichungen in der Lage des Arbeitsmarktes zu bedingen. Die Unterschiede ergeben sich aber auch bei der Betrachtung der einzelnen Berufe. Hier stellte sich der Andrang wie folgt:

	Tischler	Drechsler	Böttcher	Bürsten-, Namm- und Korbmacher
Januar	308,09	282,63	344,87	271,73
Februar	232,37	175,10	306,48	234,58
März	169,00	155,66	233,53	135,30

Am niedrigsten ist der Märzandrang bei den Bürsten-, Namm- und Korbmachern. An zweiter Stelle stehen die Drechsler, während bei den Tischlern der Andrang etwas über den Reichsdurchschnitt hinausgeht. Sehr hoch ist der Andrang dagegen noch bei den Böttchern.

Die Württembergische Holzwaren-Manufaktur A. G. vorm. Bayer u. Leibfried in Ellingen a. N. hat im Jahre 1900 auf ein Aktienkapital von 600 000 Mk. eine Dividende von 4 1/2 Proz. verteilt. Das gesamte arbeitende Kapital beläuft sich auf 1 141 428 Mk., wovon 404 000 Mk. Hypotheken, 600 000 Mk. Aktienkapital und der Rest Reserven sind. Der Nettogewinn stellte sich auf 241 870,99 Mk., von dem außer Unkosten und Unterhaltung 28 278,88 Mk. als Abschreibungen abgehen. Als Reingewinn ist die Summe von 57 411,67 Mk. ausgewiesen. Von diesem Betrag gehen 2870,58 Mk. an den Reservefonds, 8500 Mk. werden als Taxikasse an den Vorstand und Aufsichtsrat sowie an Gratifikationen an Beamte verteilt, 27 000 Mk. bekommen die Aktionäre als Dividende und der Rest mit 19 041,09 Mk. wird auf neue Geschäftsjahr vorgezogen. Die Geschäftslage war nach dem Bericht im Jahre 1900 sehr schlecht, da namentlich die Preise überaus gedrückt waren. Die Gesellschaft hat die teilweise ganz unmotivierte Preisschleuderei nicht mitgemacht und eine Anzahl von Aufträgen zurückgewiesen, weil zu niedrige Preise verlangt wurden. Die gegenwärtige Geschäftslage ist besser. Infolge bedeutenden Auftragsaufsatzes ist der Betrieb voll beschäftigt.

Freier Wettbewerb der Kräfte.

II. r. Seit Jahrtausenden schon müht sich die Menschheit mit dem Problem der gleichzeitigen Gelegenheit ab, ohne es gelöst zu haben. Auch der Versuch des Christentums, die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Schranken im Zusammenleben der Menschen und den Menschen lediglich nach seinem inneren Wert zu beurteilen, ist kläglich gescheitert, denn heute wie früher spielt der Zufall der Geburt eine große Rolle bei der Entwicklungsmöglichkeit des Individuums. Der Besitz, die Familiengliederung, die Protektion und alle diese Dinge fördern oder hemmen den Menschen in seinem Fortkommen. Schon der alte Grieche Sokrates, der weiseste der Menschen, hat dies beklagt. Wie uns sein Schüler Plato, dieser Jesaias der Griechen, erzählt, sprach Sokrates einstmal folgendermaßen: „Wenn ich Fürst wäre, so würde ich die Bürger zusammenrufen und ihnen sagen: Meine Brüder, wir sind alle Brüder, aber die Götter haben uns ungleich geschaffen. Einige von uns sind aus Gold gemacht und haben die Gabe, die Menschen zu leiten und zu führen, andere sind aus Silber und sollen die Helfer der Führer sein, andere sind aus Kupfer und Eisen gemacht und sollen die gewöhnlichen Arbeiten verrichten. Aber da ihr ursprünglich aus derselben Familie stammt, so wird ein goldener Vater manchmal einen eisernen Sohn haben und umgekehrt ein eiserner Vater einen goldenen Sohn. Da soll dann kein Mitleid herrschen, sondern ein eiserner Sohn soll herabsteigen auf der Leiter, während der goldene Sohn emporsteigen muß. Denn jeder Staat wird zu

Grunde gehen, der nicht von goldenen, sondern von eisernen Menschen regiert wird.“

Diese Worte des alten Philosophen haben auch heute, nach mehr als zweitausend Jahren, noch nichts von ihrer Wahrheit eingebüßt. Auch heute noch ist es ein Unglück, wenn die eisernen und kupfernen Menschen die erste Rolle spielen, während die goldenen und silbernen mundtot gemacht werden. Man braucht nur nach Preußen zu blicken, um zu erkennen, wie scharf der weiße Sostrates das Wesen eines Staates erfasst hat. Ein Staat muß rüchändig bleiben, in dem die konservativen Junker den Ton angeben, die konservativen Junker, die nach einem Ausspruch ihres Führers, des Geheimrats Hermann Wagner, „teils Dörsen von Geburt, teils Ochsen aus Prinzip“ sind. Die Herrschaft der Wenigen, die Oligarchie, ist antisozial und kulturfeindlich, während die Demokratie ohne Zweifel das richtige Prinzip ist.

In einem wirklich demokratischen Staatswesen regiert das Volk sich selbst durch seine von ihm erwählten Führer: dem sozialen Gesetze der Organisation zufolge schafft es sich selbst seine Leitung, indem es die besten seiner Mitbürger an die Spitze beruft. Während in einem monarchischen und oligarchischen Staate der Zufall der Geburt oder der Geldsack die ausschlaggebende Rolle spielt und deshalb nur hin und wieder die geeigneten Personen an die Spitze kommen, liegt in der Demokratie die Sache gerade umgekehrt. In der Monarchie ist es eine Ausnahme, ein glücklicher Zufall, wenn ein tüchtiger Mensch auf dem Fürstenthron sitzt. Man braucht nur die lange Reihe der Fürsten in der Weltgeschichte zu überblicken, um zu bemerken, daß mindestens 90 Prozent minderwertige Ware sind. Und es kommt noch hinzu, daß es sehr schwer, fast unmöglich ist, den Fehler, den der Zufall herbeigeführt hat, wieder gutzumachen. Daher ist die Erbmonarchie ein Verstoß gegen die Vernunft und ein Hindernis der natürlichen Entwicklung. In der wahren Demokratie dagegen kann allerdings bei der Wahl der Leitung ein Mißgriff passieren, aber das ist eine Ausnahme, und das Volk hat stets die Möglichkeit, den Fehler wieder gutzumachen, indem es eine andere Leitung wählt. Daher erklärt es sich auch, daß alle großen Denker, die sich mit den staatlichen Organisationen beschäftigt haben, mit aller Entschiedenheit für die demokratische Staatsform eintreten, wobei sie allerdings mit Recht Wert darauf legen, daß die Masse des Volkes in einer Demokratie aufgeklärt und urteilsfähig ist. Und das ist auch die Ursache, weshalb die Demokratie bislang noch niemals richtig durchgeführt worden ist und so viele Mängel aufweist. Volksherrschaft. Wie nur der Mensch sich selbst zu leiten versteht, der Verstandes- und Herzens- und Charakterbildung besitzt, so kann auch nur ein gebildetes Volk sich selbst regieren.

Die Demokratie mit der freien Wahl ist nicht nur eine schöne Theorie, sondern hat auch bereits in der Praxis schöne Früchte gezeitigt. Man blicke nur hin auf das mittelalterliche Kriegswesen. Die Landsknechte, die sich aus freiem Entschluß um ihr Fähnlein scharten, wählten sich selbst ihren Führer, den Feldwäibel; die Feldwäibel wählten sich ihren Hauptmann, die Hauptleute ihren Oberst, die Obersten ihren General und die Generale ihren Genera-

Streiferinnerungen aus den Anfängen der Organisation.

III. (Schluß)

w. Der schöne westfälische Badeort Dehnhausen, in dem heute mehrere Groß-Tischlereien betrieben werden, fand damals durch die „Mechanische Bau-Tischlerei A. G.“ in nicht eben dem besten Andenken bei den deutschen Tischlern. Dieser Betrieb verlegte sich hauptsächlich auf größere Aufträge, die durch Submission vergeben wurden, und machte dann Angebote, die regelmäßig erheblich unter den Durchschnittsofferten blieben. So hatte die Firma 1879 die Herstellung der Deckenvertäfelung für den Bahnhofsneubau in Hannover für 6700 Mk. übernommen, während die Konkurrenz einen Preis von 16 000 Mk. kalkuliert hatte. Solche Preisunterbietung war nur möglich auf Grund einer beispiellosen Ausbeutung der Arbeiter, die trotz wütender Affordschusterei oft nur Durchschnittsberdienste von 11 und 12 Mk. pro Woche erzielten.

Anfang 1884 begründeten die Tischler Dehnhausens einen Fachverein. Sehr zum Mißvergnügen des Direktors der Aktiengesellschaft, eines Herrn Hühgrath, der mit betrieblichem Eifer über die Zufriedenheit seiner Ausbeutungsobjekte machte. Dabei gefiel er sich der Öffentlichkeit und seinen Arbeitern gegenüber in der Maske des biederen Volkstreuenden und in geschwollenen Worten verübete er später, wie er mit Freunden den Fachverein begründet habe als der „verheißenen Herd zur Pflege der Fachwissenschaften und zur gegenseitigen Unterstützung“ und wie er selbst gern solchen Reden Zeit und Geld opfern wolle. Aber hinter dem unschuldsvollen Schafsfell fürzte gar bald ein grimmiger Wolf hervor, als in dem „verheißenen Herd“ die Arbeiter über ihre Notlage zu betonen anfingen. Zunächst versuchte es der Herr Direktor noch im guten, den Fachverein um die Ecke zu bringen, indem er dessen Vorsitzenden zur Niederlegung seiner Aemter zu veranlassen suchte. Dieser aber blieb standhaft und nun wurde ihm mit drei anderen „Hebern“ kurzerhand von Herrn Hühgrath gekündigt.

Diese Maßregelung mit einem Streit zu beantworten, war mehr als gewagt. Der Fachverein war eben erst gegründet und somit waren Geldmittel am Orte überhaupt nicht vorhanden. Bei dem Charakter des Herrn Hühgrath stand aber von vornherein fest, daß nur ein langwieriger Kampf ihn zur Kapitulation zwingen würde. Da

der zentrale Streiffonds auch über nicht viel mehr als seinen Namen verfügte, hätte es also unerhörter persönlicher Opfer der Streikenden bedurft, um einen Sieg zu erringen. Das aber war wiederum nicht zu erwarten, da der Organisationsgedanke ja eben erst in seinen Keimen entwickelt war. So konnte dieser Streit als verloren gelten, ehe er nur begonnen hatte. Wenn trotzdem die Stuttgarter Zeitung die Genehmigung erteilte, so waren dafür die Gründe maßgebend, die wir schon in der Auslassung der „Neuen Tischlerzeitung“ gefunden haben.

Am 1. April traten 82 Mann, etwa zwei Drittel der Beschäftigten, in den Streit. Neben der Wiedereinstellung der Gemäßregelten wurde ein Wochenlohn von 15 resp. 16 1/2 Mark gefordert; der beste Beweis, wie traurig es um die Lohnverhältnisse bestellt sein mußte. Es kam nun wie es nicht anders kommen konnte. Die Stuttgarter Zeitung machte die verzweifeltsten Anstrengungen, die nötigen Mittel zur Erhaltung der Streikenden, die fast durchweg Familienväter waren, aufzubringen. In lebenden Bitten wandte sich Klotz in Zirkularschreiben an die Fachvereine, denen er in plastischen Formen die Notlage der Dehnhäuser darstellte. Aber die einlaufenden Gelder reichten zur Aufrechterhaltung des Kampfes nicht aus, den Streikenden konnten selbst die wenigen Mark Unterstützung, die versprochen waren, nicht ausbezahlt werden. So fiel denn bald die größere Hälfte von den Streikenden ab und nach zwölf entbehrungsreichen Wochen mußte auch der Rest der Aufrechten das nutzlose weitere Streikens einsehen. 9 Mann waren abgereist, 27 blieben noch übrig, die aber nun lieber mit Sad und Bad und in größter Notlage ins Ungewisse auswanderten, als sich unter das laudinische Joch des Herrn Hühgrath zu beugen.

In einem Rundschreiben an die Fachvereine schrieb Karl Klotz in bitteren Worten: „Von den Kollegen Deutschlands vergessen, irren die Männer zum großen Teil arbeitslos in der Fremde umher, während die Frauen, vom Brottruf der Kinder gedrängt, vom eigenen Hunger gepeinigt, dem Raffierer der dortigen Kommission fast das Haus weglassen, um rüchändige Unterstützung zu fordern, die derselbe nicht gewähren kann, weil es uns an Mitteln fehlt, die wir ihnen senden könnten.“ Eine verzweiflungsvolle Situation für den Zentralvorstand, der ratlos vor der Unmöglichkeit sich befind, den eingegangenen Verpflichtungen nachzukommen. Unterm 12. Juli schrieb er einen Brief nach Dehnhausen, der die ganze Mißere der Klassenverhältnisse aufdeckt:

„Es ist dies jetzt der vierte Brief, den ich heute betreffend Unterstützungsgesuch für Dehnhausen beantwortete. Wir haben gestern Sitzung gehabt und mögen Sie selbst beurteilen, ob wir Dehnhausen gegenüber nicht das Mögliche tun, wenn ich Ihnen schreibe, daß wir beschloffen haben, den ganzen Kassensbestand bestehend in 80 Mk. nach Dehnhausen zu schicken. Dieses Geld soll verwendet werden, um zunächst den Hunger zu stillen, dann wird aber auch leider wenig mehr übrig sein. Unser Beschluß dürfte der beste Beweis dafür sein, daß wir die überaus traurige Lage voll und ganz zu würdigen wissen und wir werden, sobald sich wieder Geld in unseren Händen befindet, sofort mehr senden.“

Es ist kein einziger im Vorstand, der nicht die mutige, tapferer Haltung der Dehnhäuser Kollegen voll und ganz zu würdigen wüßte und doch stehen wir mit gebundenen Händen da. Es ist rein zum Verzweifeln...“

So leid es uns nun ist, keine bessere Nachricht geben zu können, sind wir doch dazu völlig außerstande. Als L. um unsere Genehmigung zum Streik nachsuchte, schrieb er, im Falle einer Weigerung wäre der Verein in Dehnhausen gesprengt; heute ist es nahe daran, daß der Streik in Dehnhausen den ganzen Verband sprengt.

Mit bestem Gruß
Ihr Carl Klotz.

Und welches waren nun die Summen, deren Aufbringung den ganzen Verband zu sprengen drohte? Insgesamt ging nach Dehnhausen der riesenhafte Betrag von 7077,52 Mk.; davon war ein Teil aus verschiedenen Orten den Streikenden direkt zugegangen. Die Zentralkasse hatte 6520 Mk. aufgebracht und war damit bis auf den letzten Pfennig erschöpft. Und wieviel Sorgen und schlaflose Stunden hatte nicht die Flussigmachung dieser uns heute so winzig dünkenden Summe verursacht!

Wenn es oft scheint, als ob die Organisation sich zu langsam entwickle, so kann uns solch Mißblick leicht vom Pessimismus befreien. Das eine Jahr 1907 verursachte dem Verband über 3 Millionen Streikkosten, und in den Jahren 1904 bis 1907 wurden mehr als 7 Millionen für Lohnbewegungen verausgabt. Aber diese Riesensummen wurden verhältnismäßig spielend zusammengebracht gegenüber jenen 6000 Mk. Und wie wieder ist der Verband in solch verzweifelter Bedrängnis gewesen, als in den Tagen des Dehnhäuser Streiks.

Warnung vor Zuzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlass geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

Zuzug ist fernzuhalten von:

Eisblatern, Maschinisten und Hilfsarbeitern nach Ungermünde (Pfeiffer), Aurich i. Ostfriesland, Insel Rortum, Wredenbeck, Bremerbörde, Cottbus (Schlied), Darmstadt (Erhardt, Glücker), Dippoldiswalde (Lüverall), Dresden (Gschobach), Gutin, Friedenau b. Berlin (Herzog), Mellenbach i. Th., Mülln i. L. (Woh, Dunkel, Nebühl, Preuß), Norden i. Ostfriesland, Ostrowo, Schneidemühl (Stüb), Sorau, Tegerntsee i. Oberbayern, Uetersen, Wildeshausen i. Emdenburg, Jüssenhausen, Sorgen i. Harz und Montreux (Wert Heid) i. d. Schweiz.

Korbmachern nach Köpchenbroda, Schlettau i. S. (Ottomar Nibel).

Drechsler nach Ungermünde (Pfeiffer), Frankfurt a. O. (Looke u. Co.), Stargardt i. W. (Mehrholtz).

Stabiermachern nach Bärzich (Hohndorf u. Co.).

Stellmachern und Wagenbauern nach Berlin-Charlottenburg (Koswagensabrik W. Leuschner vormals Kuhlstein).

liffimus. So war es möglich, daß ein einfacher Landknecht zu den höchsten Stellen emporsteigen konnte, was häufig vorgekommen ist. Daß dadurch ein reger Wettstreit entfaltet wurde, leuchtet jedem Unbefangenen ein. Auch die Heere Napoleons I. bieten uns ein lehrreiches Beispiel für die Zweckmäßigkeit der Demokratie. Dort galt nur die Tüchtigkeit — bei mir trägt jeder Soldat den Marschallstab im Tornister, pflegte Napoleon zu sagen — und die großen Generale jener ruhmreichen Zeit stammten fast ausnahmslos aus den untersten Volksschichten. So wurde, um nur ein Beispiel herauszugreifen, Bernadotte, ein ehemaliger Bauerne knecht, Marschall und später König von Schweden. Und die napoleonischen „Emporkömmlinge“, wie sie verächtlich genannt wurden, haben die erlauchten Sprößlinge des preussischen Adels jämmerlich in die Flanke gehauen. Das muß man den modernen Byzantinern immer wieder unter die Nase reiben, wenn sie von der geschichtlichen Mission des Adels reden.

Die moderne Arbeiterbewegung, die schon heute in den Organisationen das demokratische Prinzip hochhält, kann ebenfalls als Beispiel angeführt werden, wenn man die Wichtigkeit der Demokratie beweisen will. Die Arbeiterorganisationen sehen bei der Wahl ihrer Führer nicht auf die Geburt oder den Besitz, sondern lediglich auf die Tüchtigkeit und die Leistungen. Wer sich im Dienste der Organisation bewährt und dadurch das Vertrauen seiner Kollegen gewonnen hat, der wird an die leitende Stelle gestellt, wo er so lange bleibt, wie er seinen Platz zur Zufriedenheit ausfüllt. Auch in der Arbeiterbewegung trägt jedes Mitglied seinen Marschallstab im Tornister und kann die höchsten Stellen bekleiden. Durch diese Möglichkeit wird jedermann angepornt, sein Bestes zu leisten und all seine Kräfte im Dienste der Gesamtheit anzuspannen. Natürlich darf hierbei nicht der persönliche Ehrgeiz eine Rolle spielen und nicht allein des persönlichen Vorteils willen soll der einzelne sich mühen. Wie der Dichter Theodor Storm einmal betont:

„Was du immer wünschst zu werden,
Arbeit scheue nicht und Wachen —
Aber hüte deine Seele
Vor dem Karrieremachen!“

Nicht Streber sollen erzeugt werden, sondern das freie Spiel der Kräfte soll dem Wohle des Ganzen dienen. Hierzu ist es nötig, daß die sozialistische Gesinnung in die Massen getragen wird.

Der Sozialismus ist die notwendige Ergänzung der Demokratie. Wenn die Demokratie ihrem Wesen nach nur die rechtlichen Schranken hinwegräumt, die dem einzelnen die Möglichkeit nehmen, seinen Wert und sein Können zu zeigen, so beseitigt der Sozialismus die wirtschaftlichen und sozialen Schranken des freien Wettbewerbs. In einer sozialistischen Gesellschaft wird jedem, der seine Pflicht für die Allgemeinheit tut, seine Existenz und seine Menschenwürde gewährleistet. Jedem steht die Welt offen und jeder kann dann wirklich die Stelle suchen, wozu er gehört. Und wenn diese Form des menschlichen Zusammenlebens erreicht sein wird, ist auch die Frage nach dem Verhältnis zwischen Leistung und Gegenleistung bedeutungslos geworden. Infolge des edlen Wettstreits unter den intellektuell und moralisch durchgebildeten Gliedern des Gemeinwesens wird so reichlich produziert, daß jeder seine geistigen und körperlichen Bedürfnisse in reichem Maße zu befriedigen vermag; niemand wird dann ein Interesse daran haben, seinem Gewissen jeden Broden in den Mund zu zählen. Die gleiche soziale Gelegenheit im Bunde mit der freien Bedarfsbestimmung bildet die Grundlage der sozialistischen Zukunftsgesellschaft. Nur Leute vom Schlage Roosevelts, denen der Kapitalismus das Gehirn verkrüppelt und die Augen verblendet hat, können darin eine Unmoralität und eine

Selbstvernichtung der Menschheit erblicken. Vernünftige, objektiv urteilende Menschen erklären das sozialistische Prinzip für das höchste und edelste, das jemals erdacht worden ist. Aber die Verwirklichung dieses Prinzips ruht noch im Schoße der Zukunft. Das geschulte, disziplinierte Heer des kämpfenden Proletariats wird den Sozialismus des Gedankens in die Tat umsetzen. Das ist unsere Hoffnung und unsere feste Zuversicht.

Ein verfehltes Unternehmen.

n. Das Zentralblatt der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands bespricht in seiner Nr. 8 Webers Buch „Aus meinem Leben“, soweit es auf die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung Bezug hat. Es soll zunächst anerkannt werden, daß im Gegensatz zu manchen Zentrumsblättern, die ihrem Haß gegen die Sozialdemokratie durch niedrige Anwürfe gegen den greisen Führer der deutschen Arbeiterpartei bei dessen 70. Geburtstag Ausdruck gaben, das Zentralblatt dem Menschen und Politiker Weber alles Recht widerfahren läßt. „August Weber — so heißt es da — gehört zu den wenigen Politikern und Parteiführern, welche den Werdegang des neuen Deutschen Reiches und seines Parlaments von den ersten Anfängen an mit erlebt haben und an den politischen Vorgängen aktiv beteiligt waren. Schon deshalb ist er eine historisch verehrungswürdige Persönlichkeit. Aber Weber ist trotz seines Hasses gegen die bürgerliche Gesellschaft, trotz seiner heftigen Polemiken, die er mit allen politischen Parteien des Reichstages im Laufe der Zeit führte, persönlich ein sympathischer Mensch geblieben, und unter den sozialdemokratischen Abgeordneten ist er nicht nur der populärste, sondern auch der sympathischste Abgeordnete. Zweifellos ist Weber auch ein bedeutender und erfolgreicher Parteiführer, der zeitgeschichtlich neben Bennigsen, Windthorst und Eugen Richter mit Anerkennung genannt werden muß. Die Sozialdemokratie in Deutschland verdankt Weber in Hinsicht der Organisation, der Agitation und der politischen Aktionskraft fast alles. Und nicht zuletzt in bezug auf die Einheitslichkeit und Einigkeit in der Programmauffassung. Ohne die überragende Autorität Webers, seiner reichen Erfahrung und Menschenkenntnis hätte die sozialdemokratische Partei in Deutschland die Programmschwierigkeiten der letzten Jahre nicht so glatt überwunden.“

Das ist mehr des Guten, als selbst die Sozialdemokraten ihrem Weber zuschreiben werden, denn kein Sozialdemokrat wird seine Partei in eine derartige Abhängigkeit von einem einzelnen Manne bringen wollen, wie es das Zentralblatt tut, indem es alles, was die Sozialdemokratie ist, was sie kann und leistet, dem Wirken eines ihrer Führer zuschreibt. Wir wissen, was Genosse Weber der deutschen Arbeiterbewegung und insbesondere der deutschen Sozialdemokratie war und ist, aber wir sind doch zu sehr von dem Gedanken durchdrungen, daß die Arbeiterbewegung, wie wir sie vor uns sehen, ein Erzeugnis der geschichtlichen Entwicklung ist, als daß wir ihr Dasein und ihren Verlauf nur dem Auftreten dieses oder jenes Mannes danken wollen. Gewiß kann ein Einzelner von hervorragenden Gaben des Willens und des Wissens auch eine so machtvolle, durch die geschichtliche Notwendigkeit bestimmte Erscheinung, wie die moderne Arbeiterbewegung, zeitweise beeinflussen, aber ihr Wesen und ihr Gang ist doch in Richtung und Ziel bestimmt durch Umstände, die der Einzelne nicht willkürlich ändern oder aufheben kann. Und ganz gewiß bringt eine Bewegung, die durch die geschichtliche Notwendigkeit verbürgt ist, auch die Männer hervor, die sie zu ihrer Vertretung, zu ihrer Führung bedarf und niemand hat diese Erfahrung deutlicher an seiner Person bekräftigt, als gerade Weber, der in seinem Buche besonderen Wert auf die Feststellung legt, wie sehr er durch die Umstände, durch den Zufall, wie er meint, an die Stelle getreten worden ist, von wo aus er sich um das deutsche Volk so verdient machen sollte.

In der Hauptsache beschäftigt sich der Artikel des Zentralblattes mit der Gewerkschaftsfrage, soweit Weber in den sechziger und siebziger Jahren dazu Stellung nahm. „Zur Orientierung“ glaubt das Blatt daran erinnern zu müssen, „daß sich die sozialistische Bewegung in den sechziger Jahren bekanntlich in zwei Lager spaltete. Die eine Richtung stand unter der Führung von Lassalle und Schweiker. Letzterer gründete den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein“. Diese „Orientierung“ von christlicher Seite geht nun arg in die Fere, und man sollte von denen, die sich die Bekämpfung der Sozialdemokratie als Ziel gesetzt haben, etwas mehr Kenntnis der Dinge voraussetzen, die sie meistens zu können glauben. Lassalle war tot, als die Streitigkeiten im sozialistischen Lager begannen; sie brachen aus, als Schweiker die Führung hatte, und zwar zunächst im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein, der von Lassalle und nicht von Schweiker gegründet worden war. Die Spaltung, auf die das Zentralblatt hingießt, begann 1868 mit dem Nürnberger Arbeitervereinstag und kam zum vollen Ausdruck mit dem Parteitag der Weber-Liebnechtschen Richtung in Eisenach 1869. Beide Richtungen, die Lassalle'sche unter Schweiker und die Eisenacher unter Weber-Liebnecht gründeten für sich gesonderte Gewerkschaftsorganisationen und es ist richtig, was das Zentralblatt schreibt, „daß beim Insultreten der Gewerkschaftsbewegung in den sechziger Jahren weder von einer einheitlichen Gewerkschaftsorganisation noch von einer einheitlichen Auffassung des Gewerkschaftsgedankens die Rede sein kann. Es war ein Versuch, experimentieren, ein Tasten und Fühlen, durchdrungen von gegenseitigem Mißtrauen unter Befürchtung, selbständige gewerkschaftliche Organisationen könnten die politische Aktion durchkreuzen und hemmen.“

Dieser Umstand wird von dem Zentralblatt mit besonderem Nachdruck hervorgehoben für diejenigen, welche heute noch der christlichen Arbeiterpartei immer wieder den Vorwurf machen, daß sie die Einigkeit der gewerkschaftlichen Organisationen durchbrechen und dadurch arbeitserbitternd wirken. — Mit anderen Worten: die Christlichen versuchen die arbeitserbitternde Tätigkeit, die Mitte der neunziger Jahre das Zentrum mit der Gründung der christlichen Gewerkschaften begann, zu rechtfertigen durch die Beziehung auf die Vorkommnisse aus dem Anfang der sozialistischen Arbeiterbewegung. Haben die Sozialisten gegeneinander Gewerkschaften gegründet, warum sollen wir, die Christlichen, nicht Gewerkschaften gegen die Sozialisten gründen dürfen! Das ist etwa so, als wenn ein Erwachsener, der sich unklug benimmt, einen Vorwurf darüber mit den Worten zurückweisen wollte: „Ach was, mein Nachbar hat als Kind ganz dasselbe getan!“ Jede Bewegung hat ihre Kinder- und Lehrjahre, wenn man will auch ihre Pflanzjahre, sie hat ihre Zeit des Probierens und Studierens, des Suchens und Irrtums. Und davon war auch die sozialistische Arbeiterbewegung nicht frei. Aber sechs Jahre nach der Spaltung war sie über diese Zeit hinaus; im Jahre 1875 einigten sich die beiden Richtungen, durchdrungen von dem Bewußtsein, das ihnen die Zwischenzeit eingeprägt hatte, daß den Arbeitern dreierlei nottue: Einigkeit, und abermals Einigkeit und zum drittenmal Einigkeit! Und es entstand neben der geeinigten politischen Partei eine geeinigte und selbständige gewerkschaftliche Bewegung, die im besten Aufblühen begriffen war, als das Sozialistengesetz sie hinwegfegte, die sich dann langsam wieder erhob, um mit den neunziger Jahren wieder wirksam einzusetzen, sich nach außen und im Innern zu kräftigen und die Arbeiter in immer weiterem Umfange um ihre Fahnen zu sammeln. Und jetzt setzt das Zentrum mit seiner Tätigkeit ein, die Arbeiter durch Sonderorganisationen auf „Christlicher“ Grundlage zu zersplittern. Was damals, in der Jugendzeit der sozialistischen Arbeiterbewegung, begreiflich und verzeihlich, wenn man will ein Fehler war, der aber bald wieder gutgemacht wurde, gestaltete sich in den neunziger Jahren, als es eine starke leistungsfähige Gewerkschaftsbewegung gab, zu einem Verbrechen, für das den Urhebern nur bei ihren geistlichen Vorfahren, nimmermehr aber vor der Geschichte auf Absolution rechnen können. Der Versuch der Christlichen, sich durch Berufung auf die ersten Zeiten der sozialistischen Arbeiterbewegung zu rechtfertigen, ist ein verfehltes Unternehmen, das in seiner Sinnlosigkeit nur eines beweist: die völlige Unfähigkeit der ultramontanen Arbeiterzersplitterer, die Notwendigkeit ihres Daseins mit Gründen der Vernunft und der Gerechtigkeit zu beweisen.

Aus der Berliner Tischlerinnung.

Die frühere Tischlerinnung in Berlin, die nachweisbar seit dem Jahre 1553 bestand, hatte nicht viele Freunde. Die alte Innungsgerichtsbarkeit war verstaubt und verrostet und die aufkommenden Großbetriebe waren ein Gegenstand des Reibes für die kleinen Innungsbräuter. Seit 10 Jahren ist nun diese Innung durch die Zwangsinnung abgelöst. Während es früher jeden Inhaber eines Tischlereibetriebes freistand, ob er sich der Innung anschließen will, muß er jetzt der Innung angehören.

Als sich die ersten Bestrebungen zur Bildung einer Zwangsinnung bemerklich machten, fanden sie bei den Tischlermeistern wenig Gegenliebe. Die erste Abstimmung über die Gründung einer Zwangsinnung hatte auch ein negatives Ergebnis. Erst bei der zweiten Abstimmung erzielten die Freunde der Zwangsinnung einen Erfolg. Dieser Gründung fiel der bisherige Obermeister Marschall zum Opfer. War die freie Innung ein Tummelplatz der Kleinen gewesen, so wurden in der Zwangsinnung die Inhaber der Großbetriebe tonangebend. Der Obermeister Aharb hat es aber geschickt verstanden, die Unzufriedenheit der Kleinen zu beschwichtigen, so daß die oppositionellen Elemente bald verschwanden.

Ein gutes Mittel, Einigkeit in die Innung herbeizuführen, war das Grauligmachen mit den Bestrebungen der Gesellen. Im Jahre 1896 hatten sich die damaligen Führer der freien Innung bereits damit abgefunden, daß der Achtstundentag kommen würde, das wurde bei der damaligen Lohnbewegung offen zugestanden; im allgemeinen brachte aber die Innung der Gewerkschaftsbewegung kein rechtes Verständnis entgegen. Das wurde mit der Gründung der Zwangsinnung anders. Diese wurde auch zur Grundlage für die Bildung des Arbeiterschutzbundes. Die Zwangsinnung war bestrebt, verschiedene Neuerungen einzuführen, um „das gedehliche Verhältnis zwischen Meister und Gesellen zu fördern“. Mit diesen Versuchen, die Gesellen zu beglücken, hatte sie aber kein Glück. Es sei nur an das Kontrollbuch, den Kontrollarbeitsnachweis und die Entlassungsscheine erinnert. Auf Grund einer Beschwerde des Gesellenausschusses erkannte die Aufsichtsbehörde, daß eine derartige generelle Beschränkung der persönlichen Freiheit der Innungsmitglieder und Benachteiligung der Gesellen, wie im Kontrollbuch vorgesehen war, als ein Verstoß gegen die guten Sitten angesehen werde.“

Schon bei dieser Gelegenheit zeigte es sich, wie zweckmäßig es war, daß unser Verband den Einrichtungen der Innung Aufmerksamkeit geschenkt, und den Gesellen aus Rücksicht mit bewährten Verbandsmitgliedern befehligt hat. Der Gesellenausschuß hat sich auch, soweit das möglich ist, bemüht, die Interessen der Arbeiter wahrzunehmen. Es ist ihm allerdings auch schon passiert, daß er aus der Innungssammlung hinausgewiesen wurde, weil angeblich nichts vorlag, was die Gesellen- oder Lehrlingsverhältnisse betraf.

Von dem Recht der Errichtung eines Schiedsgerichtes zur Schlichtung gewerblicher Streitigkeiten hat die Zwangsinnung Gebrauch gemacht. Damit ist, nicht zum Vorteil für die Arbeiter, die Tätigkeit des Gewerks-

Bilder aus dem Rhöngebiet.

gerichtet für die bei Innungsgliedern Beschäftigten ausgeschlossen. Nicht allgemein bekannt dürfte es sein, daß die Urteile des Innungsschiedsgerichtes, nicht wie die des Gewerbegerichtes durch den Gerichtsvollzieher, sondern durch die Polizei vollstreckt werden. Anträge auf Zwangsvollstreckung müssen also an das Polizeipräsidium gerichtet werden. Den Arbeitern ist damit wenig geholfen, wenn auch ein Verzicht des Schiedsgerichtes dem Polizeipräsidium besondern Dank ausspricht „für die energische Vertreibung der Summen“. Die Meister, die Stammgäste des Schiedsgerichtes sind, sind nämlich in der Regel auch zahlungsunfähig.

Es gibt aber auch Dinge, bei welchen die Innung den Beifall und die Unterstützung der Arbeiter findet, so z. B. im Kampfe gegen die Auswüchse des Submissionswesens. Auch der Ausstellung im vergangenen Jahre haben die Arbeiter lebhaftes Interesse entgegengebracht, und es muß anerkannt werden, daß diese Ausstellung einen großen Erfolg für die Innung bedeutet. Sie hat aber auch gezeigt, daß die Berliner Tischlergesellen den Anforderungen voll und ganz gewachsen sind, die in beruflicher Beziehung an sie gestellt werden.

Was die Ausbildung der Lehrlinge anlangt, so wird vom Gesellenausschuß ständig darauf hingewiesen, daß in dieser Beziehung alles geschehen muß, was durch die Zeitverhältnisse geboten ist. Es ist auch anzuerkennen, daß die Schulfragen erstler behandelt werden, als das früher der Fall war. Der Innungsvorstand hat sich durch unsinnige Bedenken einzelner Meister nicht von seiner Pflicht abhalten lassen. Als bei der Einführung der Pflichtfortbildungsschule ein Meister die naive Frage stellte: „Wer soll uns denn die Bude aufräumen, wenn der Junge nach der Schule geht?“ wurde ihm vom Innungsvorstand geantwortet, daß darauf keine Rücksicht genommen werden könne.

Die Zahl der Tischlerlehrlinge ist in Berlin nicht groß. Bei dem starken Zuzug von auswärtigen Tischlern liegt aber auch gar kein Bedürfnis nach einer Vermehrung der Zahl der Lehrlinge vor. Fälle trasser Lehrlingsausbeutung sind im allgemeinen selten. Dagegen ist die Ausbildung in bestimmten Spezialfächern vorherrschend. Grundfächer ist auch das Prämiensystem, wobei dem Lehrling der halbe Affordpreis gezahlt wird. Der Lehrling wird dabei nur zur Ueberanstrengung auf Kosten seiner Gesundheit angehalten, während die Ausbildung zur beruflichen Tätigkeit Not leidet.

Von Zeit zu Zeit veranstaltet die Innung eine Ausstellung von Gesellenstücken. In den meisten Fällen werden hierbei recht gute Sachen vorgeführt. Manchmal schämen sich aber selbst die Unternehmer der Leistungen ihrer Lehrlinge. Der Gesellenausschuß drängt jedoch darauf, daß alle Arbeiten zur Schau gestellt und der allgemeinen Kritik unterworfen werden, nicht nur die Paradestücke. Die Fachschulen sind, wie das auch bei den Berliner Volksschulen der Fall ist, noch recht verbesserungsfähig. Die reiche Tischlerzwanngsinnung zahlt nur geringe Zuschüsse zu den Fachschulen. Vor einigen Jahren mußte die Innung erst durch die Gewerbe-Deputation des Magistrats dazu angehalten werden, den Zuschuß für die Unterhaltung der Fachschulen um 1000 Mk. zu erhöhen. Zu wünschen wäre übrigens der obligatorische Besuch der Fachschule, insbesondere durch die Lehrlinge in den Spezialwerkstätten. Bei der theoretischen Prüfung der Lehrlinge sind nämlich die Leistungen im Zeichnen oft recht dürftig, im allgemeinen ist auch das Rechnen noch sehr mangelhaft. Allerdings ist zuzugeben, daß bei den Prüfungen mitunter auch Musterleistungen geboten werden.

Die Zahl der Lehrlinge, welche ausgeschrieben wurden, betrug im Jahre 1908 858; sie stieg im Jahre 1909 auf 890. Von diesen lernten in Werkstätten, wo Möbel nach Zeichnung gemacht werden, 76, in besseren Bauwerkstätten 16, in Werkstätten mit mehreren Spezialitäten 44. Das sind insgesamt 136 Lehrlinge, die in guten Werkstätten lernen, wo ihnen im allgemeinen Gelegenheit geboten ist, sich tüchtige Berufskennntnisse anzueignen. Von den übrigen lernen in Spezialwerkstätten für einfachen Bau 24, Modelle 70, Schränke 33, Vertikows 26, Buffetts 48, Schreibtische 27, Nähtische 1, Tische 8, Stuhlmöbel 2. Diese Werkstätten kann man im Hinblick auf den Lehrzweck noch als passabel gelten lassen. Dagegen muß man von den sieben Lehrlingen, die auf Ladeneinrichtungen, 52 die auf Fundschäftsarbeit, 4 die auf Bettstellen, je einen die auf Sofagehülle und Küchenmöbel und 9, die auf kleinere Arbeit lernen, sagen, daß sie ihre Lehrzeit in Betrieben zubringen, wo sie nicht die Möglichkeit haben, sich so auszubilden, daß sie später ihr Fortkommen im Beruf finden. — Dem Gesellenausschuß ist eine Mitwirkung bei dem Schiedsgericht für Streitigkeiten, welche sich aus dem Lehrverhältnis ergeben, versagt. Eine Beschwerde, die diesertwegen bei der Aufsichtsbehörde erhoben wurde, hatte keinen Erfolg.

Erwähnt sei schließlich noch, daß sich unsere Verbandszweigsstelle bemüht, die Ausgelernten sofort dem Verbandszweigsstelle zuzuführen. Von den Werkstattvertrauensmännern wurden sie zu einer Besprechung eingeladen, in welcher ihnen der Zweck des Verbandes klargemacht wurde. Hierbei zeigt es sich, daß die Meister die besten Agitatoren für unseren Verband sind. Die Streiks und Aussperrungen sind für die betroffenen Unternehmer ein Anlaß, die Lehrlinge zu vermehrter Arbeitsleistung anzuspornen. Dadurch kommt auch den jungen Kollegen schon zum Bewußtsein, daß der Holzarbeiterverband ein Schutz ist gegen die Willkür der Unternehmer.

Das 10jährige Jubiläum der Zwangsinnung dürfte wohl für diese Anlaß sein, mit Befriedigung auf das Erreichte zurückzublicken. Wir wollen nicht bestreiten, daß sie bis zu einem gewissen Grade Anlaß dazu hat. Aber was den Gründern der Zwangsinnung als Ideal vorzuschwebte, die Arbeiter im Raum zu halten und sich gefügig zu machen, das haben sie nicht erreicht, und das ist auch dem Erzhilf der Zwangsinnung, dem Arbeitgeber-Schutzverband, nicht gelungen. Die Organisation der Berliner Tischler, der Deutsche Holzarbeiterverband, hat sich in der Zeit kräftig entwickelt, und er ist jederzeit auf dem Posten, wenn es gilt, Uebergriffe der Unternehmer abzuwehren und die Lage der Arbeiter zu verbessern.

An die Rhön ist seitens unseres Verbandes schon viel Geld, Zeit und Mühe verwandt worden, ohne daß bisher ein erheblicher Erfolg zu verzeichnen war. Diese wiederholten Misserfolge finden ihre Begründung in der wirtschaftlichen Struktur des Rhöngebietes. Der überall lebhaft wirtschaftliche Verkehr scheint vor diesem Gebirge Halt zu machen. Bahnen sind fast unbekannt. Eine schmalspurige Bahn führt von Dornborn nach Kallennordheim und verbindet so nur recht mangelhaft das Ober- mit dem Unterlande; eine weitere Bahn, Tann-Gilders, verbindet einen Teil der Rhön mit dem Süden Deutschlands. Der weitaus größte Teil der Rhön ist abgeschlossen von dem großen Verkehr und diese Verhältnisse spiegeln sich auch in den wirtschaftlichen Zuständen und Verhältnissen.

Als Haupterwerbszweig kommt die Landwirtschaft in Betracht, die aber bei der Beschaffenheit des Bodens und den gegenwärtigen Verhältnissen nur einen Teil der Bevölkerung ernähren kann. So haben sich neben der Landwirtschaft eine Anzahl Kleingewerbe eingebürgert und fortgeerbt. Eine Anzahl Menschen beiderlei Geschlechts verfertigt Bettfächer, Körbe, Holzschuhe usw., ferner ist die Blüschweberei noch ziemlich stark vertreten. Viele Arbeiter verlassen auch im Frühjahr die Heimat, um in Rheinland-Westfalen in Bergwerken und Zuckerrübenarbeit zu nehmen. Diese Arbeiter kommen erst im Herbst wieder zurück, um den Winter über bei der Familie zu verleben, wo sie dann in der Regel Bettfächer und sonstige Artikel verfertigen. Für uns kommen in Betracht einige Hundert Holzarbeiter, Tischler, Maschinenarbeiter, Polier usw. in Kallennordheim, Klings, Vacha, Ostheim, etwa 100 Schnitzer und Maschinenarbeiter in Empertshausen, Klings und der Umgebung, dann die Korlarbeiter des Dermbacher und Gaisaer Bezirkes.

Löhne, Arbeitszeit und Arbeitsverhältnisse sind natürlich den Verhältnissen entsprechend. Affordarbeit ist vorherrschend bei einer durchgehend 10stündigen Arbeitszeit in den Fabriken. Bei Stundenlohn wird selten über 25 Pf. für einen qualifizierten Arbeiter gezahlt, im Afford wird im Durchschnitt ein Lohn von 14 Mk. erreicht. Da die Kollegen mit ihrem Lohn nicht auskommen, so betreibt fast jeder nebenbei noch Landwirtschaft. Ein fremder, nur auf seine Arbeitskraft angewiesener Arbeiter, kann sich denn auch nicht halten. Wie anderwärts mit gleichen oder ähnlichen Verhältnissen, so brüden auch hier die sehr zahlreich von den Dörfern kommenden billigen Arbeitskräfte auf die Löhne und hindern ihre übrigen Kollegen an der Verbesserung ihrer Lage durch die größte Teilnahmslosigkeit gegenüber wirtschaftlichen Fragen.

In einer Fabrik in Kallennordheim werden neben Möbel auch einige Kollegen mit der Herstellung von Kinderwagen beschäftigt. Die dort gezahlten Affordpreise dürften wohl etwaig dastehen. Für ein Mad fertigstellen gibt es 14 Pf., für ein Untergestell 8 Pf., für eine Leiter zusammenschlagen und oben abputzen 2 Pf., für eine Dreifach 1 1/2 Pf. Die mit der Herstellung solcher Wagen beschäftigten Kollegen kommen kaum zu Atem, wenn sie nur einigermaßen auf ihren Lohn kommen wollen. Der im Betriebe beschäftigte Schmied verdient einmal in einer Woche, in welcher er bis nachts 9 Uhr gearbeitet und auch die Mittagspause über durchgearbeitet, sage und schreibe — 9 Mk. Die Frau des Besitzers liegt den ganzen Tag in der Fabrik, schneidet an der Band- und Kreisäge und führt ein strenges Kommando. Da zeigt sie den Maler, wie er anzustreichen hat, dort dem, wie lange die Arbeit dauern darf usw. Die inneren Einrichtungen der Fabriken lassen viel zu wünschen übrig und der Fabrikinspektor hätte eine Unmenge zu monieren, wenn er sich einmal diese Betriebe von innen ansehen würde.

Die wiederholten Versuche, diese Kollegen zu organisieren, sind bisher an der Angst der Kollegen vor der Entlassung gescheitert. Die Unternehmer, welche immer rechtzeitig Wind von der Bewegung ihrer Arbeiter besamen, erstärten durch Drohungen mit der Entlassung jeden Versuch; und was die Zeit nicht erreichte, das bewirkte ein Faß Bier oder ein Ball.

Die Holzschneiderei hat ihren Sitz in Empertshausen. Ein Teil unserer Kollegen hat es zu einer hohen künstlerischen Vollendung gebracht, die leider nicht beachtet wird. Es werden fast durchgehends Massenartikel, Andenken, Tiere, Zigarrenspitzen, Pfeifenköpfe, geschnitzte Thermometerbretter usw. hergestellt. In Empertshausen befindet sich eine Schneidenschule, wo die zukünftigen Schnitzer auf ihren Beruf vorbereitet werden. Wiederholt ist durch Ausstellungen versucht worden, die Schneiderei der Rhön zu heben und zu fördern, Erfolge haben alle diese Versuche bisher nicht aufzuweisen gehabt. Auch hier spricht wohl die neue Stilrichtung mit. So ist die Schneiderei nicht über die Herstellung von billigen Massenartikeln hinausgekommen. Die sehr verbreitete Heimarbeit beeinflusst die Preise recht ungünstig. In Empertshausen sind ungefähr 40 Kollegen, Schnitzer und Maschinenarbeiter in drei Fabriken beschäftigt, während ungefähr 50 in der Heimarbeit, meistens in Klings und Zella sich mit der Schneiderei beschäftigen. Ein Teil der Heimarbeiter schnitzt nur im Winter, um etwas zu verdienen, während sie im Sommer ihrer Landwirtschaft nachgehen. Diese brüden die Preise ganz ungemein herab. Die Schnitzer sind im Afford beschäftigt. Der Lohn schwankt bei einer 10stündigen Arbeitszeit zwischen 15 und 18 Mk. Dabei muß aber der Geschäftsgang ein guter sein. Der größte Teil unserer Schnitzkollegen hat noch kein Verständnis für die Bedeutung des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses. Sie sind der falschen Auffassung, daß ihnen der Verband bei der gegenwärtigen Bedeutung der Schneiderei nichts helfen kann.

Unter besonders elenden Verhältnissen leben die Korlarbeiter des Rhöngebietes. Die Korlindustrie hat ihren Sitz im Dermbacher und Gaisaer Bezirk. Im Dermbacher Bezirk kommen die Orte Dermbach, Oberalbach und Unteralbach in Frage. In Dermbach werden ungefähr 130 Korlarbeiter in 7 Fabriken beschäftigt, während ungefähr 40 bis 50 in der Heimarbeit tätig sind. In den übrigen Orten kommen nur Heimarbeiter in Betracht. Es gibt in der Holzindustrie wohl kaum schlechter bezahlte Arbeiter als diese Vermissten, die von früh bis spät abends in

gebückter Stellung an ihren Tischen sitzen und mit haar-scharfen Messern den Korl bearbeiten. Der Lohn in den Fabriken schwankt zwischen 1 Mk. und 2,50 Mk. pro Tag. Die meisten der Schnitzer arbeiten im Afford. Es werden bezahlt für 1000 Stück Weinkorlen 1,00 Mk., für Selter- und andere Korlen 60 bis 80 Pf. Vor einigen Jahren waren die Preise noch bedeutend niedriger, auch die Löhne schwankten zwischen 4 und 13 Mk. Die Werkzeuge müssen die Schnitzer selbst stellen. Sie brauchen ein Messer zum Zuschneiden für 12 Mk., ein zweites zum Schneiden der Würfel für 1 Mk. und ein drittes zum Rundschneiden für 50 Pf. Von letzteren muß der Arbeiter jede Woche ein neues haben, da sich dieselben bei dem fortgesetzten Gebrauch ganz ungemein abnutzen. Früher gehörte der Abfall den Schnitzern, heute muß derselbe an die Fabrik zurückgeliefert werden. Aus einem Zentner Korl muß der Schnitzer 45 Pfund reine Korlen heraus schneiden. Die Ablieferung der Korle und des Abfalls geschieht durch den Arbeiter. Aus dem Abfall wird künstlicher Korl hergestellt und so der Abfall noch einmal nutzbar gemacht. Ein mittelmäßiger Arbeiter wird bei intensiver Anstrengung täglich 1 1/2 Tausend Korle schnitzen.

Die Arbeitszeit der Schnitzer ist eine unbegrenzte. In Zeiten guten Geschäftsganges wird von morgens 5 und 6 Uhr bis nachts 10, 11 auch 12 Uhr gearbeitet. Auch die in den Fabriken beschäftigten Arbeiter sitzen in der Regel nach Fabriksschluß noch einige Stunden zu Hause, um zu arbeiten. Einige Kollegen sind mit der Herstellung von Federhaltern beschäftigt. Die Preise für diese Artikel sind in den letzten Jahren ganz ungemein heruntergekommen, sie schwanken zwischen 2,50 und 5 Mk. per Groß gegen früher 3,80 und 6 Mk. Die Federhalter gehen schmal durch die Hände, sie werden zugeschnitten, achteckig geschnitten, abgerundet, dann die Hülse eingeseht, mit Eisen- und die Woren verrieben und abgeschliffen. Es muß ein sehr leistungsfähiger Arbeiter sein, der täglich ein Groß Halter zu 2,50 Mk. herstellen kann. Frauen und Kinder müssen mitarbeiten. Sie schneiden die Korle, schleifen die Halter, feilen die Hülse ein.

Die Wohnungsverhältnisse spotten aller Beschreibung. Viele haben ihr eigenes Häuschen. Eine Stube, eine, im höchsten Falle zwei Kammern, ein als Küche dienender Vorraum bilden die Häuslichkeit dieser Vermissten. Die Stube dient als Arbeits- und Wohnzimmer. Der aus der frischen Luft in die Stube tretende merkt nach kurzem Aufenthalt in solchen Stuben eine eigentümliche Staube der Luftströme und ein unangenehmes Stürchen zwischen den Zähnen, es sind Staubkörner, die beim Atmen in den Mund gekommen sind. Der Korl enthält eine Menge feinen Erbsen, der beim Verarbeiten aufgewirbelt wird. Dabei liegt der Abfall oft 20 Zentimeter hoch unter den Füßen der Arbeiter, wird in der Stube herumgetragen und wirbelt ununterbrochen auf. Es ist denn auch kein Wunder, wenn in den Korldistrikten die Gesundheitsverhältnisse äußerst ungesund sind. Das Elend hat dem Volke seinen Stempel aufgedrückt. Überall trifft man blasse unterernährte Kinder, früh verblühte Frauen mit entzündeten Augen und gelber Gesichtsfarbe und lungentranke Männer. Es könnten Bände über das Leiden dieser Berufscollegen geschrieben werden. Die Unternehmer machen ein glänzendes Geschäft mit dem Elend des Volkes. Meistens sind es Unternehmer aus Frankfurt a. M. und Trier, die mit seinem Instinkt die Verhältnisse der Rhön sich zunutze gemacht haben.

Der Verband hat sich die größte Mühe gegeben, die Korlarbeiter aus ihrem Elend zu ziehen. Sein Versuch, sie zu organisieren, seine Methode in der Agitation selbst wurde unberücksichtigt gelassen. Bisher hat es nichts gelehrt. Ich habe mich bei meiner im Auftrage des Erfurter Gewerkschaftsvorstandes unternommenen Agitation mehr auf die Hausagitation beschränkt, habe die Kollegen einzeln in ihren Stübchen aufgesucht. Der Beitrag ist ihnen, wie sie angeblich, unerschwinglich hoch, auch fehlt ihnen der Mut zur entscheidenden Tat. Auch die Christlichen haben es an Versuchen, die Rhön mit ihrer Agitation zu gewinnen, nicht fehlen lassen. Boden haben sie nicht finden können und werden auch für die Zukunft nicht daran zu denken brauchen, denn die meisten der Kollegen haben die Christlichen richtig einschätzen gelernt.

Was sollen wir nun tun? Nach den wiederholten vergeblichen Erfolgen die Agitation ruhen lassen? — Hier muß die wirtschaftliche Zukunft des Rhöngebietes mitgesprochen. Die große wirtschaftliche Umwälzung wird auch in der Rhön nicht ausbleiben. Die Erschließung dieses Gebirges durch Verkehrswege wird jeden Tag brennender, und auch die maßgebenden Kreise können sich der Notwendigkeit von besseren Verkehrs- und Erwerbsverhältnissen nicht mehr verschließen. Es können Jahre vergehen, ehe die Entwicklung einsetzt, sie kommt aber bestimmt, dafür sorgt der basaltreiche Boden der Rhön, der mächtige Schätze in seinem Innern birgt und die Aufmerksamkeit der Unternehmer längst auf sich gezogen hat. Mit dem Einmarsch größerer Industrien wird auch der Gewerkschaftsgebäude seinen Einzug halten, um sich unausrottbar in den Köpfen der Kollegen festzusetzen. Unsere bisherige Arbeit ist aber nicht vergebens gewesen. Sie hat die Kollegen zum Denken angeregt, sie hat uns zugleich wertvolles Material verschafft und uns vor allen Dingen ein klares Bild über die zukünftige zu betreibende Agitation gegeben. In Kallennordheim gelang es, eine Zahlstelle des Verbandes ins Leben zu rufen, nachdem die wiederholten Versuche gescheitert waren. Halten unsere Kollegen ihre Position fest, lassen sie sich nicht durch die Versuche der Gegner und deren Lockmittel einschüchtern, dann haben wir für unsere Agitation im Rhöngebiet einen wertvollen Stützpunkt.

Stillstand bedeutet Rückschritt auch in der Agitation. Diese wird zur geeigneten Zeit wieder einsetzen müssen, und die wirtschaftliche Umwälzung, deren Wirkungen im Rhöngebiet, wenn auch nur schwach, wahrzunehmen sind, wird uns dabei zu Hilfe kommen. Mit der wirtschaftlichen Erschließung der Rhön wird sich auch der Gedanke des Zusammenschlusses Bahn brechen, und die Arbeiter werden zur Kenntnis ihrer Lage gelangt, gebieterisch das fordern, was man ihnen jetzt infolge ihrer wirtschaftlichen Un-einigkeit vorenthält. Möge diese Zeit recht bald kommen. Paul Sauerbach, Großbreitenbach i. Th.

Stimmen zum Verbandstag.

Die am 10. Mai tagende Mitgliederversammlung der Zahlstelle Leipzig hat einstimmig beschlossen, dem von den Zahlstellen Hamburg und Gorbarg gegebenen Beispiel zu folgen und den Beitrag von 60 Pf. unverkürzt an die Hauptkasse abzuführen. — Welche leistungsfähigen Zahlstellen folgen nun?

Es ist nicht uninteressant, zu sehen, welche Anträge zum Verbandstag diesmal erneut wiederkommen, obwohl sie vom vorigen Verbandstag abgelehnt oder nicht genügend unterstützt wurden. Ein solcher Vergleich legt jedenfalls die Frage nahe, diesen wiederkehrenden Anträgen der Zahlstellen größere Beachtung zu schenken. Da ist zunächst die Akkordarbeit. 1908 beantragten die Elberfelder Kollegen Abschaffung der Akkordarbeit bezw. diesbezügliche Ergänzung des § 8 des Statuts. Zum diesjährigen Verbandstag kommt derselbe Antrag in noch etwas erweiterter Form aus Wilsdruff. Zum § 8 wird diesmal noch lebhafter als vor zwei Jahren die Forderung erhoben, den Jugendenten Vergünstigungen zu gewähren, was nur zu berechtigt erscheint. Staffel-, Klassen-, Extrabeiträge, diese Angelegenheit nimmt den weitesten Raum ein zum Stettiner und auch zum Münchener Verbandstag. Nachdem nun aber die Urabstimmung diese Frage schon in entscheidender Weise geklärt hat und der Vorstand in der Sache ausführliche Anträge stellt, dürften die meisten Anträge zu § 11 hinfällig werden.

Unsere Zahlstelle wünscht eine Unterstützungsverlängerung für Kranke und arbeitslose Kollegen, da der Metallarbeiterverband wesentlich höhere Sätze habe und uns hierdurch bereits Mitglieder verloren gegangen sind. Im benachbarten Altena sind 8 Holzarbeiter im Metallarbeiterverband und so dürfte es auch in mehreren Zahlstellen Rheinland-Westfalens sein. Der Metallarbeiterverband hat für beide Unterstützungen zwar keine höheren Wochenätze wie wir, aber er gewährt die Unterstützungen für längere Zeit, wodurch niemand so leicht zum Verlassen des Ortes veranlaßt ist. Dem Vorstand wird aber nicht nur der Sprung von 8 auf 15 Wochen Unterstützungsdauer (bei der Krankheitsunterstützung wären es nur zwei, da hier schon 13 Wochen unterstützt wird) zu groß sein, sondern er wird die Wünsche überhaupt ablehnen, doch wird der Verbandstag nicht umhin können, gerade über diesen Punkt eingehend zu diskutieren. Zum siebenten Verbandstag kam bereits ein ähnlicher Antrag vom Gau Nürnberg, er ist auch in bezug auf Gewährung von Reiseunterstützung (unter 17 Jahre alte Mitglieder bei wöchentlichem Beitragsleistung bis zur Höchstgrenze zu unterstützen) angenommen worden. Es sollten wohl damit diese Kollegen bei Streiks leichter zum Abreisen bewegt werden. Der Zweck war löblich, nun sollte auch zwecks Erhaltung der Verbandszugehörigkeit für die „alleingesessenen“ (verheirateten) Kollegen das möglichste getan werden. Der Arbeitsnachweisfrage muß größeres Interesse entgegengebracht werden, sie ist zurzeit noch wichtiger wie die Frage der Akkordarbeit, denn gerade für die Verheirateten spielt der Arbeitsnachweis eine Hauptrolle. Für jeden Gau sollte der zweite Gauvorsitzer speziell diese Arbeiten zu erledigen haben. Die Reiseunterstützung müßte in etwas erhöht werden, um 10 Mk. mindestens. Unsere Anträge sind geeignet, die Lage der Kollegen um vieles zu bessern. Da die Beitragserhöhung perfekt geworden ist, erwarten wir Annahme derselben.

Außerordentlich wichtig sind ferner die Anträge betr. Agitation. Da sind die Anträge nur halb so zahlreich wie in Stettin. Doch die wiederkehrenden Anträge verlangen die Umstellung von Beamten, eine Ausnahme macht Braunschweig mit der Forderung auf Verminderung der Gauvorsitzer, womit die Braunschweiger wenig Glück haben dürften. Hierbei sei besonders auf unseren Antrag aufmerksam gemacht, für Hagen und Umgebung mit dem Sitz in Hagen einen Beamten anzustellen. Der Gau Breslau stellt ja den Antrag, den jetzt in Posen angestellten Kollegen ganz von der Hauptkasse zu bezahlen. Diefelben Gründe, die für Posen maßgebend, können auch für Hagen in Betracht. Der Antrag Herne will im Grunde genommen das gleiche, was wir wollen, und hätte, wie auch unser Antrag, besser auf die Gaukonferenz gehört. Der Gaultag hat aber beide Anträge erst geboren. Wir können die 10 Zahlstellen (weil sie „zu einem Wohngebiet gehören“), wie der Gaultag Frankfurt beschloß, nicht zu einer Zahlstelle vereinen. Das würde ein Fehlschlag sein, aber es kann ein besseres Pandinhandarbeiten erfolgen, wenn man solchen einheitlichen Wohngebieten eine Kraft zur Entlastung der Agitation und Organisation gibt, die nur nebenbei in rein geschäftlichen Angelegenheiten die Lokalverwaltungen unterstützt. Unser Antrag betr. Hagen und Umgebung würde „dieses traurige Gebiet“ für den Holzarbeiterverband erschließen, darum sollte der Verbandstag den Antrag gutheißen. Bruno Kühn, Lüdenscheid.

Wenn man jetzt die „Solzarbeiter-Zeitung“ mit Interesse verfolgt, so muß man wahrnehmen, daß doch noch recht viele Kollegen den Nutzen des gewerkschaftlichen Kampfes nicht begriffen haben. Wir können unser Ziel doch nur mit einer guten Organisation und einer gefüllten Kasse erreichen. Die Mehrarbeit aber, die uns die von vielen verlangten Staffelbeiträge bringen würden, können wir besser auf Agitation verwenden. Wenn von manchen Kollegen gesagt wird, 60 oder 60 Pf. könne er nicht zahlen, so ist dies eine leere Ausrade. Es geht schon, wenn nur der Wille da ist. Ich erinnere mich sehr wohl, daß ich zur Zeit des 15 Pf.-Beitrages nur die Hälfte des heutigen Lohnes verdiente und daß damals trotz der 15 Pf. die Kollegen oft viel schwerer für den Verband zu gewinnen waren als heute mit hier 70 Pf. Beitrag. Daß sich der Lohn seitdem verdoppelt hat, ist doch ein Erfolg, der dem Verband erst möglich wurde, als ihm mehr Mittel zur Verfügung standen. Je höher die Beiträge, um so leistungsfähiger ist die Organisation. Hier in den kleinen Ortschaften können wir oft sehen, daß dieselben Unorganisierten, denen angeblich unsere Beiträge zu hoch sind, abends und Sonnabends in

einer Restauration haße und ganze Literflaschen Schnaps herumschwelen. Da wird den Schnapsjunkern freiwillig ein viel höherer Beitrag gezahlt, aber zur Organisation ist kein Pfennig übrig. Umgekehrt wäre es für den einzelnen viel besser. Dann können wir auch die oft noch tieftraurigen Verhältnisse des Ostens ändern. Ich glaube deshalb, daß unsere Delegierten dem 60 Pf.-Beitrag gern zustimmen, damit auch wir hier eher vorwärts kommen. Clemens Wallowial, Ratel.

Daß der diesjährige Verbandstag sich vornehmlich mit der Beitragsfrage beschäftigen wird, war vorauszusehen, aber er soll die weisen Ratsschläge nicht abweisen. Bedenken wir, wie schwer die Agitation unter der Beitrags-erhöhung zu leiden hat und daß schon Unsummen für diesen Zweck verausgabt worden sind, man kann sagen fast nutzlos; dann sollte die Erfahrung gelehrt haben, daß jetzt anders verfahren werden muß. Wenn wir in rückständigen Gegenden mit Wochenlöhnen von 12, 15 bis 18 Mk. Agitation betreiben und kommen mit 60 Pf. Wochenbeitrag, dann ist es gerade, wie wenn man jemand schmeicheln will und schlägt ihm die Hand ins Gesicht. Wenn es künftig mit der Agitation besser vorwärtsgehen und unser Herr Finanzminister nicht immer allerhand Medikamente erfinden soll, um die Schwindsucht des Geldbeutels zu heilen, so müssen unbedingt Staffelbeiträge eingeführt werden. Hätte unser Hauptvorstand in der Urabstimmung über Staffelbeiträge abstimmen lassen, hätte er sich wundern können. Wenn wir die Anträge durchgehen und die beantragte Unterstützungserhöhung prüfen, so ist Geld notwendig. Aber nicht nur Geld, sondern auch eine Masse, die das Geld auch aufbringt, und das erreichen wir am besten durch Staffelbeiträge. Ich würde vorschlagen bis zu 18 Mk. Wochenverdienst 40 Pf., bis zu 25 Mk. Wochenverdienst 55 Pf. und darüber 70 Pf. Beitrag. Jedoch soll es jedem Mitgliede freistehen, sich in eine höhere Klasse aufnehmen zu lassen. Wenn dementsprechend Unterstützung bezahlt wird, dann bezahlt jeder Kollege auch gern eine Klasse weiter, und würde so der Zweck besser erreicht, wo bis jetzt alle Mittel fehlschlagen haben. Ich möchte den Delegierten ans Herz legen, mit aller Kraft hinzuwirken, daß endlich einmal eine gründliche Reform geschaffen, nicht daß immer nur Fikdarbeit gemacht wird.

Otto Hofmann, Spaichingen, Württg.

Einer der wichtigsten Punkte auf dem nächsten Verbandstage wird wohl die Stärkung der Verbandskasse sein. Wenn wir uns vergegenwärtigen, wie jetzt die Unternehmer organisiert sind, so werden wir uns sagen müssen, daß bei einer großen sich über ganz Deutschland erstreckenden Lohnbewegung oder Ausperrung mit den paar Millionen, die unsere Verbandskasse aufweist, nicht viel zu machen ist. Wir müssen deswegen ernstlich überlegen, wie es möglich ist, größere Summen anzusammeln, ohne daß wir die Unterstützung der einzelnen Mitglieder zu verringern, oder die Kollegen in den zurückgebliebenen Gegenden höher zu belasten brauchen. Sollten diesmal auch die Staffelbeiträge noch vermieden werden können, so werden wir in Zukunft ohne dieselben in den kleineren Orten einen nennenswerten Mitgliederzuwachs kaum erhalten. Nun macht ja der Vorstand den Vorschlag, daß in den schlechtest gestellten Orten der Beitrag nicht erhöht, sondern wie bisher belassen werden soll. Ob man sich von diesem „Behnerla“ etwas Besonderes verspricht, weiß ich nicht, möchte aber darauf aufmerksam machen, daß in unseren Glendbistriten, wo ein Durchschnittslohn von 9-12 Mk. oder noch weniger verdient wird, trotz aller Agitation kaum Mitglieder für den Verband zu gewinnen sein dürften. Und doch sind wir genötigt, endlich auch dort einmal Wandel zu schaffen, wenn wir nicht unsere Errungenschaften in den größeren Städten in Frage stellen wollen. Ich mache dazu folgende Vorschläge: In den zurückgebliebenen Orten, wo es uns bisher wegen der Höhe unserer Beiträge nicht möglich war, Zahlstellen zu gründen, lasse man im Anfang die Mitglieder lediglich die Kosten der örtlichen Ausgaben tragen; allerdings werden wir ihnen mit Ausnahme der eventuellen Streikunterstützung auch keine weiteren Unterstützungen gewähren können, bis sie mit Hilfe des Verbandes ihre erbärmlichen Zustände soweit gebessert haben, daß sie in der Lage sind, einen Verbandsbeitrag zahlen zu können.

In der letzten Abrechnung des Holzarbeiterverbandes vom Jahre 1909 finden wir zwar eine Ausgabe von jährlich 118 779,60 Mk. für die „Solzarbeiter-Zeitung“, dagegen keine Einnahme für Annoncen. (Die Inserateinnahme mit rund 4800 Mk. pro 1909 erscheint in der besonderen Abrechnung der Zeitung, die im Jahrbuch abgedruckt wird. Der hier genannte Betrag ist lediglich der Zuschuß aus der Verbandskasse. Red.) Wo die großen Zeitungen und illustrierten Blätter ihre Haupteinnahme aus den Annoncen beziehen, so wäre es doch Anstun, wenn wir nicht ebenfalls den Inseratenteil der „Solzarbeiter-Zeitung“ erweitern wollten. Bei unserer großen Auflage könnte auch der Zeilenpreis der Geschäftsinsertate ein so hoher sein, daß uns davon ein ziemlicher Uberschuß bleiben würde. Aber nicht bloß unsere Einnahmen müssen wir erhöhen, sondern auch unsere Ausgaben für Unterstützungen müssen wir zu verringern suchen, ohne daß wir dieselben in den einzelnen Fällen zu schmälern brauchen. Das kann geschehen, wenn wir in unseren Tarifverträgen dahin zu wirken suchen, daß in Zukunft keine Behrlinge mehr in Geschäften ausgebildet werden dürfen, wo Teilarbeit herrscht und bloß eine Spezialität hergestellt wird. In unseren Statistiken finden wir, daß immer in den Zahlstellen, wo die meisten Spezialgeschäfte sind, ganz enorme Summen für Arbeitslosenunterstützung aufgewendet werden müssen. Ein Spezialarbeiter wird öfter und länger arbeitslos sein als derjenige, welcher sein Geschäft im ganzen Umfange gelernt hat und im Falle der Arbeitslosigkeit nicht auf einen Ort oder Betrieb angewiesen ist.

E. Schneider, Fürth.

Unter allen Anträgen zum Verbandstag, die in der „Solzarbeiter-Zeitung“ veröffentlicht sind, ist wohl der vom Gaultag Stettin der merkwürdigste, der verlangt, daß Einzelmitglieder, welche ihre Beiträge an die Hauptkasse ent-

richten, nicht mehr wie zwei Beiträge im voraus geleistet haben dürfen. Wenn dieser Antrag zur Annahme gelangt, dann ist dem Verbandsstatut die bürokratische Krone aufgesetzt. Im heutigen Massentat kann man die Steuern auf ein Jahr im voraus entrichten. In einer freien Gewerkschaft muß doch auch dasselbe möglich sein. Unsere Hauptkasse braucht doch Geld und nachmalig Geld, und wer im voraus zahlt, zahlt bereits doppelt. Die Einzelmitglieder arbeiten vielfach in Dörfern, wo sich auch und Gase gute Nacht sagen und wo man zu dem nächsten Postamt mitunter Stunden zu laufen hat. Noch ein anderer Grund. Bei zwei Beiträgen braucht man genau so eine Kostanweisung zu 10 Pf. wie bei acht Beiträgen, denn die Kollegen sollen doch mit den Beiträgen auch nicht so sehr im Rückstande sein. Ich möchte die Delegierten bitten, den Antrag abzulehnen.

Alfons Wolf, Müppershausen, Kr. Wittgenstein.

Wenn wir das Ergebnis der Abstimmung über die Erhöhung der Beiträge von 60 auf 80 Pf. ansehen, so müssen wir auf den Gedanken kommen, daß die Einführung der Staffelbeiträge nicht mehr von der Hand zu weisen ist. 85 602 Kollegen haben mit Nein gestimmt. Was will es da heißen, wenn eine Mehrheit von 13 403 Kollegen gegen eine Minderheit vorhanden ist, welcher doch auf alle Fälle auch Rechnung getragen werden muß. Durch die Einführung der Staffelbeiträge würde der Verbandstag den Wünschen der Minderheit entgegenkommen. Wenn, wie der Kollege Nigherr schreibt, 99 Proz. der Indifferenten die hohen Beiträge vorschreiben, um sich von der Organisation zu drücken, es aber für selbstverständlich halten, ein paar Mark in der Woche in Alkohol umzusetzen, so liegt für uns noch lange kein Grund vor, die Staffelbeiträge abzuweisen. Gerade hier müssen wir einsehen, um durch geringere Beiträge die indifferenten Kollegen von dem Schnapskeufel zu befreien und sie der Organisation zuzuführen. Nur durch geringere Beiträge und intensive Agitationsarbeit ist es möglich, die auf der niedrigsten Stufe stehenden Kollegen für uns zu gewinnen. Wir sind nicht groß geworden auf Grund der hohen Beiträge, sondern durch die Erkenntnis der Mitglieder, die es ermöglichte, die Beiträge nach und nach zu steigern, so werden wir auch diese Kollegen gewinnen, die uns heute noch fernstehen, auch diese werden nach und nach in höhere Klassen einrücken zum Nutzen der Organisation und ihrer Mitglieder.

S. Claus, Darmstadt.

Der einzige Kollege, der bis jetzt an dieser Stelle für den erhöhten einheitlichen Beitrag eingetreten ist, ist wohl bis jetzt der Kollege Waldert Nigherr, Uetersen in Holst., gewesen. (Siehe Nr. 19 dieser Zeitung.) Nach dessen Ausführungen könnte man meinen, die Kollegen in den zurückgebliebenen Gegenden seien lauter Schnapsbrüder, denn er behauptet, daß die Kollegen, welche den hohen Beitrag nicht gern zahlen, wöchentlich einige Mark in Schnaps konsumieren. Das mag wohl hier und da der Fall sein, deshalb ist das aber noch lange nicht für die Allgemeinheit anzuwenden. Gerade auf die Kollegen auf dem Lande ist es abgesehen, denn es wird behauptet, es kämen nur ländliche Distrikte in Frage. Als ob es in der Stadt nicht ebenso verräucherte Lokale gäbe, wo Leute hinter dem Schnapsglas hocken. Das scheint jedoch der Kollege nicht zu wissen, oder wissen zu wollen. Ich gebe zu, daß mancher die Höhe des Beitrages nur vorschützt, um sich von der Organisation zu drücken, aber in den weitaus meisten Fällen ist der Beitrag eben wirklich zu hoch. Das müssen die Kollegen, welche auf dem Lande agitatorisch tätig sind, am besten verstehen und diese werden mit dies auch beständigen. Weiter wird gesagt, daß der Verband, als der Beitrag noch 15 Pf. betrug, hätte sämtlich gestirmt werden müssen. Nun so frage ich: hat denn zu der Zeit auf dem Lande überhaupt jemand eine Abnung von einer Gewerkschaft gehabt? Wohl kaum. Man ist nämlich erst auf dem Lande gekommen, als die Beiträge schon erhöht waren und die Mittel zu den großen Lohnbewegungen nicht mehr ausreichten. Denn daß die ländlichen Kollegen bis jetzt immer nur gezahlt und nichts erhalten haben, davon kann sich jeder überzeugen, der es wissen will. Jetzt ist es für die Kollegen, welche mit Hilfe des Verbandes etwas erreicht haben, an der Zeit, einen kleinen Teil des Erreichten in Gestalt eines erhöhten Beitrages zugunsten der schlechtgestellten Kollegen abzugeben, um somit diese auch etwas vorwärts zu bringen.

Die Urabstimmung spricht ja auch eine sehr deutliche Sprache. Oder haben vielleicht die 85 000 Kollegen, welche mit Nein gestimmt haben, nichts zu sagen? Will man die etwa den 48 000 Gegnern zuliebe nicht in Betracht ziehen? Soll diese verhältnismäßig geringe Majorität für das Wohl des Verbandes allein maßgebend sein? Ich möchte den Verbandstag bitten, dies alles reiflich zu überlegen. Mein Vorschlag geht dahin, Staffelbeiträge auf alle Fälle einzuführen. Die Form der Staffeln überlasse ich dem Verbandstag.

Zum Schluß möchte ich noch die Frage aufwerfen: Was hat denn die großstädtischen Kollegen veranlaßt, die Beitragserhöhung zu verneinen? (Zum Beispiel Berlin.) Etwa die Rücksicht auf die schlechtgestellten Kollegen? Wohl kaum. Meiner Ansicht nach gibt es nur eine Antwort auf diese Frage, nämlich: den großstädtischen Kollegen ist mehr an einer gutgefüllten Lokalkasse als an einer gefüllten Hauptkasse gelegen. Weil sie nämlich da noch Belieben darüber verfügen können.

Bruno Meher-Rechenberg.

Ueber die Beitragserhöhung ist schon so viel gesprochen und geschrieben worden, daß es eigentlich überflüssig wäre, noch einmal darauf zurückzukommen, um so mehr, als die Urabstimmung zugunsten der Beitragserhöhung ausfiel. Trotzdem kann ich nicht unterlassen, mich über die Beitragserhöhung zu äußern. Ein Kollege Nigherr in Uetersen in Holstein hat den Grund herausgefunden, warum die schlechter bezahlten Kollegen (das heißt die Kollegen auf dem Lande) so schwer zur Organisation zu bewegen sind bezw. die Beitragserhöhung so bekämpfen. Er meint, daß die Kollegen vom Lande recht gut die Beitragserhöhung leisten könnten, wenn sie sich des Alkoholgenusses besser enthalten würden. (S. Nr. 19)

Löwe! Es ist eine Ungerechtigkeit, den Kollegen Südbayerns, speziell den Holznechten im bayerischen Oberlande, oder den Sägearbeitern im bayerischen Walde, mit 14-16stündiger Arbeitszeit bei 2,50-3 Mk. Tagelohn zuzumuten, den gleichen Beitrag zu leisten wie ihre Kollegen in der Großstadt mit 6-8 Mk. Tagelohn. Kollege Mignherr sieht weiter aus, daß die Kollegen, speziell die auf dem Lande, sich lieber in die verräucherle Wirtstube setzen, statt ein gutes Buch in die Hand zu nehmen oder eine Arbeiterzeitung zu lesen. Dem Holznecht, der die ganze Woche bei seiner schweren Arbeit im Walde sich aufhält, sogar des Nachts, wird es kaum jemand verdenken können, wenn er sich Sonntag ins verräucherle Wirtshaus setzt, damit er auch etwas erfährt von der Welt, denn ins Theater kann er auch nicht gehen wie seine besser bezahlten Kollegen in der Großstadt. Wer es weiß, daß das Bier speziell bei uns in Südbayern als ein Nahrungsmittel gilt, wird mir recht geben, daß es eine Abgeschmacktheit ist, den Kollegen zugunsten der besser bezahlten Kollegen sich des Biergenusses zu enthalten, damit man höhere Beiträge zahlen kann. Wer hat denn mehr Nutzen vom Verband, wir oder die Kollegen in den Großstädten? Wie oft haben wir schon für die besser bezahlten Kollegen Extrabeträge bezahlt, ohne zu murren; jetzt, wo die Kollegen in der Stadt für uns arme Teufel auf dem Lande auch einmal in die Dresse springen sollen, gibt es Ach und Wehe. Das beweist ja zur Genüge die Zahlstelle Berlin, wo über 5000 Kollegen gegen die Beitragsverhöhung stimmten, das läßt tief blicken. Wir schließen uns dem Antrage unseres Bevollmächtigten, Schreibmeister, vollständig an, welcher besagt: An Orten mit vorwiegender Sägelindustrie, wozu auch Rosenheim gehört, den Beitrag in seiner jetzigen Form zu belassen, und hoffen zuversichtlich, daß er vom Verbandstag berücksichtigt wird.

Im Auftrage der Kollegen der Werkstätte Steinbeis in Brannenburg.
 Heinrich Müller-Rosenheim.

In der Nr. 19 der „Solzarbeiterzeitung“ unternimmt es der Kollege Schierz aus Bernau, die sogenannten „Bettelbriefe“ einer vernichtenden Kritik zu unterziehen. Wenn er dazu Anlaß genommen hätte aus anderen ihm zur Kenntnis gelangten Briefen, die über eine ganz legale Empfehlung des Kandidaten hinausgehen, fände er hierin auch meinen Beifall. Daß ihm aber die Briefe aus Ober-Schöneweide und Wittenberge herhalten mußten, zeigt ein wenig beneidenswertes Zartgefühl bei ihm. Seine Behauptung, die Kollegen hätten nur die Interessen des Verbandes und nicht die einzelner Zahlstellen zu vertreten, hat gewiß ihre Berechtigung; aber andererseits spielen doch wohl die Verhältnisse gewisser Kollegenkreise aus bestimmten Zahlstellen eine wesentliche Rolle, um bei den Verhandlungen des Verbandstages vorgetragen und gemürdigt zu werden. — Doch so weit nun noch ganz gut. Wenn der Kollege Schierz aber ganz allgemein alle Kollegen, welche durch ein solches Schreiben empfohlen werden, verdächtigt, sie wollten nur auf Kosten des Verbandes eine Vergünstigungsgangreise machen, so ist dies doch ein starkes Stück. Da nun auf einen groben Mißbrauch ein grober Reil gehört, wird es mir der Kollege Schierz nicht verübeln, wenn ich seine Worte gebrauche und sage: man könnte fast glauben, daß der Kollege Schierz, der ganz nebenbei gesagt auch Kandidat ist, sich sehr gut auf andere Art als durch „Bettelbrief“ zu empfehlen versteht, indem er ausgerechnet in der letzten, vor dem Wahltag erscheinenden „Solzarbeiterzeitung“ sich in einer Weise produziert, welche allerdings geeignet ist, bei dem von ihm bezeichneten großen Teil der Kollegen Eindruck zu machen. Leider ist es einem Teil der Kollegen (glücklicherweise nur einem kleinen) immer eine Wohlthat, wenn sich eine Gelegenheit bietet, über Verbandsbeamte und andere Kollegen herzugreifen, denen irgend eine Funktion bezahlt wird. Kollege Schierz: die anderen so böse verübelte Stimmungsmache auf diese Weise erreicht, wäre allerdings Bauerneffizienz. Auf alle Fälle möchte ich den Kollegen Schierz vor dem von ihm so sehr gefürchteten Wahlkampf benachrichtigen, wenn diese beiden Briefe solche Gespensterlehre bei ihm hervorriefen. Im übrigen nichts für ungut — die Wahl ist ja vorbei.
 Grunow, Oberschöneweide.

Soziales.

Der Reichstag

hat seine großen Sommerferien angetreten. Von den in den letzten Wochen abgehaltenen Sitzungen war eine der interessantesten die vom 26. April, in welcher Wahlprüfungen auf der Tagesordnung standen. Ist es an sich schon ein skandalöser Zustand, daß die Wahlprüfungen bis gegen Ende der Legislaturperiode verschleppt werden, so bleibt die Art, wie die endlich vor das Plenum gebrachten Anträge der Wahlprüfungskommission behandelt werden, unter jeder Kritik. Die Kommission ist ja mit der Prüfung der Wahlen noch lange nicht fertig, aber in der fraglichen Sitzung beantragte sie die Unzulänglichkeitserklärung von sieben Mandaten. Bei der Beratung zeigte es sich, daß die bürgerlichen Parteien ein Abkommen getroffen hatten, die unzulänglichen Mandate nicht und Gesetz anzuerkennen. Die Parteien wollten den Wahlkreisen die Aufregung einer Neuwahl und sich selbst die Kosten sparen. Sie sichern sich dabei zugleich gegen den Verlust eines Mandats, das sie in rechtswidriger Weise erworben haben. Der sozialdemokratische Abgeordnete Fischer prägte bei dieser Gelegenheit ein sehr treffendes Wort, um den Schwindel dieser Art Wahlprüfungen zu kennzeichnen, indem er erklärte: „Die bürgerlichen Parteien gründen eine Versicherungsgesellschaft auf Gegenseitigkeit zur Rettung wurmtüchtiger Mandate.“ Die Wahlprüfungskommission beginnt übrigens, die Konsequenzen aus den Beschlüssen des Plenums zu ziehen. Sie hat zwar einen Antrag, ihre Tätigkeit einzustellen noch nicht angenommen, aber beschlossen, vorläufig keine weiteren Sitzungen abzuhalten und erst im Herbst über ihr weiteres Verhalten zu beschließen.

Das große Eisenbahnunglück bei Mühlheim a. Rh., bei welchem durch einen Zugzusammenstoß eine größere Zahl auf Osterurlaub gewesener Soldaten getötet und viele verletzt wurden, gab den Nationalliberalen Anlaß zu einer Interpellation, bei welcher allerdings nicht viel herauskam. Statt des preussischen Eisenbahnministers beantwortete der Präsident des Reichseisenbahnamtes, der in Sachen der preussischen Bahnen nichts zu sagen hat, die Interpellation. Er schob die Schuld an dem Unglück ausschließlich dem Lokomotivführer des Zugzuges zu, der das Haltsignal übersehen hatte und in den Militärzug hineingefahren war. Mängel in der Organisation des Eisenbahnwesens, die auf die am falschen Ende gelübte Sparsamkeit der Verwaltung zurückzuführen sind, kann natürlich der Chef der Eisenbahnbureauratie nicht zugeben.

Bei dem Gesekentwurf auf Gewährung von Beihilfen an in Not befindliche Kriegsteilnehmer, der den Reichstag alljährlich beschäftigt, weitestens die Parteien in der Verkündung des Wohlwollens für die Veteranen, es ist nur schade, daß die alten, hungernden Kriegsteilnehmer davon nicht satt werden. Während man bei anderen Gelegenheiten, besonders bei Forderungen für Heer und Flotte, lustig darauf los bewilligt, ohne Sorge, wo das erforderliche Geld hergenommen wird, legt die Regierung, wenn es sich um die Unterstützung der Veteranen handelt, großen Wert darauf, daß zunächst die notwendige Einnahme für den Zweck bewilligt wird. Von den Nationalliberalen ist hierfür die Einführung einer Wehrsteuer vorgeschlagen, während die Freisinnigen die Herabsetzung der Branntweinliebesgabe verlangen. Beide Anträge wurden abgelehnt, dagegen die Veteranenbeihilfe einstimmig angenommen. Ob aber die Veteranen nun auch etwas erhalten, ist noch sehr zweifelhaft; wahrscheinlich wird der Bundesrat seiner bisherigen Stellung treu bleiben und dem Beschluß des Reichstages auch diesmal nicht beitreten.

Große Aufregung hatte es verursacht, als bei der Beratung einer Nachtragsforderung für die Niederschlagung des Aufstandes in Südwestafrika der Abgeordnete Erzberger in der Budgetkommission den Antrag stellte, die in Südwestafrika angesiedelten großen Gesellschaften durch eine hohe Steuer zu den Kriegskosten heranzuziehen. Es handelte sich hierbei wohl in der Hauptsache um einen Vorstoß gegen den Staatssekretär Dernburg, der dem Zentrum besonders verhaßt ist als derjenige, der die Reichstagsauflösung am 13. Dezember 1906 vornehmlich betrieben hat. Mit dem Gedanken des Erzberger-Antrages, der auf eine recht kräftige Schröpfung der kapitalistischen Gesellschaften hinausläuft, die durch die Niederschlagung des Aufstandes und die Entdeckung von Diamanten auf ihrem vorher fast wertlosen Gelände glänzende Gewinne eingeheimst haben, war übrigens das Zentrum in seiner Gesamtheit keineswegs durchaus einverstanden. Und Herr Erzberger selbst verzichtete darauf, seinen Antrag im Plenum wieder einzubringen, nachdem er in der Budgetkommission abgelehnt war. Er trat nunmehr für einen Antrag Latmann ein, der das gleiche in abgeschwächter Form verlangte. Im Plenum gab es anlässlich der Beratung der in Frage stehenden Forderung eine ausgedehnte Kolonialdebatte, deren Ertrag allerdings in keinem rechten Verhältnis zu der aufgewendeten Mühe stand. Der Antrag Latmann wurde ebenso abgelehnt wie ein sozialdemokratischer Antrag, der die Kosten der Aufstandsniederwerfung als eine Schuld des südwestafrikanischen Schutzgebietes an das Reich betrachtet wissen wollte, die in erster Reihe durch eine Wertzuwachssteuer für jenes Gebiet gedeckt werden soll. Dagegen wurde die Regierungsvorlage angenommen und einer von der Budgetkommission vorgeschlagenen Resolution zugestimmt, die zu nichts verpflichtet.

Durch das Stellenvermittlungsgesetz soll den mannigfachen Mißständen, die sich bei der privaten Stellenvermittlung herausgebildet haben, begegnet werden. Doch geschieht das nur in unvollkommener Weise. Die private Stellenvermittlung wird nicht beseitigt; nur dort, wo ein Bedürfnis nicht vorliegt, sollen private Stellenvermittler nicht konfessioniert werden. Die sozialdemokratischen Anträge, welche die Beseitigung der privaten Stellenvermittlung bis zum 1. Januar 1914 und die Errichtung von Arbeitsnachweisen in allen Gemeinden bezweckten, wurden abgelehnt. In der Schlussabstimmung stimmten die Sozialdemokraten für das Gesetz, von der Erwägung ausgehend, daß es den mit der privaten Stellenvermittlung verbundenen Mängeln immerhin bis zu einem gewissen Grade steuert. — Durch eine Aenderung des Posttaggesetzes wird bestimmt, daß bei der Einlieferung von einfachen Postpaketen auf Verlangen gegen eine Gebühr von 10 Pf. ein Postschein ausgestellt wird. — Bei der Beratung des auf Grund der Wiener Übereinkunft eingebrachten Gesekentwurfes zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst wurde der Versuch gemacht, die Schutzfrist für Werke der Literatur und der Tonkunst, die jetzt 30 Jahre nach dem Tode des Autors abläuft, auf 50 Jahre zu verlängern. Dieser Versuch, der hauptsächlich den Erben Richard Wagners zugute kommen sollte, wurde mit Erfolg abgewehrt. — Der Gesekentwurf über die Zuständigkeit des Reichsgerichts, der durch eine Verteuerung der Rechtspflege das Reichsgericht entlasten will, fand trotz des Widerstandes der Sozialdemokraten, denen sich auch einige Zentrumsabgeordnete angeschlossen, eine Mehrheit. — Von den Petitionen, die am 9. Mai auf der Tagesordnung standen, war wohl die wichtigste die, welche für die Bündwarenarbeiter eine Entschädigung für die arbeitslose Zeit fordert, die durch das Bündwarensteuer-

gesetz herbeigeführt ist. Diese Petition wurde der Regierung einstimmig zur Berücksichtigung überwiesen. Eine Petition des Handlungsgehilfenverbandes um Herbeiführung einer Arbeitslosenversicherung wurde dem Reichsanwalt zur Erwägung überwiesen. Bei der Beratung der Petition eines Kriegsrates, welche die Dienstverhältnisse der Militärintendanten zum Gegenstand hat, verfehlte der Reichstag von der Sitzung dem Reichstag seine Mißachtung ausgedrückt hatte, einen Rasentüber. Die Weiterberatung wurde ausgesetzt, bis ein Vertreter des Kriegsministeriums anwesend ist.

Am 10. Mai, dem letzten Sitzungstage in diesem Tagungsabschnitt, wurde in einer Dauer Sitzung das Kaligeseh in zweiter und dritter Lesung erledigt. Die Regierung hatte, um den mannigfachen Uebeln bei der Gewinnung und Verwertung von Kali zu begegnen, einen Gesekentwurf eingebracht. Danach sollte, um die Konkurrenz in diesem besonders für die Landwirtschaft äußerst wertvollen Produkt, das ausschließlich in Deutschland gewonnen wird, zu beseitigen, eine Zwangsvereinigung der Werke gebildet werden. Dieser Entwurf wurde in der Kommission vollständig umgestrempelt. Es wurde auf Vorschlag des Zentrums beschlossen, die Produktion in der Weise zu regeln, daß die Förderung der einzelnen Werke kontingentiert wird. Es gelang aber den Sozialdemokraten, Bestimmungen in das Gesetz hineinzubringen, durch welche den Arbeitern ein gewisser Schutz gegen Lohnherabsetzungen gewährt wird. Diese im Interesse der Arbeiter erlassenen Bestimmungen spielten eine große Rolle in der Debatte. Der nationalliberale Abgeordnete Weber stellte die Regierung auf das dringendste an, auf dem mit den betreffenden Paragraphen beschrittenen Wege nicht weiter zu gehen. Aber vergeblich. Die unstrittigen Paragraphen wurden angenommen, und bei der Schlussabstimmung stimmten nur die Freisinnigen und Polen gegen das Gesetz. — Der Reichstag wurde hierauf bis zum 8. November vertagt. Während der Sommerpause werden jedoch die Kommissionen zusammenbleiben, denen die Beratung des Gerichtsverfassungsgesetzes, der Strafprozessordnung und der Reichsversicherungsordnung überwiesen ist. Durch ein besonderes Gesetz sind den Mitgliedern dieser Kommissionen Extradäten bewilligt worden.

Belehrende Vorträge während der Aussperrung der Bauarbeiter haben die Arbeitergewerkschaften eingeführt. Dieselben finden dreimal in der Woche in den Vormittagsstunden statt. Es ist dazu ein größerer Saal gemietet. Getränke gibt es dabei nicht. Die Redner sprechen über Wirtschaftsgeschichte, Parteiprogramm, politische Macht und Parteien, Genossenschaftswesen, Verfassungsfragen usw.

Die Arbeitslosenunterstützungskasse der Stadt Erlangen blüht jetzt auf das erste Jahr ihres Bestehens zurück. Die Einrichtung, die zunächst probeweise getroffen, hat sich so gut bewährt, daß sie zu einer ständigen gemacht wurde. Das Verfahren lehnt sich hier an das Center System an. Die Unterstützung beträgt bis zu 60 Pf. pro Tag und wird bis zu sechs Wochen gezahlt. Im ersten Jahre wurden an 80 Arbeitslose zusammen 1195,90 Mk. zugeschossen. Unter den beteiligten Gewerkschaften nahmen die Holzarbeiter mit 180 Unterstützungstagen Anteil. Was hier der nur 24 000 Einwohner zählenden Stadt Erlangen möglich ist, sollte doch auch in den großen Gemeinden durchführbar sein.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokaltbeitrages erteilt, wonach der Gesamtbeitrag in diesen Zahlstellen ab 1. Mai beträgt in Diederhofen 60 Pf., Emmendingen 65 Pf., Oeckeln 60 Pf., Zauer 60 Pf., Kirchheim b. S. 65 Pf.

Ab 15. Mai in Goslar 65 Pf., Weiskheim 65 Pf.
 Ab 1. Juni in Lokstedt 100 Pf.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 21. Wochenbeitrag für das Jahr 1910 fällig geworden.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:
 172 274 Bernhard Meyers, Tischler, geb. 15. 8. 78 zu Offen.
 230 940 August Niel, Tischler, geb. 28. 6. 82 zu Wörderfeld.
 350 632 Anton Winger, Tischler, geb. 28. 2. 60 zu Windelheim.
 389 110 Josef Zeul, Tischler, geb. 11. 11. 76 zu Dörnigheim.
 422 472 Friedrich Beck, Stuhlbauer, geb. 15. 6. 79 zu Grububainen.
 458 976 Adolf Zimmermann, Polierer, geb. 25. 3. 91 zu Rudenwalde.
 461 541 Alfred Greif, Tischler, geb. 23. 2. 91 zu Mühlheim.
 488 490 Karl Albrecht, Tischler, geb. 5. 4. 76 zu Erfurt.
 501 474 Georg Schuchmann, Tischler, geb. 5. 8. 77 zu Ober-Ramsstadt.

Für die ausgesperrten Bauarbeiter gingen von unseren Zahlstellen folgende Beiträge bei uns ein:
 Köslin 30,—, Strelitz 20,—, Einemünde 20,—, Königshütte 50,—, Frankenberg 50,—, Leipzig 4000,—, Erfurt 300,—, Raumburg 150,—, Bremerhaven 300,—, Lüneburg 100,—, Binneberg 40,—, Wilsen 50,—, Bielefeld 200,—, Blomberg Ueberfluh vom 1. Mai 17,—, Chani 5,—, Erlangen 100,—, Stuttgart 1000,— Mk. In Summa 6432,— Mk.

Berlin C., Neue Friedrichstraße 2.
 Der Verbandsvorstand.

Korrespondenzen.

Gelsenkirchen. (Vobellschreiner.) Seitdem die Konjunktur in der Montanindustrie wieder besser wird und die Sonne wieder höher steigt, beginnt auch die Reisezeit bei den Kollegen wieder zu wachsen. Es empfiehlt sich aber, vor der Abreise mit den Verhältnissen der Orte sich vertraut zu machen, die man als Reiseziel ins Auge faßt. Vielfach haben Kollegen die üble Angewohnheit, nach allen Himmelsrichtungen Briefe und Postkarten zu senden, um so den Direktoren der größeren und kleineren Fabriken ihre Arbeitskraft anzubieten. Da dies den Kampf der Kollegen am Orte sehr erschwert, ist es doppelt zu vermeiden. In den meisten Orten ist man schon dazu übergegangen, das Umhauende vollständig zu verbieten. Auch hier in Gelsenkirchen haben wir mit dieser Infitte die letzte Zeit viel zu kämpfen, vergeht doch nicht eine Woche, wo nicht mehrere Kollegen an irgendeine Firma geschrieben haben. Kommt dann ein Kollege in eine kleine Differenz mit dem Meister, schon kriegt er zur Antwort, wenn Ihnen das nicht paßt, dann können Sie ja gehen, wir können Leute genug kriegen, die das gerne machen usw. Liegen denn die Verhältnisse hier in Gelsenkirchen wirklich so rosig, daß man sich die Finger wund schreibt? Hier einige Proben davon. Auf einem hiesigen Stahlwerk, wo die Kollegen nach ihrer Ansicht der Organisation nicht bedürfen, werden einige Kommissionen in Bestellung sind, nicht nur unzählige Überstunden, sondern sogar Nachschichten gemacht, natürlich alles ohne Zuschlag. Sobald aber die Arbeit etwas nachläßt, werden Feierlichkeiten eingelegt. Der Meister geht sogar soweit, daß er jüngere Kollegen ohne Kündigung einstellt, trotzdem die Arbeitsordnung vierzehntägige Kündigung vorsieht. Der Lohn läßt hier auch viel zu wünschen übrig. Einige Kollegen, die Hauptstützen des Meisters, bekommen so ziemlich einen angemessenen Lohn, während die anderen mit viel geringeren Lohn zufrieden sein müssen. Auf den anderen Fabriken geht es nicht besser, z. B. ist ein größeres Glättenwerk hier am Orte, da steht der Meister auf dem Standpunkt, die Gefellen nach Gunst bezahlen zu können, weil hier noch immer der elende Lohnford besteht. Hat nun mal ein Kollege oder mehrere Kollegen zusammen eine Arbeit mit festem Preis übernommen und der Lohn tag rückt heran und die Kollegen denken nun etwas verdient zu haben, so bekommen sie es einfach nicht ausbezahlt. Wird der Meister zur Rede gestellt, dann sagt er, er müsse doch auch Geld haben für diejenigen, die nicht mit ihrem Lohn auskommen. Gerade als ob die Kollegen dafür haften müßten, wenn er sich vielleicht in der Kalkulation verhasen hat. Leider gibt es hier keine Affordzettel. Auf diesem Werk herrscht ein Straßsystem, das jeder Beschreibung spottet. Kommt ein Kollege eine Minute zu spät, so hat er gleich 30 Pf. Strafe, kommt er gar 6 Minuten zu spät, schon wird ihm eine ganze Stunde abgezogen und auch noch 30 Pf. Strafe. Sogar bei den Lehrlingen wendet man diese hohen Strafen an. Ein Lehrling, der im ersten Jahre lernt, bekommt die Stunde 7 Pf., kommt er zu spät, so gelten für ihn dieselben Straffsätze, wie bei den Gefellen. Die Aborte sind in einem geradezu ekelhaften Zustande. Die auswärtigen Kollegen werden gut tun, sich erst vorher bei der hiesigen Zeitung zu erkundigen, ehe sie herkommen. Den Kollegen hier kann man zurufen, fest zusammen zu halten, um auch hier in Gelsenkirchen andere Verhältnisse zu schaffen.

Guesen. Als einziger Ort in der Provinz Posen, in dem der Zentralverband christlicher Holzarbeiter vorherrscht, hat es diese Organisation bisher verstanden, jede Neugung unseres Verbandes hier zu unterdrücken. Selbst dem christlichen Verbands ganz fernstehende befürchteten Unannehmlichkeiten von jener Seite, wenn sie sich uns anschließen. Wohl kaum in einem anderen Orte ist unser Verband seitens der Christen so beschimpft und verdächtigt worden, als hier in Guesen. Erst vor kurzem, nach dem recht mageren Abschluß der Lohnbewegung, bei der wir ausgeglichen wurden, wurde die Posener Zählstelle der Streikbrechervermittlung bezichtigt. Das hatte natürlich nur den Zweck, die Schuld des geringen Erfolges auf die „roten Genossen“, wie der christliche Bezirksleiter Schöpsch uns zu nennen beliebt, abzuwälzen. Obwohl seitens des Obermeisters Bartzewski, auf den sie sich als Kronzeugen berufen, schriftlich bescheinigt wurde, daß diese Behauptung unwahr ist, verbreiteten die Waben ihre Lügen weiter. Jede Gemeinheit strahlt sich selbst, sagt das Sprichwort. So auch hier. Das Treiben dieser Leute ist selbst den eigenen Mitgliedern zu viel geworden. Viele traten zu unserem Verbande über. Vor kurzem noch wurde über das halbe Duzend „Genossen“ seitens des christlichen Leiters gespottet. Jetzt waren wir am 1. Mai in der Lage, eine Zählstelle zu gründen, die bereits über 20 Mitglieder zählt. Das war die einzig richtige Antwort auf die unschöne Handlungsweise der Brüder in Christo, die selbst davor nicht zurückschrecken, den früheren Vorstehenden ihrer Zählstelle, der es gelang hatte, zum Deutschen Holzarbeiter-Verband überzutreten, zu überfallen und Spozierstöße auf seinem Haupt zu zerbrechen. Wenn ein Freiorganisierter etwas derartiges machte, würde man über Terrorismus schreien. Bei den Christen ist das natürlich kein Terrorismus, sondern wahrscheinlich nur ein Akt der Nächstenliebe. Unsere Kollegen mögen nur so wie sie eingeseht haben, weiterarbeiten, dann wird der Wunsch, ihre Lage zu verbessern, erfüllt werden.

Karlsruhe. In den beiden Nähmaschinenfabriken Gaid u. Neuen in Karlsruhe und Gröhner in Durlach will es mit dem Ausbau der Organisation nur schwer vorwärtsgehen. Während die übrigen Arbeiter des Karlsruhe-Durlacher Industriegebiets sich regen und bemühen aufzusteigen, ist es der Frühlingssonne noch nicht gelungen, die Köpfe der Arbeiter genannter Fabriken zu erleuchten und den Winterdunst zu vertreiben. Und doch wäre es gerade dort am notwendigsten. Die Arbeitszeit ist in diesen Betrieben 10 Stunden pro Tag, obwohl die Holzindustrie, selbst beim kleinsten Meister, hier nur den Feinstundentag kennt. In Spezialgeschäften, wie es die Nähmaschinenfabriken sind, wo die Arbeitsleistung streng durchgeführt ist, die Tätigkeit der Arbeiter nur in wenigen Handgriffen besteht, wäre es eine absolute Notwendigkeit, die Verkürzung der Ausbeutungszeit im Interesse der Ge-

sundheit an Geist und Körper einzuführen. Zumal, wenn man noch bedenkt, daß die Arbeiter oft stundenweit zu Fuß oder per Bahn zum Arbeitsplatz kommen. Die Lohnzahlung erfolgt auch noch alle 14 Tage, obwohl in jedem Geschäft, wo die Arbeiter sich ihrer Lage bewußt sind, die wöchentliche Lohnzahlung üblich ist. Selbst eine so kleine Forderung können die Arbeiter der betreffenden Fabriken nicht durchführen, weil es an Entschlossenheit fehlt. Wie gut ist es, jede Woche seinen Lohn zu empfangen. Dann kann man den Krämer bezahlen und seinen sonstigen Verpflichtungen besser, regelmäßiger nachkommen. Einer der schlimmsten Schäden ist das Stellen von Material. Wollergappen, Wolle, Glaspapier, Bismehl usw., alles muß der Arbeiter der Nähmaschinenbranche liefern. Es fehlt nur noch, daß für die Meister auch der Speck, die Eier, der Most oder sonstige gute Dinge mitgebracht würden, um der Wetterleiwirtschaft Tür und Tor zu öffnen. Na, vielleicht geschieht dies so nebenbei. Viehlinge, die nicht im Verband sind, kann man dann etwas mehr verdienen lassen. Wiederholt haben sich Kollegen über die Mißwirtschaft beschwert. Abhilfe wird und kann aber nur die Einigkeit, die Organisation schaffen. Da aber liegt der Hase im Pfeffer. Anstatt ihre Beiträge an die Organisation zu zahlen, zieht es ein großer Teil der Kollegen vor, ihren Lohn in der öden Kneipe zu verschwenden, andere glauben wieder, wenn sie ihre Kollegen verkaufen, sich in guten Ruf beim Meister zu bringen, um auf Schleichwegen etwas Mehrlohn zu erzielen. Es sind doch traurige Subjekte, solche Arbeiter, welche sich nicht schämen, in einer Zeit wie der gegenwärtigen, wo das Unternehmertum sich immer mehr zusammenschließt, der Berufsorganisation fernzuziehen. Anstatt die paar lumpigen Pfennige zu zahlen, die Interessenten gemeinsam zu vertreten, sucht man alle möglichen Ausreden, um sich zu drücken. Wenn Kollegen entlassen werden, wie es in der letzten Zeit wiederholt geschieht, und wenn Abzüge kommen, natürlich nicht im gesamten, sondern so einer nach dem anderen, Einzelabschlachtung nennt man es, dann sollte man glauben, die Indifferenten wachen auf. Es dämmert auch von Zeit zu Zeit, aber dann fällt man wieder zurück in seine alten Sünden und erklärt: „Für die Nähmaschinenarbeiter wird doch nichts gemacht.“ Ja, solange kann man nichts ändern, solange die Gleichgültigkeit anhält. Selbst ein großer Teil der Organisierten gibt sich nicht genug Mühe, den Organisationsgedanken auszubreiten. Helft der Verbandsleitung, unterstützt dieselbe, dann geht es auch in der Nähmaschinenbranche vorwärts. Tarifabschlüsse, wöchentliche Lohnzahlung, Abschaffung von Materialkäufen, Beseitigung der Wetterleiwirtschaft, Entschädigung beim Journiertragen, Festsetzung eines ordentlichen Tagelohnes, das sind Dinge, die nicht vom Oberingenieur und Meister oder gar vom Aufsichtsrat kommen, sondern dazu braucht man Kollegen mit Ernst und Charakter. Aus diesem Grunde sei an die Arbeiter und Arbeiterinnen der Nähmaschinenbranche von Karlsruhe und Durlach die erste Mahnung gerichtet, endlich mal ihre Trägheit abzutreiben und sich ein Beispiel an den übrigen Holzarbeitern zu nehmen.

Wien. (Vergolder.) Die am 25. April abgehaltene Sektionsversammlung befaßte sich wieder vorwiegend mit der schwebenden Frage einer Branchenkonferenz. Der Sektionsleiter Kollege Quetting gab den Bericht der verstärkten Vertrauensmännerversammlung vom 6. April, welche sich mit den einzelnen Punkten, die auf einer Branchenkonferenz verhandelt werden könnten, befaßte. Die hiesige Zählstelle schlägt für eine etwa stattfindende Branchenkonferenz folgende Tagesordnung vor: 1. Bericht der Zentralkommission, Regelung der Vertreterstellung und Statistik. 2. Verkürzung der Arbeitszeit. 3. Erringung eines Minimallohnes, Anstreben von Tarifverträgen und Bericht über die bisher bestehenden Tarife innerhalb unseres Berufes. 4. Hygienische Verhältnisse. 5. Sonstige Branchenangelegenheiten. Besonders Gewicht legt die hiesige Zählstelle auf den ersten Punkt und wünscht, daß alle in Frage kommenden Zählstellen obligatorisch verpflichtet werden, am Schlusse eines jeden Quartals einen Situationsbericht an die Zentralkommission einzufenden, um so auch der Zentralkommission die Möglichkeit zu geben, zweckentsprechende Allgemeinberichte zu veröffentlichen. Ebenfalls legen die hiesigen Kollegen Gewicht darauf, statistisch ziemlich genau festzustellen, wie hoch sich an den einzelnen Orten der Durchschnittsverdienst beläuft und wie lang die wöchentliche Arbeitszeit ist. Wir empfehlen den einzelnen Zählstellen, die vorgelegene Tagesordnung in ihren Versammlungen zu diskutieren und vor allen Dingen das Material zu den einzelnen Punkten am Orte zu sammeln. Wenn dies geschieht, so wird wohl ein reichhaltiges Material für eine Branchenkonferenz zur Verhandlung stehen und dann erst wird eine solche zum Segen für unseren Beruf, zur Stärkung unserer Organisation und zur Hebung der verlorengegangenen Fühlung beitragen.

Salzwedel. Für jeden Holzarbeiter stand der 8. Mai unter dem Zeichen der Vertreterwahlen zum Verbandstag. Hier aber stand er unter dem Feste der Fahnenweihe des Vereins ehemaliger Uder. Von 40 Holzarbeitern waren 7 gekommen, ihr Stimmrecht auszuüben, aber nachmittags, da waren die Kollegen früh genug da, um den ganzen Festzug ehemaliger Krieger mit anzusehen. Als vor einer Woche die Arbeiterklasse der ganzen Welt das Maifest feierte, da waren ganze 11 Holzarbeiter vertreten, die durch Abwesenheit Glänzenden schätzten Zeitmangel u. a. m. vor, beim Kriegerfest aber waren alle vorhanden. Kollegen, auf diese Weise befreit ihr eure Lebenslagen nicht. Wer dem Unternehmer Achtung abzwängen will, kann dies nur dadurch, daß er mit seinen Klassengenossen zusammenhält. Dazu gehört, daß jeder einzelne sich an den Aktionen seiner Gewerkschaft beteiligt, die Versammlungen regelmäßig besucht, denn hier werden seine Lebensfragen entschieden. Die geringe Zeit, die dazu erforderlich ist, wird jeder Einsichtige gern opfern.

Wriezen. Betreffs der Inserate der Firma Carl Schmidt in Nr. 18 und 19 der „Holzarbeiter-Zeitung“ ist den Kollegen nur zu raten, ehe sie nach hier Arbeit annehmen, sich vorher mit der Lokalverwaltung in Verbindung zu setzen, denn es ist nicht alles Gold was glänzt. Die

Firma Carl Schmidt bietet dort dauernde Arbeit bei hohem Lohn. Wenn die dauernde Arbeit dauernde Arbeitszeit heißen soll, könnte es wohl eher stimmen. Von früh um 8 1/2 Uhr bis abends 10 und 11 Uhr (mehr verlangt der Unternehmer jetzt nicht) dauert die Arbeitszeit. Und der hohe Lohn beträgt ganze — 18 Mk. Wer hätte er nie gezahlt, erklärt der Inhaber jedem, der es hören will. Es besteht dort ein Tarif, aber wenn es irgend geht, sucht er ihn zu verbessern (nach seinem Geschmack). Kennzeichnend ist die Tatsache, daß wir fast jedes halbe Jahr dort in Abmehrestreit treten müssen. Viele Kollegen sind jetzt hierhergekommen, um enttäuscht abzureisen; hätte die Lokalverwaltung früher davon erfahren, so wäre das Inserat unterblieben. Da es nun ohne unser Wissen in die Zeitung gelangt ist, so bleibt uns nichts anderes übrig, als den Kollegen zu raten, erst Erkundigungen bei der Lokalverwaltung einzuziehen, dann können sie Zeit und Geld ersparen.

Wrl a. Rhdr. In einer am 5. Mai stattgefundenen öffentlichen Holzarbeiterversammlung referierte Kollege Willers-Hamburg über „Die Bestrebungen des Deutschen Holzarbeiterverbandes“. Die Versammlungen war einberufen zwecks Gründung einer Zählstelle hier auf Wrl a. Rhdr. Die hier beschäftigten unorganisierten Kollegen hatten es trotz schriftlicher und mündlicher Einladung nicht für nötig befunden, zu erscheinen. Das soll nun unsere nächste Aufgabe sein, auch noch diese bis auf den letzten Mann für den Verband zu gewinnen. Die Agitation ist hier verhältnismäßig leicht. In dem größten hiesigen Betriebe haben nämlich die Kollegen, die sämtlich hiesigen Betriebe ganz wesentliche Verbesserungen erreicht. Abschaffung des Kost- und Logiszwanges, zehnstündige Arbeitszeit (früher wurde im Sommer elf Stunden gearbeitet), statt des bestehenden Monatslohnes wurde Stundenlohn eingeführt mit einer Lohnerhöhung von 8 Pf. für Bantischler und 10 Pf. für Maschinenschler. Unter Hinweis auf diesen schönen Erfolg dürfte es nicht allzu schwer fallen, auch die noch indifferenten Kollegen zu belehren.

Sterbetafel.

- Wilhelm Döbeln, Schreiner, geb. 24. November 1850 zu Griesheim, gest. am 5. April 1910 zu Pforzheim.
- Otto Schäfer, Schreiner, geb. 16. Februar 1868 zu Waldmühlbach, gest. am 17. März 1910 zu Mannheim.
- Albert Thimm, Pianofortschleifer, geboren 2. März 1847 zu Cosselitz, gestorben 7. April 1910 in Leipzig.
- Ulrich Fritsche, Ristenbauer, geboren 20. November 1874 zu Manstal, gestorben 1. April 1910 zu Leipzig.
- Hermann Dümichen, Tischler, geb. 28. November 1870 zu Gr. Richterfelde, gest. 21. Januar 1910 zu Pankow.
- Friedrich Stollsteiner, geb. 7. November 1858 zu Echterdingen, gest. 8. März 1910 zu Stuttgart.
- Margarete Link, geb. 28. Juli 1882 zu Stein, gest. 8. März 1910 zu Nürnberg.
- Otto Banse, Vergolder, geb. 18. Februar 1871 zu Hohenbolsleben, gest. 28. Februar 1910 zu Stendal.
- Justus Sippel, Tischler, geb. 8. Mai 1845 zu Cassel, gest. 31. Januar 1910 ebenda.
- Kurt Trmler, Drechsler, geb. 16. Oktober 1882 zu Schlichtingheim, gest. 5. März 1910 zu Cassel.
- Georg Klein, Tischler, geb. 1. Juli 1878 zu Weiler, gest. 6. Februar 1910 zu Durlach.
- Georg Bergmann, Tischler, geb. 4. Juli 1878 zu Nürnberg, gest. 11. März 1910 ebenda.
- Friedrich Mayer, Kartelleger, geb. 8. Februar 1857 zu Trier, gest. zu Bamberg.
- Pankraz Wagner, Tischler, geb. 25. Juli 1891 zu Bamberg, gest. ebenda.
- May Wang, geb. 5. November 1889 zu Kamens, gest. 31. März ebenda.
- Ulrich Geißler, geb. 28. September 1872 zu Freiburg i. Schlef., gest. 6. April 1910 ebenda.
- Philipp Krauß, Tischler, geb. 8. April 1847 zu Redargöringen, gest. 6. April 1910 zu Stuttgart.
- Wilhelm Meßmann, Tischler, geb. 26. November 1874 zu Nadebergen, gest. 11. April 1910 zu Leipzig.
- Johannes Reinhold, Stodarbeiter, geb. 18. Januar 1864 zu Wetenhausen, gest. 9. April 1910 zu Cassel.
- Peter Eisenbeiser, gest. am 20. März 1910 zu Schleswig.
- Eise Zimmermann, Pinselmacherin, geb. 22. September 1882 zu Nürnberg, gest. 12. März 1910 ebenda.
- Georg Kamper, Pinselmacher, geb. 18. Mai 1888 zu Nürnberg, gest. 16. März 1910 ebenda.
- Josef Schützle, Korfkneifer, geb. 9. März 1869 zu Bergkitten, gest. 17. März 1910 zu Bonn a. Rh.
- Hermann Heine, Hilfsarbeiter, geb. 10. Februar 1870 zu Stahmeln, gest. 22. März 1910 ebenda.
- Karl Baumgart, Klaviaturmacher, geb. 5. Oktober 1855 zu Zwickau, gest. 24. März 1910 zu Leipzig.
- Otto Körnig, Tischler, geb. 10. November 1872 zu Leipzig, gest. 24. März 1910 ebenda.
- Otto Wunderlich, Tischler, geb. 30. Juli 1879 zu Frankfurt a. O., gest. 15. März 1910 ebenda.
- Friedrich Ehrler, Tischler, geb. 19. Juli 1890 zu Weichsel, gest. 28. März 1910 zu Bräunlingen.
- Theophil Wrulowski, geb. 28. April 1852 zu Wenschlau, gest. 28. März 1910 zu Thorn.
- Frieda Genth, Korbmacherin, geb. 1. Juli 1884, gest. 16. April 1910 zu Gesehacht.
- Louis Wille, Tischler, geb. 25. August 1856 zu Grlitz, gest. 14. April 1910 ebenda.
- Eva Neubert, Pinselmacherin, geb. 19. Juni 1870 zu Rödelstorf, gest. 18. April 1910 zu Nürnberg.
- Heinrich Driever, Tischler, geb. 1. Januar 1876 zu Wismar, gest. 11. April 1910 zu Kiel.
- Franz Schade, geb. 27. Dezember 1858 zu Schmölln, gest. 12. März 1910 ebenda.
- Wilhelm Wieland, Maschinenarbeiter, geb. zu Wögendorf, gest. 7. März 1910 zu Pölsnitz.

Josef Schwägerl, Tischler, geb. 27. Oktober 1878 zu Brand i. Wöhnen, gest. 27. April 1910 zu Leipzig.
Georg Schweinsberger, Ausschneider, geb. 10. Dezember 1868 zu Würzburg, gest. 26. April 1910 zu Nürnberg.
Heinrich Wets, Tischler, geb. 20. Februar 1875 zu München, gest. 25. April 1910 zu Nürnberg.
Otto Weber, Tischler, geb. 29. Juni 1880 zu Elm- bad, gest. 22. April 1910 zu Frankenber.
Sinz. Modler, Schiffszimmerer, geb. 31. März 1875 zu Ganspe, gest. 1. Mai 1910 zu Wegefa.
Anton Bachmann, Tischler, geb. 15. November 1870 zu Gr. St. Nicolaus, gest. zu Schönberg bei Berlin.
August Bod, Eisenbedrucker, geb. 19. November 1856 zu Walbrode, gest. 10. Januar 1910 zu Gießen.
Wolff Gänke, Maschinenarbeiter, geb. 19. Mai 1870 zu Tschöhen, gest. 9. März 1910 zu Jirtau.
 Ihre ihrem Andenken!
 Die Ortsverwaltungen.

Unsere Lohnbewegung.

In Dippoldiswalde dauert der Streik bei der Firma Heberall, Holzwarenfabrik, unverändert fort. Der Geschäftsführer, ein Herr Bussenius, gibt sich nun die größte Mühe, Arbeitswillige heranzuholen und stellt da Leute ein, deren er nur habhaft werden kann. Gärtner, Erdarbeiter, Zigarenmacher usw. werden an die gefährlichen Holzbearbeitungsmaschinen und die Polierbänke gestellt und bekommen einen Stundenlohn, den man den alten eingerichteten Arbeitern verweigert. Den Streikenden ist es bis jetzt zum größten Teil gelungen, die angeworbenen Streifbächer zur Abreise zu veranlassen. Jetzt werden nun die Streifbächer aus Dresden mittels Autodrosche heraufgeholt. Man hat die Fabrikräume zu einem regelrechten Streifbächerquartier gemacht. Eine Fuhre Stroh, Matrasen und Decken sind herbeigeschafft worden. Auch ein Posten Zigaretten dürfte nicht fehlen. Das Rauchen, welches früher vom Geschäftsführer mit sofortiger Entlassung bestraft wurde, ist natürlich diesen Leuten gestattet. Die Streikenden sind sich bewußt, daß mit solchen zusammengesuchten Leuten ein Betrieb nicht aufrechterhalten werden kann und halten an ihren berechtigten Forderungen fest. Wenn früher die Arbeiter Preisauflösungen verlangten, wurde das immer vom Geschäftsführer mit der Begründung verweigert, daß der Betrieb mit Defizit arbeitet. Die Arbeiter haben sich mit solchen Nebensarten abspeisen lassen und manchmal Mägle durchgearbeitet. Wurde dann ein Zuschlag auf Ueberstunden verlangt, zu dem sich die Firma unterschritlich verpflichtet hatte, so ist dies stets vom Geschäftsführer mit allerlei nichtigen Ausreden verweigert worden. Die Arbeiter hatten sich in Kurzschnur gewährt. Von den Mitgliedern derselben sind in kurzer Zeit nicht weniger als acht nach und nach entlassen worden. Ein beliebtes Mittel, welches hierbei der Herr Bussenius anwandte, war das folgende: Dem zur Entlassung Reiften wurde angeboten, eine Arbeit, die mit 5 Pf. bezahlt wurde, für 3 Pf. zu machen, das mußte natürlich abgelehnt werden, worauf dem Betroffenen hebeudet wurde, sich andere Arbeit zu suchen. Dem nächsten ging es wieder so und wenn die Wade rein war, wurde wieder der alte Preis gezahlt. Gewiß ein ganz probates Mittel, um unliebame Arbeiter los zu werden, auch wenn sie noch so tüchtig in ihrem Fache sind. Die Arbeiter verlangen nun neben einer Verbesserung der Stundenlöhne und einer Verkürzung der Arbeitszeit auch die Aushängung eines Tariftarifs, wie das in jedem ordentlichen Betrieb bereits besteht.

In Hamburg ist der Arbeitsnachweis der Tischlerinnung gesperrt. Unsere Kollegen erstreben schon seit längerer Zeit die Einführung eines paritätischen Arbeitsnachweises, welchem Streben die Unternehmer hartnäckigen Widerstand entgegenzusetzen. Durch diesen Kampf um den Arbeitsnachweis wird das bestehende Vertragsverhältnis im Hamburger Holzgewerbe im übrigen nicht berührt. Das entspricht auch der Auffassung der Unternehmer, die bei der Auseinandersetzung über die von ihnen erfolgte Sperrung unseres Parzelllegernachweises im vorigen Jahre ausdrücklich erklärten, daß die über den Nachweis verhängte Sperre keinen Verstoß gegen den Vertrag bedeute. — Wir werden diesen interessanten Streit in der nächsten Nummer ausführlich behandeln.

In Herford haben in der Kürzfabrik von König und Wöschke die Kollegen Forderungen eingereicht; sie verlangen 7 Proz. Erhöhung der Löhne und Arbeitszeitverkürzung von 58 1/2 auf 57 Stunden. Da die Firma sich ablehnend verhält, mußte die Kündigung eingereicht werden. Zugang von Büchsenmachern nach Herford ist fernzuhalten.

In Kößgenbrunn dauert der Streik der Korbmacher noch unverändert fort. Die Meister suchen in ihrem Organ Streifbächer und Lieferanten für Mattarbeit. Nun sind aber die hiesigen Verhältnisse gar nicht so glänzend, um allzu viele anlocken zu können. Die Arbeitsräume sind zum Teil seit Jahren nicht geweißt und daher dunkel und ungesund. Haben wir doch allein zurzeit 3 Lungenerkrankte unter 25 Beschäftigten. Wir bitten die Kollegen, uns auch ferner durch Abhaltung des Zugangs zu unterstützen.

In Esch im Westerwald sind in der Möbelfabrik von S. Rantzel Differenzen ausgebrochen, indem die Firma eine Tarifdifferenzierung von 7 Proz. angekündigt und auch schon durchgeführt hat. Der bisherige Durchschnittsverdienst betrug 22,50 M., und würde derselbe nach der Reduzierung nur noch rund 21 M. betragen. Daß sich die Kollegen in der gegenwärtigen Zeit einen solchen Abzug nicht gefallen lassen konnten, ist ganz selbstverständlich. Eine Verhandlung mit der Verbandsleitung lehnte Herr Rantzel rundweg ab mit dem Bemerkten, nur mit seinen Leuten zu verhandeln, und diesen erklärte er, von dem Abzug nichts zurückzunehmen, so daß den Kollegen nichts weiter übrig blieb, als die Arbeit einzustellen, sobald sie ihre Forderungen festgestellt haben. Wir ersuchen deshalb, den Zugang nach Esch im Westerwald streng fernzuhalten. Herr Rantzel versucht, Leute, speziell aus Rheinland-Westfalen und aus dem Saarnus, zu bekommen, und möchten wir diese Kol-

legen besonders darauf aufmerksam machen, nicht auf die Inserate der Westerrwälder Möbelfabrik hereinzufallen.

In Weidenbach i. Thür. sind am 10. Mai 160 Kollegen in den Ausstand getreten. Die Forderungen waren so minimal, daß es eigentlich nicht zu erwarten war, daß die Unternehmer diese ablehnen würden. Es wird eine Lohnerhöhung von 3 Pf. die Stunde verlangt, ferner für die ganze Woche eine halbe Stunde Arbeitszeitverkürzung. Der geforderte Mindestlohn für Arbeiter über 26 Jahre soll 16,50 M. betragen. Wir ersuchen, den Zugang fernzuhalten.

In Malsenau st. wie bereits berichtet, der Streik bei der Firma Bachmann erfolgreich beendet. Es wurde ein Vertrag auf drei Jahre abgeschlossen. Die Kollegen erhalten eine Herabsetzung der Arbeitszeit von 58 auf 55 Stunden sofort. Ab 1. April 1911 wird die Arbeitszeit auf 54 Stunden und ab 1. April 1912 auf 53 Stunden verkürzt. Der Normalstundenlohn für Tischler und Polierer wurde auf 52 Pf. bei 65stündiger, 53 Pf. bei 64stündiger und 54 Pf. bei 63stündiger Arbeitszeit festgesetzt. — Bei dieser Bewegung zeigte es sich, daß der Austritt der größeren Firmen aus dem Arbeitgeberverband im Anfang des vorigen Jahres nur ein Scheinmanöver unserer Organisation gegenüber war. Denn am 11. April, dem Tage der Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband. Die ganzen Verhandlungen und der Abschluß des Vertrags sind auch mit dem Arbeitgeberverband erfolgt. Dieser scheint während der Zeit seines Winterurlaubes sehr gute Fortschritte in Bezug auf Gewinnung neuer Mitglieder gemacht zu haben, denn es sind ihm jetzt alle Firmen angeschlossen, welche bei unserer Bewegung im Jahre 1908 noch ihren Weg für sich gingen. Das sollte auch ein Ansporn für unsere Kollegen sein, mehr als bisher dafür zu sorgen, daß auch die wenigen noch unorganisierten Kollegen der Organisation zugeführt werden. Wir haben aber auch alle Veranlassung, unsere Organisation nach allen Richtungen hin auszubauen; drohen doch die Unternehmer, daß wenn die Kollegen nicht die Arbeit zu den von der Firma Bachmann gestellten Bedingungen wieder aufnehmen, am 2. Mai weitere Maßregeln erfolgen sollten. Wir haben uns aber durch diese Drohung nicht beeinflussen lassen, sondern ruhig abgewartet. Am 2. Mai waren dann weitere Verhandlungen im Wesen des Gewerkschafts und des Herrn Grünner vom Verband Sächsischer Industrieller. Dort wurde vereinbart, daß ein Vertrag ausgearbeitet werden soll, im Wesen je eines Vertreters der beiderseitigen Organisationen, was dann auch am 3. Mai geschah. Bei den Verhandlungen unmittelbar zwischen den Parteien kam es richtig zum Ausdruck, daß es nur der Arbeitgeberverband verhindert hat, daß nicht eher eine Einigung zustande gekommen ist.

In Zeitz gelang es den Kollegen in der Werkzeugfabrik Knefel durch Verhandlungen, die Arbeitszeit von 60 auf 57 Stunden pro Woche zu kürzen. Für Lohnarbeiter tritt entsprechender Lohnausgleich, für Akkordarbeiter eine Erhöhung der Sätze um durchschnittlich 5 Proz. ein. Jetzt liegt es an den Kollegen der Kürzfabrik zu tun.

In Bussenhausen ist die Lohnbewegung der Schreiner immer noch nicht zu Ende. Der Kampf dauert nun schon 7 Wochen. Obwohl fast zwei Drittel der Unternehmer unsern Vertrag anerkennen, stellen sich die übrigen Unternehmer immer noch ablehnend gegenüber. Es scheint aber doch, daß der Kampf auf seiner Höhe angelangt ist. Bei den Arbeitgebern wird es immer krennender. In verschiedenen Tageszeitungen, wie „Vamberger Tageblatt“ und „Meitlinger Generalanzeiger“, werden Arbeitswillige nach Bussenhausen gesucht; es ist nicht ausgeschlossen, daß auch noch in anderen Zeitungen dasselbe geschieht. Wir ersuchen insbesondere die Lokalverwaltungen, auf derartige Inserate ein scharfes Auge zu richten, eventuell sofort Gegeninserate auf unsere Kosten zu erlassen. Wird der Zugang auch weiterhin so ferngehalten wie bisher, dann sind wir überzeugt, daß auch vollends die übrigen Unternehmer zu der Einsicht kommen, daß auch für sie kein anderer Vertrag gelten kann, wie ihn schon die Mehrzahl der Unternehmer anerkannt hat. Die Betriebe, welche noch gesperrt sind, gehören sämtlich dem Holzindustriellenverband an. — Es hat aber den Anschein, daß auch dort die Einigkeit flühen geht. Eine größere Firma, die noch in Betracht kommt, hat uns um Vermittlung angegangen. Kommt auch mit dieser Firma vollends eine Einigung zustande, sind wir bereits am Schluß unserer Lohnbewegung angelangt. Mit jeder Kollege seine Pflicht, dann sind wir überzeugt, daß der Erfolg auf unserer Seite sein muß.

Ausland.

Aus Oesterreich wird uns geschrieben: Wie alle Jahre, wenn im Frühjahr die regere Geschäftstätigkeit beginnt, so fangen auch in diesem Jahre die Bewegungen um Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter an einzuschießen. Dieses Jahr um so mehr, da es allenthalben den Anschein hat, daß der Geschäftsgang ein etwas besserer zu werden verspricht und die Arbeiter infolge der Krise und der herrschenden Teuerung viel gelitten haben. Bis zur Stunde sind beim Vorstände des österreichischen Holzarbeiterverbandes von mehr als 40 Orten Lohnbewegungen angemeldet worden und kommen bei denselben mehr als 4000 Beschäftigte in Betracht. In manchen Orten deuten alle Umstände darauf hin, daß es zu harten Kämpfen zwischen den Arbeitern und Unternehmern kommen wird, da die Vereinigung der Tischlermeister Niederösterreichs trachtet, die Führung der Bewegung in die Hände zu bekommen. Der Sekretär dieser Vereinigung, Magistratsbeamter Schramel, war bereits in mehreren Orten, hat mit den Unternehmern Versammlungen abgehalten und sich in diesen Versammlungen die Leitung übertragen lassen. In einem Falle — Baden bei Wien — hat er es zustande gebracht, die Unternehmer zu veranlassen, einen Teil der Arbeiter auszusperren, ein anderer Teil ließ infolge dieses Vorgehens die Arbeit stehen. Die Ursache hierzu war, daß den Arbeitern die Wiener Arbeitsordnung aufgezwungen werden, jedoch statt der bisher bestandenen Arbeitszeit diese um eine halbe Stunde verlängert werden sollte. Der Kampf dauert nun bereits seit 14. März und ist keine Aussicht vorhanden auf baldigen Abschluß desselben. Wenn die Unternehmer der anderen Orte, wo sich die Vereinigung der Tischler an-

biedert, sich ebenso voll und ganz der Führung des Sekretärs Schramel unterwerfen, so wird es wohl harte Kämpfe geben. Ob die Tischlermeister dabei gut fahren oder nicht zu spät zur Einsicht kommen, wird die Erfahrung lehren. Es entspricht dabei auch ein Kampf zwischen der Vereinigung der Tischler Niederösterreichs resp. dem Oesterreichischen Arbeiterverband und dem „Bund der Industriellen Oesterreichs“, welcher in einigen dieser Orte Mitglieder hat. Für diejenigen Mitglieder des Deutschen Holzarbeiterverbandes, welche auf der Reise sich befinden oder beabsichtigen zu reisen, dürfte es von Vorteil sein, zu wissen, welche Orte im Grenzgebiet vor einer Lohnbewegung stehen. Es sind dies: Neichenberg, Tetschen, Döbenbach, Teplitz-Schnau, Komotau und Drengenz. Es ist notwendig, daß diese Orte gemieden werden.

Aus der Holzindustrie.

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Berliner Holzarbeiter.

Die Bahnhalle Berlin veröffentlicht mit ihrem Jahresbericht für 1909 auch das Ergebnis einer Statistik, die im September 1909 ausgenommen wurde. Diese Statistik hat nun um so höheren Wert, als sie ein Bild von dem Stand der Löhne und der Arbeitszeiten gibt, die diese unter dem Einfluß der letzten langdauernden Wirtschaftskrise angenommen haben. Als Vergleichszahlen stehen dieser Aufnahme die Feststellungen der allgemeinen Verbandsstatistik vom November 1908 gegenüber, also vom Ausgang der Hochkonjunktur. Ein Vergleich beider Ergebnisse muß also ein zutreffendes Urteil darüber ermöglichen, wie die Verbandsstatistik unter dieser schweren Belastungsprobe langer Arbeitslosigkeit gewirkt hat.

Die jetzige Aufnahme erstreckt sich nur über das Gebiet der Bahnhalle Berlin, also nicht auf die Vororte Charlottenburg, Nördorf, Schöneberg und Wetzlar, welche bekanntlich eigene Bahnhallen haben. In diesem Gebiet arbeiten nun in rund 2500 Betrieben zirka 82 000 organisationsfähige Holzarbeiter, von denen Ende 1909 24 017 der Berliner Bahnhalle angehörten. Die jetzige Statistik erfaßt 1008 Betriebe mit 27 618 Personen oder über 80 Proz. der Beschäftigten, so daß deren Ergebnis wohl Anspruch auf Zuverlässigkeit hat.

Von den 27 618 von der Statistik erfaßten Personen waren 26 811 erwachsene männliche Personen, 982 weibliche Personen und 325 jugendliche Arbeitsuchende. Außerdem arbeiten in den erfaßten Betrieben 1736 Lehrlinge, die aber bei den Erhebungen im übrigen unberücksichtigt geblieben sind.

Die meist übliche Arbeitszeit schwankt in den Betrieben der Holzindustrie zwischen 47 Stunden in den Parkettbodenbetrieben und 58 Stunden in den Würfelfabrikanten und beträgt in den Tischlereien auf Grund des Vertrages 51 Stunden pro Woche. Natürlich treten auch innerhalb des einzelnen Berufes Schwankungen ein, welche dann den Durchschnitt des Berufes beeinflussen. So haben in den Tischlereien nur 87 1/2 Proz. eine 61stündige oder kürzere Arbeitszeit, während 12 1/2 Proz. länger arbeiten. Diese verteilen sich auf kleine vertragslose Betriebe, auf Tischler in Großbetrieben anderer Industrien, wie z. B. die Modelltischler in Maschinenfabriken, die allgemein noch 53 Stunden arbeiten, während ihre Kollegen in freien Betrieben die 61stündige Arbeitszeit haben.

Von allen an der Statistik Beteiligten arbeiten in 140 Betrieben 2348 unter 51 Stunden, in 1053 Betrieben 16 008 je 51 Stunden und 775 Betriebe mit 9264 Arbeitern über 51 bis zu 54 und ganz vereinzelt bis zu 60 Wochenstunden. Einen achtstündigen oder kürzeren Arbeitstag haben 42 Betriebe mit 682 Beschäftigten.

Das Verhältnis von Lohn- und Akkordarbeiter hat sich seit 1906 in den Tischlereien zugunsten der Lohnarbeiter verschoben, im allgemeinen ist es aber wenig verändert. Die jetzige Aufnahme ergab, daß 10 863 Arbeiter in Lohn, 18 356 in Akkord stehen.

Erhebliche Verschiedenheiten weisen die Löhne auf. Von den einzelnen Berufsgruppen haben die niedrigsten Wochenverdienste 87 in Lohn beschäftigte Hilfsarbeiter der Kammmacher mit durchschnittlich 18,05 M., während der höchste bei 28 in Akkord arbeitenden Stellmachern der Treppengeländerbranche mit 48,42 M. zu finden ist. Am nächsten kommen dem 228 Einseher mit durchschnittlich 41,18 M. Der Durchschnittsverdienst aller Beteiligten erwachsenen männlichen Holzarbeiter betrug 32,93 M. Besonders interessant ist die Entwicklung der Löhne seit der Gründung unseres Verbandes, wie solche die nachstehende Tabelle zeigt:

Bezeichnung der Branchen	Der durchschnittl. Wochenverdienst betrug im Jahre					
	1898	1897	1902	1905	1906	1909
Tischler	22,10	24,80	27,18	31,80	32,81	33,71
Bianarbeiter	—	—	26,54	30,72	31,04	32,22
Modelltischler	—	—	30,90	34,50	35,40	36,27
Maschinenarbeiter	—	—	27,91	29,98	31,34	32,73
Bodenleger	—	—	30,72	32,78	33,85	34,89
Polierarbeiter	—	—	—	31,94	32,78	31,42
Drechsler	20,80	22,50	23,86	26,00	26,78	28,76
Treppengeländerarbeit.	—	—	—	32,20	34,60	34,40
Stodarbeiter	—	—	23,07	26,82	30,08	32,—
Knopfarbeiter	—	—	19,09	25,79	29,03	30,46
Kammacher	—	—	24,69	28,40	28,25	24,24
Bürstenmacher	20,—	20,40	20,28	21,27	24,85	24,08
Korbmacher	—	—	23,00	18,85	23,22	25,56
Stellmacher	—	—	25,80	24,82	29,23	31,60
Kleinstmacher	—	—	—	31,43	33,03	33,86
Bergolber	19,50	—	24,05	25,75	29,07	30,86
Widerahmenmacher	—	—	—	33,20	36,00	37,84
Polierer	—	—	28,64	30,71	30,01	31,80
Einseher	—	—	—	36,10	—	41,18

Insgesamt 22,04 24,07 26,09 31,— 32,53 32,93

Wir ersuchen daraus ein langsames, aber sicheres Aufsteigen aller Berufsgruppen. Wenn dieser Aufstieg bei

einzelnen Branchen geringer als bei anderen ist, so liegt dies zum Teil an schlechten Organisationsverhältnissen, zum anderen an totalen Zufälligkeiten. So wird z. B. bei der geringen Zahl Wirkenmacher der Durchschnittsverdienst durch 24 einbegriffene Akkordarbeiter des Vereins für Unfallverletzte mit 12,05 Mk. Verdienst wesentlich herabgedrückt.

Die Wirkung der tariflichen Sicherung der bestehenden Löhne während der Zeit der Krise zeigt ein Vergleich der Löhne von 1908 und 1909 bei den Tischlern, Maschinenarbeitern, Polierern, die 1907 eine fünfprozentige Lohnerhöhung erhalten sollten. Wenn diese 5 Prozent nicht ganz zum Ausdruck kommen, so daher, weil in obigen Zahlen auch die Arbeiter der Nichtvertragswerkstätten einbegriffen sind und natürlich die Krise auch allgemein nicht ganz ohne nachteilige Wirkungen vorübergehen konnte. Am tiefsten kommt der Effekt einer 1908 geführten Lohnbewegung bei der in sich abgeschlossenen Gruppe der Stodmader zur Geltung, wo sich gegen 1908 eine Steigerung um fast 2 Mk. ergibt. Dagegen sind bei einigen Branchen, in denen keine Tarifverträge gelten, die Verdienste seit 1908 gesunken, so bei Wirkenmachern, Drechslern, Kammmachern und Kaloufearbeitern, wo die Differenz etwa 1 Mk. pro Woche beträgt. Am schlimmsten steht es in dieser Hinsicht bei den Marktbohlenlegern aus, deren früher günstiger Akkordtarif schon 1908 von den Unternehmern für abgelaufen erklärt worden war. Hier war bei der großen Geschäftskrise im Baugewerbe und den vielen Indifferenzen ein erfolgsversprechendes Vorgehen unmöglich und sanken die Verdienste von 42,76 Mk. im Jahre 1905 auf 36,85 Mk. 1908 und auf 34,80 Mk. im Jahre 1909.

Die Löhne der Arbeiterinnen schwanken zwischen 12,24 Mk. in den Kammfabriken und 17,25 Mk. in den Goldbleistiftfabriken. In den Pianomechanikfabriken, welche über die Hälfte der beteiligten 982 Arbeiterinnen beschäftigen, beträgt deren Durchschnittsverdienst 18,82 Mk. Da kaum 20 Prozent der Beschäftigten organisiert sind, ist die Beeinflussung dieser Löhne durch den Verband nur gering. Die beteiligten 109 jugendlichen Arbeiter erzielen einen Durchschnittsverdienst von 12,89 Mk.

Zur großen und ganzen genommen, bietet das Ergebnis dieser Statistik unserer Berliner Zahlstelle ein recht erfreuliches Bild von dem Nutzen des Verbandes für die Arbeiter. Wohl genügen die im Laufe der Jahre erkämpften Verbesserungen noch lange nicht dem, was der Arbeiter von der Gesellschaft zu fordern berechtigt ist, ohne auch nur des Ausgleichs für die ständig verteuerte Lebenshaltung zu gedenken; aber wo wäre es früher möglich gewesen, unter dem Einfluß einer so schweren Wirtschaftskrise die bestehenden Arbeitsbedingungen zu erhalten, geschweige denn in dieser Zeit Verbesserungen durchzusetzen? Das ist die Wirkung der durch den Verband gestützten Tarifverträge.

Die ulfigen Schreinermeister von Tegernsee. Bekanntlich befinden sich unsere Kollegen in Tegernsee und den umliegenden Orten im Streik, weil die Meister ihr Verlangen nach einer Verlängerung der noch 60 Stunden betragenden Arbeitszeit und einer bescheidenen Lohnerhöhung mit Entzückung zurückgewiesen haben. Die Herren sind der Meinung, daß es die Schreiner als ein ganz besonderes Glück betrachten dürfen, in der schönen Gegend arbeiten zu können, die als Reiseziel für so viele Sommerfrischler gilt. Daß sich die Arbeiter auch satt essen, scheint den Schreinermeistern angeht, der gesunden Luft, die in Tegernsee weht, weniger notwendig zu sein, sonst könnten sie einen durchschnittlichen Wochenverdienst von 20 Mk. bei den außerordentlich hohen Lebensmittelpreisen nicht für ausreichend halten. Wie groß die Entzückung der Meister darüber ist, daß auch die Schreinergehilfen einigermäßen mitschmecken können, zeigt das nachfolgende Nachwort, das die Herren als Plakat, auf auffälligem Papier gedruckt, an alle Plakatafeln und Mauern in Tegernsee und Umgegend aufschlagen ließen:

Wau- und Möbelschreiner-Gesucht!
Es werden Gehilfen gesucht unter folgenden Bedingungen:

Jeder Schreiner erhält pro Tag 10 Mk. Gehalt bei freier Verpflegung. Die Arbeiter werden je nach Wunsch per Auto oder Landauer zur Werkstätte gefahren, wo ihnen der Meister die Stiefel zu putzen hat und die Herren darauf in das Frühstückszimmer begleitet, woselbst sie das Frühstück einzunehmen belieben. Die Wahl zwischen Schokolade und Kaffee bleibt den Herren Arbeitern überlassen. Selbstredend steht frische Butter, Marmelade und Honig zur Verfügung. Ebenso Zubehörgigaretten Nr. 6.

Die Wahl des sog. zweiten Frühstücks bleibt dem Belieben der Herren Gehilfen überlassen, doch soll es auf ein Gabelfrühstück beschränkt bleiben. Der Werkmeister liest die „Münchener Post“ und den „Wahren Jakob“ vor. Von 12 bis 2 Uhr wird Mittag gespeist.

Angehts der nützlichen wirtschaftlichen Verhältnisse kann jedoch nur Suppe, Fleisch, Gemüse, Braten mit Salat, Mehlspeise, Konfekt, ausnahmsweise vielleicht Kaviar gereicht werden. Hier nach Belieben. Zur Förderung der Verdauung steht echter Weinediktator oder Farthäuser zur Verfügung.

Nach dem Diner liest der Werkführer den „Simplissimus“ vor.

Von 8-4 Uhr wird Kaffee getrunken, wozu frischer Kuchen gegeben wird.

Für jene Herren Gehilfen, die an schlechter Blut- zirkulation leiden, erscheint um 1/2 Uhr der Massageur.

Um 6 Uhr ist Feierabend.
Das Abendessen besteht aus kaltem Geflügel oder Braten, event. Schinken oder geräucherter Lachs; Bier nach Belieben.

Jeder Arbeiter hat Anspruch auf täglich drei Stück Savanna-Zipfeln und auf einen Freiplatz im Bauernhof.

Während der Zeit von 4-6 Uhr spielt die Tegernseer Musikkapelle.

Da sich diese Zugeständnisse so ziemlich mit den modernen Ansprüchen der Gehilfen decken dürften, ist eine baldige Beilegung des Schreinerstreiks zu erwarten.

Der Witz ist nicht übel, aber nicht mehr gangbar.
Immerhin erkennen wir an, daß die Tegernseer Schreinermeister noch Gelgenhumor genug besitzen, den alten Kalauer in neuem Gewande zu produzieren. Die streikenden Schreiner nehmen auch den Scherz gar nicht tragisch, sie lassen den Meistern ihre Freude und trösten sich mit dem alten Sprichwort: „Wer zuletzt lacht, lacht am besten.“ Daß die ulfig veranlagten Schreinermeister schließlich doch mit schwerem Herzen die Forderungen der Arbeiter werden bewilligen müssen, kann keinem Zweifel unterliegen.

Verrufserklärung durch den Arbeitgeberverband.
Dem Unternehmertum ist kein Mittel so schädlich, wenn es gilt, einen mißliebigen Arbeiter auszuhungern. Und die Unternehmer in der Holzindustrie unterscheiden sich in dieser Beziehung um kein Paar von den sonstigen Scharfmachern. Ein interessantes Beispiel für die Methoden, welche die Herren anwenden, um ihren Zweck zu erreichen, ist das nachstehende Schriftstück, welches uns ein günstiger Wind zugeweht hat:

Streng vertraulich. Zeitz, den 30. 4. 10.

Sie werden hierdurch benachrichtigt, daß endstehend vermerkter Arbeiter laut § 81 und 82 unserer Satzungen von unserem Mitgliede der Firma Schemelli u. Co. entlassen wurde, wovon Sie freundlichst Kenntnis nehmen wollen.

Mit achtungsvollem Gruß
J. A.: Arbeitgeberverband für das deutsche Holzgewerbe.
Bezirk Zeitz-Eisenberg-Gera.

(Folgt Name und Geburtsdatum des Arbeiters.)

Was war nun die Veranlassung zu diesem Urteilsbrief? In der Firma Schemelli u. Co. wurde (wir verweisen auch auf die Korrespondenz aus Zeitz in Nr. 11 der „Holzarbeiter-Zeitung“) an einem Stück abgezogen. Ein Tischler verlangte den alten Preis und wurde deshalb sofort gekündigt. Darauf wurden die Kollegen vorstellig und ergelien die Zurücknahme des Abzuges. Am Montag, den 2. Mai, wurde auch die Kündigung zurückgenommen. Und trotzdem versendet der Schutzverband schon am Sonnabend, den 30. April, diesen Urteilsbrief.

Die Schutzverbände im Bezirk Zeitz-Eisenberg-Gera scheinen die Vernehmung mißliebiger Arbeiter in ein System gebracht zu haben. Darauf deutet der Umstand, daß es sich hier um ein vorgebrachtes Formular handelt, das nur ausgefüllt zu werden braucht. Mit Treu und Glauben, den Begriffen, mit welchen die Leitung des Arbeitgeber-Schutzverbandes so gern um sich wirft, haben solche heimtückischen Einrichtungen nichts gemein; und sie dienen auch nicht dazu, den ohnehin nicht sehr starken Glauben an die Vertragstreue des Arbeitgeberverbandes zu stärken.

Der Schutzverband der Klavierindustriellen Westdeutschlands hat am 25. April seine Generalversammlung in Dortmund abgehalten. Der Bericht über diese Versammlung, der in der Zeitschrift für Instrumentenbau gegeben wird, ist sehr knapp gehalten, er läßt aber erkennen, daß die Klavierindustriellen fest zusammenstehen, wenn es gilt, die auf die Besserung ihrer Lage gerichteten Bestrebungen der Arbeiter niederzuhalten. Der im Jahre 1906 gegründete Schutzverband ist auch bestrebt, weitere Verbindungen mit verwandten Organisationen anzuknüpfen, um seine gegen die Arbeiter gerichteten Ziele noch wirksamer verfolgen zu können. Besonders interessant ist der folgende Passus in dem veröffentlichten Protokoll, der die Klavierarbeiter zum Nachdenken veranlassen sollte:

„Es entspinnt sich eine längere Besprechung über die Möglichkeit des bestehenden Anschlusses des Schutzverbandes an den großen Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe. Der Kassierer nennt die Summen, die im Laufe der Jahre abgeführt worden sind. Es wird der Wert einer freundschaftlichen Verbindung anerkannt, aber es soll ins Auge gefaßt werden, dieselbe auf einer anderen Grundlage aufzubauen.“

Und dann heißt es an einer anderen Stelle:
„Der Bericht über den Verlauf und die Begleiterscheinungen des Vöbauer Streiks läßt den Wunsch nach Schaffung einer Zentralstelle aufkommen, von wo aus die nötigen Informationen an andere Betriebe verschickt werden können. Herr Vöbauer trägt, diesbezüglich mit dem Vorstande des „Vereins deutscher Pianofortefabrikanten“ Fühlung zu nehmen.“

Die Generalversammlung beschäftigte sich auch mit der Lehrlingsausbildung und nahm eine Entschliebung an, in welcher es heißt: „Der Schutzverband empfiehlt seinen Mitgliedern aufs dringendste die Annahme und Ausbildung von Lehrlingen. Er hält es für normal, wenn in einem Betriebe auf je 10 Arbeiter ein Lehrling resp. jugendlicher Arbeiter gezählt wird.“

Die Klavierarbeiter sind zu einem erheblichen Teil der Organisation nicht sehr zugänglich; viele glauben, auf den Anschluß an den Verband verzichten zu können. Die Organisationsbestrebungen der Klavierindustriellen sollten ihnen zeigen, welch schwerer Unterlassungsünde sie sich schuldig machen, wenn sie der Mahnung, sich ihren organisierten Verunglückten anzuschließen, kein Gehör schenken. — Erwähnt sei schließlich, daß der Vorstand des Schutzverbandes sich zusammensetzt aus den Herren Walter Vöbauer als ersten und H. Scheel als zweitem Vorsitzenden. Herr Grotzian-Braunschweig ist Kassierer und Herr G. Junius-Hagen Schriftführer. Als Revisoren fungieren die Herren Otto Winkelmann und Ernst Meyer, beide in Braunschweig.

Hirsch-Dunderscher Agitation. In der „Chemnitzer Volksstimme“ lesen wir folgenden Bericht, der die Hirsch-Dunderscher Agitationsmethoden hübsch illustriert. „Aus Döbeln geht uns über die Tätigkeit Hirsch-Dunderscher Beamter das nachstehende Schreiben zu: „Am Sonntag, den 24. April 1910, vormittags, erschien in meiner Wohnung der Vorsitzende des Hirsch-Dunderscher Gewerkevereins, Herr Kromer, in Begleitung eines anderen Herrn zwecks Agitation für obengenannten Gewerkeverein. Nachdem ich den Herren erklärt hatte, daß ihr Bemühen bei mir nutzlos wäre, da ich Silberarbeiter sei, während sie — die beiden Herren — jedenfalls Holzarbeiter seien, sagte ich: Mein Sohn ist Tischler, er gehört

aber seit einer Woche dem Deutschen Holzarbeiterverbande an. Ueber die Zugehörigkeit zu irgendeiner Organisation lasse ich ihm freie Wahl. Hierauf rief ich meinen Sohn herein, worauf die beiden Herren unter Aufzählung der Unternehmungen im Deutschen Holzarbeiterverband, im Hirsch-Dunderscher Gewerkeverein sowie im Christlichen Holzarbeiterverband versuchten, meinen Sohn zum Uebertritt in den Hirsch-Dunderscher Gewerkeverein zu bewegen. Auch legten die beiden Herren meinem Sohne einen Zettel zum Unterschriften vor und äußerten hierbei: dies sei nur bei der Adresse wegen, um diese merken zu können. (1) Nach Unterschriften des betreffenden Zettels nahmen die Herren das meinem Sohne gehörige Mitgliedsbuch des Deutschen Holzarbeiterverbandes an sich und sagten hierbei: Sollte ein mal jemand vom Verband nach dem Verbandsbuche fragen, so solle mein Sohn nur sagen, es sei ihm verbrannt oder sonstwie abhandeln gekommen. (2) Daß diese Niederschrift dem wahren Sachverhalt entspricht, bescheinigt durch eigenhändige Unterschrift Dieses Schreiben, das erst nach eingehender Vernehmung des betreffenden Vaters aufgesetzt worden ist, ist nun allerdings von ihm nicht unterschrieben worden, weil der betreffende Vater Schwierigkeiten in seinem, dem christlichen, Verbandsverhältnis hat, er aber dem Briefe folgenden Nachsatz angefügt: „Ich verweigere hiermit meine Unterschrift, indem ich meinem Sohne freien Willen lasse, in welchem Verbande er bleiben will, er hat sich aber zuerst beim Deutschen Holzarbeiterverband angemeldet, sogar schon Beitrag bezahlt, und deshalb bleibt er, wo er ist. Die Richtigkeit dieses Schreibens bestätige ich.“ — In dieser Weise treten diese Leute auf; wenn wir sie aber einmal in einer Versammlung oder in der Werkstätte gehörig hernehmen, heulen sie kläglich, daß sie doch auch daselbst wollten wie wir. Wir danken für diese Art Betätigung und wollen sie hiermit an den Kranger gestellt haben. Ob der Herr Kromer diese noble Kampfart auf dem Unterrichtstische des Reichsverbandes in Zeitz, dem er beigegeben hat auf Kosten des Gewerkevereins, gelernt hat, wissen wir nicht, vermuten es aber.“

Unsere Kollegen in Döbeln werden sich hoffentlich diesen nach Reichsverbandsmannier arbeitenden Hirsch-Dunderscher Agitatoren nicht annehmen und ihm sein unsauberes Handwerk legen. Notwendig ist es dabei, daß sie selbst eine fleißige Agitation treiben. Guter Zusammenhalt, regelmäßiger Versammlungsbesuch und energische Abwehr jeden Versuchs, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, wird sich dabei als erfolgreich erweisen, als die unehelichen Praktiken, die die Hirsche anwenden.

Anarchosozialisten und Reichsverband am gleichen Strang. In der vorigen Nummer haben wir das Jammern der vom Reichsverband gegen die Sozialdemokratie gespielten Klavier beleuchtet, die sich darüber entrüsteten, daß sich der Deutsche Holzarbeiterverband die Möglichkeit schafft, die von Streikbrechern erschlundene Streikunterstützung zurückzufordern. Jetzt beschäftigt sich auch die anarchosozialistische „Einigkeit“ in der ihr eigenen Weise mit dem Thema. Einleitend vergießt sie Tränen darüber, daß es heute nicht mehr so sei wie früher, wo die Organisationen schwach an Mitgliederzahlen und Massenbeständen waren, aber die Unorganisierten mit den Organisierten während des Streiks ihren Mann gestanden haben bis zum letzten Augenblick. Dann wird eine Notiz aus der gesinnungsverwandten Zeitschrift der freien Sozialisten Oesterreichs „Freie Worte“ zitiert, in welcher das Verhalten der Streikbrecher bei dem Streik der Klavierarbeiter in Vöbau und Georgswalbe besprochen wird, und zum Schluß folgt ein Geschimpf darüber, daß der Verband durch seinen Hauptkassierer die von den Streikbrechern bezogene Unterstützung zurückfordert.

Es liegt uns natürlich fern, das Organ des Häufleins anarchosozialistischer Quertreiber über die Widersprüche, in welchen es sich bewegt, belehren zu wollen. Wir erwähnen die Sache nur, um zu zeigen, wie der Hirsch-Dunderscher Zentralverband die „Einigkeit“, die auch als Arbeiterorgan gelten will, dazu führt, mit an dem gleichen Knochen zu nagen, den der ob seiner Wahrheitsliebe bekannte Reichsverband seinen Gläubigen hinwirft. Den „Einigkeit“-Männern scheint es in der Gesellschaft recht gut zu gefallen; lassen wir ihnen das Vergnügen.

Gewerkschaftliches.

Der Kampf im Baugewerbe

geht weiter. Vier Wochen sind bereits verstrichen seit dem Beginn der Aussperrung, aber ihr Ende ist noch nicht abzusehen. Die Hoffnung der Unternehmer, daß es ihnen mit leichter Mühe gelingen würde, die Arbeiter zur Annahme des Vertragsmusters zu zwingen, wird durch den selbsterhigen Verlauf des Kampfes nicht gestärkt. Im Gegenteil, die Position der Bauherren kommt von Tag zu Tag mehr ins Wanken. Ist es ihnen schon äußerst fatal, daß sich einige Großstädte, insbesondere Berlin, Hamburg und Bremen, nicht an der Aussperrungsaktion beteiligten, so müssen sie nun die Wahrnehmung machen, daß auch anderwärts in den Kreisen der Bauunternehmer die Neigung zu einer friedlichen Verständigung mit den Arbeitern wächst und nur durch den rücksichtslos geübten Terrorismus der Scharfmacher zurückgehalten werden kann. Mit Bitten und Drohungen bearbeitet der Vorstand des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe die Einzelunternehmer und örtlichen Organisationen, von denen er befürchtet, daß sie Sonderverhandlungen mit den Arbeitern anzuknüpfen beabsichtigen.

Eine besondere Rolle spielt in diesen Rundgebungen der Hinweis auf die Industrie, die den Bauunternehmern volle Unterstützung zugesagt hat. Es scheint jedoch, als ob es sich bei der zugesagten Unterstützung mehr um einen Bluff handelt, mit dem man die Arbeiter schrecken wollte. Groß werden die von den Industriellen aufgebracht Summen kaum sein, darauf läßt der folgende Passus in einem Rundschreiben des Bau-

Arbeitgeberbundes schließen: „Neben die Bewilligung der von den Industrieverbänden zur Verfügung gestellten Mittel werden demnächst Grundzüge ausgearbeitet, und sobald diese Arbeit fertiggestellt ist, den Bundesmitgliedern zur Kenntnis gebracht werden. Wir stellen wiederholt das Ersuchen, in Bezug auf die von den Industriezentralen für uns bereitgestellten Mittel im gegenwärtigen Augenblick keine Anfragen an unseren Bundesvorstand zu richten. Der Einlauf solcher Anfragen und die Beantwortung, bevor die Grundlagen festgelegt sind, erschweren die übrigen Arbeiten in der Zentralstelle ganz erheblich.“

Wielange sich die Bundesmitglieder mit solchen Nebenarten abspelsen lassen, ist natürlich deren Sache.

Neben den Einwirkungen auf die wankelmütigen Mitglieder gibt sich der Vorstand des Arbeitgeberbundes auch lebhaft Mühe, die öffentliche Meinung durch eine intensive Bearbeitung der Presse zu seinen Gunsten zu beeinflussen. Seit dem 20. April versendet er täglich an 150 deutsche Tageszeitungen Artikel, in welchen gelogen wird, daß sich die Walfen liegen. Aber auch diese Aktion hat nicht die beabsichtigte Wirkung. Die „Soziale Praxis“ hat ganz recht, wenn sie zu dem vergeblichen Bemühen, die Öffentlichkeit im Sinne der Scharfmacher umzustimmen, bemerkt: „Es muß wohl in der Sache selbst liegen, wenn die öffentliche Meinung auf den eifrig angebotenen Köder der Arbeitgeberpresse, als handle es sich hier um die Aufrechterhaltung der bestehenden Wirtschaftsordnung gegenüber sozialdemokratischen Machtgelüsten, nicht anbeißt und die Tatbestandsverdrehung, als sei dieser Arbeitskampf den Arbeitgebern von der Arbeiterschaft als eine bittere Notwendigkeit aufgezwungen worden, nicht glauben will.“

Außer dem Zentralvorstand des Arbeitgeberbundes suchen auch seine Unterverbände durch öffentliche Rundgebungen auf das Publikum einzuwirken. In der Kunst zu schwindeln weniger erfahren als die Zentralkleitung, plaudern sie aber in aller Harmlosigkeit Dinge aus, die der Vorstand des Arbeitgeberbundes sorgsam bemüht ist, den profanen Ohren zu verbergen. So hat es der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe der Provinz Posen unternommen, durch eine in der Presse veröffentlichte Mitteilung die Behörden und das lauwarme Publikum der Provinz Posen über die Gründe der Aussperrung zu unterrichten. Die Frage, warum die Unternehmer den Reichstaxtarifvertrag wollen, beantwortet diese Rundgebung folgendermaßen:

„Weil sie im ganzen Deutschen Reich dem Baugewerbe für die Vertragsdauer den Frieden sichern will und die Erfahrung gelehrt hat, daß dies durch Hunderte von Einzelverträgen, wie sie bisher bestanden haben, nicht möglich ist, da die bisherigen Einzelverträge keinen Paragraphen enthalten, welcher den Vorstand des Arbeitgeberbundes berechtigt, sämtliche Einzelverträge sofort aufzuheben, wenn während der Vertragsdauer an dem einen oder anderen Orte der Vertrag von Seiten der Arbeitnehmer gebrochen wird.“

Also die Bauunternehmer wollen die Möglichkeit haben, zu jedem ihnen passenden Zeitpunkt eine allgemeine Aussperrung zu inszenieren. Daß es dabei ihnen, die selbst auf die Einhaltung abgeschlossener Verträge keinen besonderen Wert legen, nicht schwer fallen wird, bei passender Gelegenheit irgendeinen vielleicht ganz harmlosen Vorgang an einem beliebigen Ort als einen Vertragsbruch der Arbeiter umzudeuten, ist selbstverständlich. Diese Bekanntheit der Ziele der Unternehmer wird die Arbeiter veranlassen, dem von den Unternehmern gewünschten Reichstaxtarif noch schärferen Widerstand entgegenzusetzen, als sie es ohnehin schon tun.

Inzwischen mehrten sich die Versuche unbeteiligter, eine Verständigung der Parteien herbeizuführen. Gelegenlich einer am 11. Mai im sächsischen Landtag verhandelten Petition erklärte der Minister Graf Bismarck, daß in Sachsen eine Strömung bestehe, Vergleichsverhandlungen herbeizuführen. Die Entschliebung der Unternehmer sei zwar erst für die folgende Woche zu erwarten, doch glaube er nicht, daß sie sich ablehnend verhalten würden. In Zusammenhang damit dürfte die durch die Presse gehende Nachricht stehen, daß der Dresdener Oberbürgermeister Dr. Weutler Vermittelungsverhandlungen angebahnt habe, und daß die Hoffnung bestehe, am 21. Mai mit den Verhandlungen der Zentralverbände zu beginnen, die unter der Leitung des Oberbürgermeisters Weutler in Dresden geschlossen werden sollen. Viel beachtet wurde auch eine eingehend motivierte Eingabe des Münchener Gewerbegerichtsdirektors Dr. Brenner an das bayerische Ministerium, in welcher er an dieses das Ersuchen richtet, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß das Reichsamt des Innern in kürzester Frist den Parteien seine Vermittlung zur Beilegung des Kampfes im Baugewerbe anbietet. Das bayerische Ministerium will diesen Antrag bei der Reichsregierung vertreten; mit welchem Erfolge, bleibt abzuwarten.

Die Versuche, eine Verständigung herbeizuführen, deren Erfolg überdies noch recht zweifelhaft ist, haben natürlich auf die Unterstützung der Arbeiter keinen Einfluß. Der Aufforderung der Generalkommission zur Unterstützung der ausgesperrten Bauarbeiter hat sich auch der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei angeschlossen, der folgenden Aufruf veröffentlicht:

Parteienossen! Im Baugewerbe ist ein großer Kampf ausgebrochen. Die Unternehmer verlangen von den Arbeiterorganisationen die Anerkennung eines Arbeitsvertragsmusters, das künftig deren Einfluß auf den Arbeitsvertrag unmöglich machen soll. Seit Mitte April

sind die organisierten Arbeiter der Bauberufe ausgesperrt, weil sie die Annahme dieses Vertrages abgelehnt haben. Es handelt sich also um einen Kampf für die Grundrechte aller Arbeiter. Mit Rücksicht auf den großen Umfang und die Schwere des Kampfes hat die Generalkommission der Gewerkschaften in Ausführung eines Beschlusses des außerordentlichen Gewerkschaftskongresses die organisierten Arbeiter zu Sammlungen für die ausgesperrten Bauarbeiter aufgefordert.

Wir verweisen auf den Aufruf der Generalkommission und fordern die Parteigenossen auf, sich nach Kräften an dieser Sammlung zu beteiligen.

Berlin, den 2. Mai 1910.

Mit Parteigrüß Der Parteivorstand.

Hat die Aussperrung auch bei weitem nicht den Umfang angenommen, den ihr die Scharfmacher zu geben beabsichtigen, so ist die Zahl der ausgesperrten Bauarbeiter doch so groß, daß es berechtigt ist, an die so oft gelübte Solidarität der Gesamtarbeiterschaft zu appellieren. Wir sind überzeugt, daß bei den eingeleiteten Sammlungen auch unsere Kollegen in vollem Maße ihre Pflicht tun und so dazu beitragen werden, daß aus diesem Miesenkampf die Arbeiter als Sieger hervorgehen.

Der Erlosen-Schad. Die Erinnerung an die merkwürdigen Lebensabenteuer des Vorsitzenden des Deutschen nationalen Handlungsgehilfenverbandes und Reichstagsabgeordneten Wilhelm Schack, deren Bekanntwerden diesen nationalen Helden nötigte, sich ins Privatleben zurückzuziehen, wird wieder wachgerufen durch eine Mitteilung, die der Rechtsanwalt Klumpel in Hamburg an die Presse versendet. Danach haben drei Ärzte, nämlich der Privatdozent für Psychiatrie an der Universität Berlin Professor Dr. Geißler, der Direktor der Hamburger staatlichen Anstalt Friedrichsberg Professor Dr. Wegandt und der Berliner Nervenarzt Dr. Warncke, jezt ein psychiatrisches Gutachten erstattet, und zwar auf Ansuchen der Verwaltung des Deutschen nationalen Handlungsgehilfenverbandes. Die drei genannten Begutachter kommen übereinstimmend zu dem für Herrn Schack und seine Familie wertvollen Ergebnis, daß die ihm seinerzeit zur Zeit gelegten phantastischen Schreibern in einem Zustand vorübergehender krankhafter Störung der Bewußtseinsfähigkeit begangen sind und daß Herr Schack für den Inhalt der von ihm geschriebenen Briefe weder rechtlich noch moralisch verantwortlich gemacht werden kann. Der damals bei Herrn Schack vorhanden gewesene Krankheitszustand ist dem Gutachten zufolge auf langdauernde heruzuführende Ueberanstrengung im Dienst des von ihm geleiteten Verbandes zurückzuführen und weiterhin eine Folge der mit den Reichstagsarbeiten verbundenen Gemütsbewegungen und Ueberanstrengungen.

Herr Schack und sein Deutschnationaler Verband können sich zu diesem feinen Gutachten beglückwünschen. Es ließe sich ja schließlich noch mancherlei dazu bemerken, aber da der Inhalt des Herrn Schack versichert, daß dieser voraussichtlich dauernd auf eine öffentlich-politische Tätigkeit verzichtet wird, können wir den toten Mann ruhig der Vergessenheit anheimfallen lassen.

Der Buchdruckerverband hat auch im Jahre 1909 wieder wesentliche Fortschritte gemacht. Seine Mitgliederzahl steigerte sich um 2894 auf 52 027. Das Gesamtvermögen des Verbandes betrug am Schlusse des Jahres 10 220 256 Mark. Trotzdem eine erhebliche Arbeitslosigkeit herrschte, konnten die Arbeitsbedingungen nicht nur aufrecht erhalten werden, sondern die Tarifgemeinschaft erfuhr sogar eine weitere Ausbreitung. Der Buchdruckerarif erstreckt sich jezt auf 7300 Firmen mit 62 000 Gehilfen.

Der Brauereiarbeiterverband hatte im Jahre 1909 unter der infolge der Lebensmittelverteuerung und den beschleunigten Bierbohlotts erfolgten Einschränkung des Bierkonsums schwer zu leiden. Trotzdem ist es ihm gelungen, seine Mitgliederzahl um 617 zu steigern. Er zählte am Jahreschlusse 33 896 Mitglieder. Auch das Verbandsvermögen hat sich von 704 498 Mk. auf 904 190 Mk. erhöht.

Soziale Rechtspflege.

Kosten für Beschaffung künstlicher Glieder.

□ Viele Arbeiter sind der Ansicht, daß die Berufsgenossenschaften die im § 9 des Unfallversicherungsgesetzes gegebene Verpflichtung zur Lieferung von „Krücken, Stützapparate und dergleichen, als zur Sicherung des Erfolges des Heilverfahrens und zur Erleichterung der Folgen der Verletzung erforderlichen Hilfsmittel“, auch immer zu gewähren hätten.

Unsere Rechtsprediger wird in dieser wichtigen Frage leider immer unsicherer, wie folgender Fall beweist. Eine Unfallverletzte erhielt für den Verlust eines Beines eine Rente von 80 Proz. gewährt. Der gelieferte künstliche Beinersatz war aber sehr unbequem und für die Verletzte gefährlich. Sie verlangte daher von der Berufsgenossenschaft die Lieferung eines neuen künstlichen Beines, wie Ärzte angewiesen hatten. Berufsgenossenschaft und Schiedsgericht wiesen aber diese Forderung ab. Das Reichsversicherungsamt mußte also Stellung zu dieser Frage nehmen und entschied auch zugunsten der Berufsgenossenschaft.

Im Urteile wird ausgeführt, daß die gewährte Rente sehr reichlich sei und „solange die Verletzte diese wohlwollend bemessene Entschädigung bezieht, hat sie auch keinen Anspruch auf einen anderen Beinersatz, als ihn die Berufsgenossenschaft geliefert hat, selbst wenn dieser nicht den weitestgehenden Anforderungen, die vielleicht an Stützapparate dieser Art gestellt werden können, entsprechen sollte. Denn es muß nach den Darlegungen des Lieferanten angenommen werden, daß die Prothese, sofern alle ihre Teile ordnungsmäßig instand gehalten werden und wofern sie von der Klägerin sachgemäß angelegt wird, immerhin geeignet ist, der Klägerin die Fortbewegung über kurze Strecken, sofern sie sich hierzu nicht nur der Krücken

bedienen will, zu erleichtern und daß der Stützapparat dazu beiträgt, ihr zu ermöglichen, die ihr verbliebene Leistungsfähigkeit in dem Maße, wie bei Gewährung einer Teilrente von 80 Proz. vorausgesetzt wird, zu verwerten.“ Der Referent hat also ein Gutachten über die Güte und Zweckmäßigkeit seines Nachwerkes abgegeben. Dies ist dem Reichsversicherungsamt gar nicht weiter aufgefallen... Der Berufsgenossenschaft wurde aber im Urteil mitgeteilt, daß sie trotzdem die gesetzliche Verpflichtung auf „ordnungsgemäße Instandhaltung des gelieferten Beinersatzes, falls dessen Reparatur sich als notwendig erweisen sollte“, habe.

Frühere Entscheidungen des Reichsversicherungsamtes in dieser Frage lauteten aber anders und führt auch Boedde in seinem Kommentar zum Unfallversicherungsgesetz noch ältere Entscheidungen an, welche besagen: „Die Pflicht zur Gewährung der Heil- und Hilfsmittel schließt die Verpflichtung der Instandhaltung und Erneuerung in sich, vorausgesetzt, daß nicht eine schuldhaft (unwillkürliche oder fahrlässige) Zerstörung oder Beschädigung vorliegt. Diese Verpflichtung kann nicht durch Gewährung einer entsprechend höheren Rente umgangen werden.“ Das Reichsversicherungsamt von heute sagt aber im Urteil, daß die Verletzte keinen Anspruch habe, solange sie „diese wohlwollend bemessene Entschädigung“ von 80 Proz. bekomme.

Vollzeiliches und Gerichtliches.

„Der rote Sunnys“, die Sudelschrift des früheren Anführers des Bauhilfsarbeiterverbandes Karl Moche, erfuhr am 7. Mai vor dem Schöffengericht VI in Hamburg die schon lange angekündigte Verurteilung. Gleich nach dem Erscheinen der Schrift, die von Fritz Kater, dem Leiter der anarcho-sozialistischen Gewerkschaften, in Verlag genommen war, hatten die Vorstandsmitglieder des Bauhilfsarbeiterverbandes eine Verleumdungsklage angestrengt. Moche hat es aber durch allerlei Winkelzüge verstanden, die Verhandlung recht lange hinauszuschleppen. Inzwischen haben sich die Feinde der Arbeiterbewegung mit Veranlassen auf den selten Wissen geworfen, waren doch in der Broschüre von einem „Eingewickelten“ die Zustände in der Leitung einer größeren Gewerkschaft in den abschreckendsten Farben geschildert. Auch bei einigen Wahlen benutzte der ehrenwerte Reichsverband die Broschüre als Agitationsmaterial gegen die Sozialdemokratie.

Bei der Verhandlung spielte Moche eine lägliche Rolle. Von den Anklagen, die er gegen die Verbandsleitung erhoben hatte, blieb nichts übrig, dagegen erschien er selbst in einem recht zweifelhaften Licht. In der Verhandlung erhob Moche Widerlage, weil der Vorstand in einer Bekanntmachung im Verbandsorgan erklärt hatte, die Schmähschrift sei aus Falsch und Nachsicht geboren, sie enthalte wissenschaftliche Unwahrheiten und daß das Litgenewebe vor Gericht gerissen werden würde. Diese Widerlage wurde vom Gericht zugelassen, aber es sprach die Kläger von der Widerlage frei. Dagegen wurde Moche zu 200 Mk. und Kater zu 50 Mk. Geldstrafe verurteilt. In der Begründung des Urteils wird ausgesprochen, daß die Behauptungen Moches unbewiesen geblieben sind. Seine Erregung über den Verlust seiner Stellung wurde mildernd in Betracht gezogen, deshalb ist nicht auf Gefängnis erkannt worden. Kater hat die von Moche in der Broschüre aufgestellten Behauptungen anfänglich bezweifelt und die Schrift erst dann in Verlag genommen, als Moche beiläufig, daß er alles beweisen könne. Mit Rücksicht darauf, daß er in gutem Glauben gehandelt hatte, wurde seine Strafe erheblich niedriger bemessen. Die Feinde der Gewerkschaften werden mit Schmerzen konstatieren müssen, daß ihnen diese Gerichtsverhandlung ein so schönes Agitationsmittel vernichtet hat.

Die beleidigte gelbe Anschlag. Im Januar d. J. hat die „Schwäbische Volkszeitung“ in Augsburg einen von dem Erlanger Privatdozenten Dr. C. Motter zuerst in einer anderen Zeitschrift veröffentlichten Artikel über „Die gelbe Seuche“ abgedruckt. Kurz darauf brachte daselbst ein Aufruf an die Arbeiterschaft der Maschinenfabrik Augsburg, in welchem es u. a. hieß: „Arbeiter, seid auf der Huth! Organisiert euch und wendet der gelben Seuche, die ihren Höhepunkt überschritten, den Rücken und werdet wieder freie, geachtete Menschen. Wenn ihr bedenkt, daß die Ausschußmitglieder für ihre „segensreiche“ Tätigkeit 300 bis 500 Mk. Gratifikationen erhalten —, so kann euch die Antwort hierauf nicht schwer fallen.“

Der bekannte Gelbe Clemens Chatelet, der sich stets beleidigt fühlt, wenn über die Gelben die Wahrheit gesagt wird, strengte eine Klage an und hatte die zweifelhafte Genugtuung, daß der Redakteur wegen formaler Verleumdung zu der niedrigsten zulässigen Strafe von 3 Mk. verurteilt wurde. In der Verhandlung wurde festgestellt, daß die Ausschußmitglieder des Gelben Werkvereins der Maschinenfabrik Augsburg für ihre Dienste recht hübsch entlohnt werden. Alle 14 Tage wird gezahlt: an die beiden Vorsitzenden je 12 Mk., an den Kassierer und den Schriftführer je 10 Mk. und an die 6 Beisitzer je 8 Mk. Im ganzen sind es also jährlich 2184 Mk., welche die Maschinenfabrik den Leitern ihres gelben Vereins schenkt. Das sind jedoch Geschenke, die sich gut verzinsen. Geben sich doch die so ausgeschalteten Führer der Gelben alle Mühe, die Arbeiter zur Bescheidenheit und Zufriedenheit zu erziehen und die Leitung der Fabrik in der Niederhaltung der Arbeiter zu unterstützen. Ob es aber besonders rühmlich ist, eine solche Tätigkeit auszuüben und sich dafür mit einem guten Trinkgeld entschädigen zu lassen, das ist eine Frage, über die wir mit dem, mit einer so empfindlichen Ehre behafteten Herrn Chatelet so wenig streiten wollen wie mit seinen gelben Ausschußkollegen.

Technisches.

Fortschritte in der Holzbearbeitungstechnik.

Die kunstgewerbliche wie die technische Entwicklung zeitigen auch innerhalb des weiten Gebietes der Holzindustrie fortwährend neue Formen und neue Arbeitsmethoden. Welche Umwandlungen hat nicht allein die Einführung der

Eperholz als Handelsprodukt und die dadurch begünstigte Entwicklung der glatten Fläche hervorgerufen? Und erst die Fortschritte auf dem Gebiete der Holzbearbeitungsmaschinen...

Ein Wunder der Technik ist aber eine Füge- und Leimmaschine amerikanischer Ursprungs, die als erste in Deutschland in einem Dresdener Großbetrieb zur Aufstellung gekommen ist...

Die große Masse der Holzarbeiter spürt wohl die Wirkungen solcher arbeitssparenden Techniken, ohne sie selbst kennen zu lernen. Ebenso geht es mit den Wandlungen in den Formen unserer Arbeitsprodukte...

Wohl ist die Schule berufen, diese notwendigen theoretischen Kenntnisse zu ergänzen, aber wie wenige sind es, die einen solch günstigen gewerblichen Unterricht genießen können...

Unser Verband hat den Bildungsdrang seiner Mitglieder stets unterstützt, dienen diesem Zwecke die Bibliotheken, die „Holzarbeiter-Zeitung“, so auch für den in Frage kommenden Interessentenkreis das „Fachblatt für Holzarbeiter“...

So bringt das jetzt vorliegende Maiheft neben Abbildungen von Gartenmöbeln nach Entwürfen bekannter Künstler einige Innenräume finnländischer Herkunft...

Anlässlich des Verhandlages in München soll das Juniheft ausschließlich der Schreinerkunst dieser Stadt gewidmet sein. Es wird inselgedessen hervorragende Arbeiten Münchener Handwerker und Künstler zeigen...

Literarisches.

Nach das freie Wahlrecht! So lautet der Titel einer illustrierten Wahlrechtszeitung, die im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, erschienen ist...

getreu nach dem Originale wieder. Der Preis dieser reichhaltigen Gabe zum Wahlrechtskampf beträgt nur 20 Pf. Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage 1887 bis 1900...

Soeben ist die 9. und 10. Lieferung des Handbuchs erschienen. Es werden darin behandelt: Landtagswahlbeteiligung - Passpaltener (Sezession) - Leipziger Volkszeitung - Vöbtauer Prozeß - Votaffrage - Waiseler - Waisefestigung - Waiselstabsbeleidigungsparagraf - Massenstreik - Mecklenburg - Militarismus.

Aus Mansfelds Ehrentagen. Bilder des großen Streiks der Mansfelder Bergleute um ihr gesetzliches Recht. Halle 1910. Verlag von Adolf Thielen. Preis 50 Pf.

Nicht um eine Chronik, heißt es in dem Vorwort, des ersten Streiks der Mansfelder Knappen im Herbst 1909 handelt es sich in diesem Büchlein, auch nicht um eine streng historische Darlegung seines Verlaufs...

Soldaten sein schön! Bilder aus Kaserne und Lazarett von Karl Fischer. Leipzig 1910. Leipziger Buchdruckerei U. G. Broschiert 1 M., gebunden 1,50 M.

Im Laufe des vergangenen Jahres erschien im Feuilleton verschiedener Parteizeitungen eine Sammlung von packenden, lebenswahren Schilderungen aus dem Soldatenleben unter dem Titel: Soldaten sein schön! Der Verfasser, ein als Schriftsteller bisher unbekannter, hat in Form einer Erzählung das ganze Milieu des Kasernenhofes, des militärischen Drills, der unbedingten Subordination meisterhaft gezeichnet...

Biblische Geschichten. Beiträge zum geschichtlichen Verständnis der Religion von Max Maurenbrecher. Heft 8, das uns soeben zugeht, behandelt die Aufstufungsgeschichten. Jedes Heft ist in sich abgeschlossen und einzeln zum Preise von je 1 M., Vollaussgabe 40 Pf., durch alle Buchhandlungen und Kolporteurs zu beziehen.

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der sozialdemokratischen Partei Preußens. Abgehalten zu Berlin vom 8. bis 5. Januar 1910. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Preis 1,20 M. Auf besserem Papier 2 M.

Führer durch die Strafprozeßordnung. Rechte des Angeklagten vor Strafgericht und Polizei. Von Dr. Hugo Heinemann, Rechtsanwält. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Zweite erweiterte und gänzlich umgearbeitete Auflage.

Die Broschüre gibt die wichtigsten Rechte, welche dem ausstehenden, der in ein Strafverfahren gegenüber den Weirichten, der Staatsanwaltschaft und der Polizei verwickelt ist, in Kürze wieder. Da gerade organisierte Arbeiter durch die „Aufmerksamkeit“ der Behörden leicht Gefahr laufen, bei Flugblattverbreitungen, Abhalten von Versammlungen usw. mit Polizei und Gerichten in Konflikt zu geraten, sollte dieses nützliche Heftchen bei keinem organisierten Arbeiter fehlen...

Die Wahlrechtsvorlage. Verhandlungen des preussischen Abgeordnetenhauses nach dem amtlichen Stenogramm der Sitzungen vom 10. bis 12. Februar 1910. Herausgegeben von der Landeskommission der preussischen Sozialdemokratie. Preis 80 Pf.

Ein Arbeiterliederbuch für Massengefang ist soeben im Verlage der Dortmunder „Arbeiter-Zeitung“ (A. Gerich, Dortmund, Kellstr. 5) erschienen; es ist 82 Seiten stark und kostet geheftet nur fünf Pfennig. Politische und gewerkschaftliche Organisationen erhalten es bei Parteibezug noch wesentlich billiger. Das kleine Liederbuch ist aus den Bedürfnissen des Wahlrechtskampfes heraus geboren; aber außer Wahlrechtsliedern enthält es auch die bekanntesten sonstigen Proletarierlieder, Volkslieder, Lieder für Gewerkschaften usw. usw.

Das Arbeitersekretariat und die Gewerkschaften Magdeburgs im Jahre 1909. 7. Jahresbericht des Sekretariats. Magdeburg. Selbstverlag des Gewerkschaftssekretariats.

Arbeitersekretariat Stuttgart. Dreizehnter Jahresbericht für das Geschäftsjahr 1909 nebst Bericht der Vereinigten Gewerkschaften Stuttgart. Selbstverlag der Vereinigten Gewerkschaften Stuttgart.

Briefkasten.

Fachblatt für Holzarbeiter. An die Zustellungs-Verwaltungen richten wir das dringende Ersuchen, Bestellungen auf das Fachblatt bis spätestens den 8. jeden Monats einzusenden. Dieses gilt ganz besonders für den ersten Monat im Quartal. Unterbleibt die Bestellung, dann senden wir die bisherige Anzahl Fachblätter und stellen diese in Rechnung. Für den Fall, daß ein Wechsel bei den Adressen für die Zusendung der „Holzarbeiter-Zeitung“ und des „Fachblatt für Holzarbeiter“ eintritt, muß dieses besonders gemeldet werden...

Arbeitslosigkeit im Monat April 1910.

Table with columns for Gau, Arbeitslose Mitglieder am Orte, and Unterstüßung haben erhalten. Rows include various regions like Danzig, Stettin, Breslau, etc., and a monthly summary for April 1910.

Die Zahlstellen, welche nicht berichtet sind: Zna, Brunsbüttel, Strehlen, Kallberge, Neubann, Schwedt, Zehdenitz, Ebersbach, Seiffenwiesdorf, Borna, Triebes, Werda, Gräfenroda, Nordhausen, Zella-Mehlis, Heilstedt, Neuhaldensleben, Brale, Brunsbüttel, Marne, Delligjen, Einbe, Stadthagen, Wachen, Müllter, Schwellm, Soest, Witten, Uderbach, Felsenheim, Landau, Oberstein, Neßau, Selb, Garmisch, Kirchseeon, Lindau, Altensteig, Balingen, Heidenheim, Holzgerlingen, Kirchheim, Markirch, Neuenbürg, Zell.

Zur besseren Uebersicht über den unterschiedlichen Umfang der Arbeitslosigkeit füllen wir noch folgende Vergleichszahlen bei:

Table showing comparison of unemployment figures for various months from 1905 to 1910, with columns for 1905, 1906, 1907, 1908, 1909, 1910 and corresponding values.

Verfallungs-Anzeiger.

Frankfurt a. M., Samstag, den 28. Mai, abends 8 1/2 Uhr. Sektionsversammlung der Modell- und Patentschreiner im Gewerkschaftshaus, kleiner Saal A.

Anzeigen.

Waldschaff. Nebelinschlichter: Johann Wender, Rangierstr. 2. Dabst: Meisenunterführung, Kaffee- u. Gerahmte-Weser, Wühlgelstraße, Gerberge und Veredelhof im Gasthaus zum Adler, Seefr. 84.

Waldschaff. Der Arbeitsnachweis für Tischler, Maschinenarbeiter, Drechsler und Wagner befindet sich beim Kollegen Elmer, Hermannstr. 2, vorn dort. Umständlich in Frage gestellt. Die Meisenunterführung wird im Gewerkschaftshaus, Wühlgelstraße 41, ausbezahlt. Am Wochenende abends 7-8 Uhr, an Sonn- und Feiertagen mittags von 12-1 Uhr.

Arthur Pontow, Tischler, geb. 20. 6. 1877 in Spandau, Buchn. 218 788, wird um Angabe seiner Adresse gebeten. Der Verbandsvorstand.

Tüchtige Möbeltischler auf furnierte Kaffeezimmermöbel gesucht. Dauernde Arbeit. Johannes Behrendt, Mechan. Tischlerei, Parochim i. M., Langestr. 87.

8-10 tüchtige, selbständige Möbelschreiner auf bessere Arbeit finden dauernde Beschäftigung bei guter Bezahlung. Gottlob Stäbler Söhne, Möbelfabrik Marbach a. N.

Tüchtige, selbständige Möbeltischler auf weiße Möbel, sucht M. C. Brinken, Möbelfabrik Saderleben.

Mehrere tüchtige Tischler für bessere Speisezimmer sowie Betzer und Polierer gesucht, möglichst über 20 Jahre. Arbeitsnachweis Zeulenroda.

Strebsamer Möbeltischler, Stettiner, 21 Jahre alt, perfekt auf bessere Schlaf- und Wohnzimmer, sucht Stellung in guter Möbeltischlerei Westdeutschlands. Offert. Bitte unter N. N. 212 an die Exped. d. Holzarb.-Ztg.

Stuhlbauer hauptsächlich für bessere Stühle, finden dauernde, gutlohnende Beschäftigung bei Robert Oelschlägel & Co., Br. Holland 5, Elbing. Nach 1 1/2 jähriger Tätigkeit wird Fahrgehalt IV. Klasse zurückvergütet.

Tüchtiger Kehler

wird gesucht. Aug. Bullmann, Sagan (Schlesien).

Tüchtige Farbmacher finden dauernde Beschäftigung. Goldbleifenfabrik S. Groß, A.-G. Leipzig-M., Eilenburgerstraße.

1 älterer Stellmachergeselle erhält gute Arbeit bei P. S. Peters, Landslet (Alten).

Sofort ein Drechsler gesucht. Meiners Dampfischlerei Hüttersiel bei Wilhelmshaven.

Tüchtige Stockpolierer, speziell solche, die auf Einlage-Stücke gut eingearbeitet sind, für dauernde Stellung sofort gesucht. Oskar Rotholl Nachf., Cassel.

Tüchtiger Kaspeler und Hobeler per sofort gesucht. Schloß & Co., Schwinge Spazierhof mit elektrischem Betrieb.

2-4 Korbmachergesellen auf Reifetörbe, Zoll 12 und 13 1/2, sucht für dauernd Fr. Böttcher Wittenberg (Bez. Halle), Kupfer 71.

Jüngere Korbmacher

auf Gestellarbeit, besonders Peddigmöbel, per sofort gesucht. Hofmöbelfabrik Berg & Schulz Flensburg.

1 Korbmacher auf Gestellarbeit wird sofort gesucht. Ernst Thiel, Korbmachermesser Zwenkau bei Leipzig, Ritterstraße.

Einen jungen, tüchtigen Korbmacher auf Grüngeischlagenes stellt sofort ein Benno Winkler Hirschdorf b. Wilsdruff i. Sa.

Korbmacher sofort gesucht auf Großgeischlagen und leichte Korbarbeit. 24 bis 28 Mk. Wochenlohn oder Akord. Herrn. Kaudewig, Welbert (Rheinl.).

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Hamburg. Bureau: Gewerkschaftshaus, Besenbinderhof 57 III. :: Telephon: Amt V, 298.

Den Kollegen zur Kenntnis, daß im Zahlstellengebiet nur der Arbeitsnachweis des Verbandes zu benutzen ist. Der Arbeitsnachweis der Hamburger Tischler-Zunft ist strikte zu meiden! Das Anschauen ist nicht gestattet! Jeder im Zahlstellengebiet in Arbeit tretende Kollege muß einen Ausweis seitens unseres Arbeitsnachweises im Besitz haben. Der Arbeitsnachweis befindet sich nur im Gewerkschaftshaus, Besenbinderhof 57, Hintergebäude. Sprechzeit: Erdgesch. Vermittlungszeit von 10 bis 12 Uhr. Die Ortsverwaltung.

Ich suche einen Korbmachergesellen für grüngeischlagene Arbeit und etwas Mattarbeit, auf Wochenlohn. E. Kluge, Korbmachermesser, Gommern, Bez. Magdeburg.

Mehrere Korbmacher auf Mattarbeit für sofort gesucht. G. Wirt, Korbmachermesser, Altenritte bei Cassel.

Korbmacher der Korbwagenbranche, auf Drehgängen und gebleichte Korbarbeit eingearbeitet, sucht Stellung bei tüchtigem Meister zur Erlernung der Webdrehgängen. Beste Offert. unter N. N. 211 a. d. Exped. d. Holzarb.-Ztg. erb.

1 ordentlicher, jüngerer Wärfenmacher erhält dauernde Arbeit bei Gustav Gebank, Rottbus.

Tüchtiger, zuverlässiger Carlsruher und Schleifer sofort gesucht. Unverheirateter bevorzugt. G. Schreier, Erlangen.

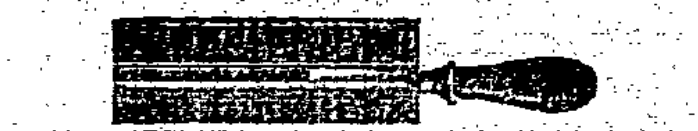
Gebilte Weber und Pfaffwa-Mischer finden dauernde u. lohnende Beschäftigung bei Eahn & Meltner, Mannheim. Reise wird eventl. nach Vereinbarung vergütet.

fachblatt für Holzarbeiter. Kunstgewerbliche Fachzeitschrift. Herausgegeben vom Deutschen Holzarbeiterverband. Anlässlich des Verbandstages erscheint die Juni-Nummer des Fachblattes in läckerem Umfange und mit drei farbigen Beilagen versehen als Sonderheft „München“. Das Heft stellt in Wort und Bild die Leistungen der Münchener Schreinerkunst dar und dürfte deshalb vielfach Interesse erwecken. Wer sich dieses Heft sichern will, bestelle sofort. Das „Fachblatt für Holzarbeiter“ erscheint monatlich einmal und kann durch jede Postanstalt, durch die Zahlstellenverwaltungen des Deutschen Holzarbeiterverbandes sowie auch direkt durch den Verlag bezogen werden. Der Abonnementspreis für Deutschland und Oesterreich-Ungarn beträgt vierteljährlich 1 Mark (im übrigen Ausland 1,20 Mark = 1,50 Fr.). Einzelnummern werden mit 50 Pfennig pro Stück berechnet. Die Jahrgänge 1907, 1908 und 1909 sind noch vorrätig und können in Heften für 4 Mark pro Jahrgang (Ausland 4,80 Mark) bezogen werden. Dieselben Jahrgänge sind auch gebunden vorhanden und kosten pro Stück 3,50 Mark (Ausland 6,50 Mark). Original-Einbanddecken für die bisher erschienenen Jahrgänge werden mit je 1 Mark (Ausland 1,20 Mark = 1,50 Fr.) berechnet. Jeder Bestellung ist der Betrag beizufügen, da Nachnahmelieferungen nicht ausgetührt werden. Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes G. m. b. H. Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2

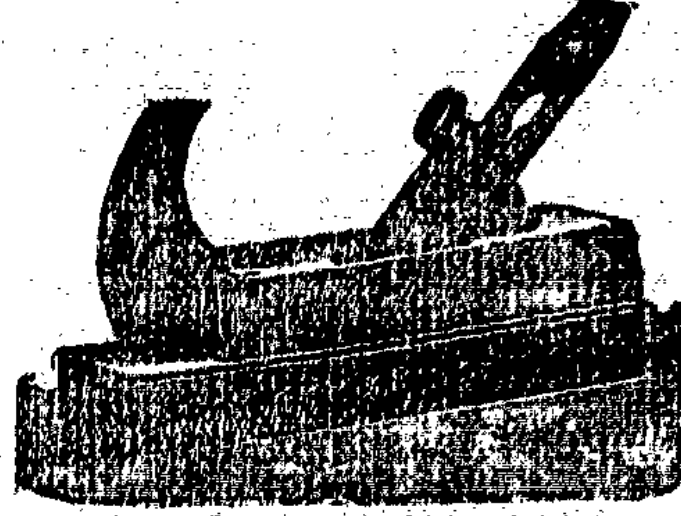
Quittungs-Marken und Kautschuk - Stempel. Liefert seit 30 Jahren Jean Holze & Co. Hamburg, Besenbinderhof 70.

Slomkes Städtebuch. Reiseleiter durch Deutschland u. ang. Länder mit Eisenbahn- u. Wegekarte, 368 Seiten, geb. M. 1,20. In all. Buchhdl. zu haben od. geg. Eins. von M. 1,40 bei G. Slomke, Bielefeld.

Neu! D. R. G. M. Neu! Fuchsschwanz, zweischneidig. Blattlänge 25 cm à 2,50 Mk. Ohne Zweifel der Beste.



Spezialgeschäft ameril. und engl. Tischler- und Bildhauer-Werkzeuge :: Abziehsteine, Reformhobel und Reifeisen. Jeder verlangt :: sofort neue Preisliste gratis von :: Otto Bergmann, Berlin SO. 33, Doppelnerstr. 81.



Reform-Putzhobel „Matador“

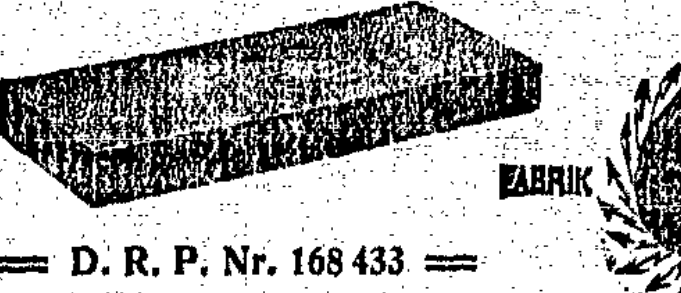
gesetzlich geschützt, übertrifft unstrittbar alle bisher existierenden Hohlhobel. Verlangen Sie unseren reichhaltigen Katalog über Werkzeuge gratis und franko. Gebr. Genuit, Cassel 12.

B. Kolscher's :: Fachschule Detmold :: für Tischler u. für gewerbl. Zeichnen. Exterstrasse, Ecke Grabenstrasse. In 3 Monaten: Ausbildung zum Werkführer und Techniker. In 6 Monaten: Ausbildung zum Zeichner und Buchhalter. Schulgeld 25 Mk. pro Monat. Kostenfreie Abschlussprüfungen. Eintritt jederzeit. Auskunft durch die Direktion. B. Kolscher.

Süddeutsche Schreiner-Fachschule. Nürnberg. Erstklassige Lehranstalt. Kirobenweg 14. Dr. Carl Malbaum.

Erstkl. Tischler-Fach-Kurse Dresden-A. Hauptstr. 2. Max Gempeler, Steinbrunnstr. 6.

Erstkl. Tischler-Fach-Kurse Dresden-A. Hauptstr. 2. Max Gempeler, Steinbrunnstr. 6.



D. R. P. Nr. 168 433

Patent-Abziehsteine aus Schmirgel, Diamantin, Carborund, Corund. Unerreicht an Härte, werden nie stumpf. Für Öl und Wasser. Volle Garantie für jeden Stein. 220x50 mm doppelt grob und fein 4,- Mk. 155x45 „ „ „ „ 2,50 „ 155x45 „ einfach fein „ „ 2,- „ Unentbehrlich für jeden Tischler. Ein Versuch führt zu dauernder Nachbestellung. Schmirgelscheiben für alle Zwecke. Versand gegen Nachnahme. Heinr. Clasen & Co., Altona (Elbe).

unübertrass einfacher und klarer Weise lehren des Selbstunterrichtswerke System Karnack-Hachfeld: Zimmermann, Holzbildhauer, Kannt- und Möbel-tischler, Bauteischer, das an den betr. Fachschulen gelehrt Wissen, dessen man zur Erlangung höherer Stellen resp. zur Ablegung einer Prüfung bedarf. Glänzende Erfolge. Anerkennungen und Ansichtssend. bereitwilligst ohne Kaufzwang. Bonness & Hachfeld, Potsdam W. 10



Regler's Patent Nr. 203 822. Diese Feilsäge für Kisten- u. Flechtgehäuse zu kaufen ist ein Vorteil. Durch alle einschl. Geschäfte zu beziehen. Sägen- u. Werkzeugfabrik Regler, Nürnberg.

Tischler-Fachschule Blankenburg. am Harz. 1 bis 12 monatliche Kurse zur Ausbildung als Werkführer, Zeichner und Meister, einschließlich monatliche Meisterprüfung. Kostenlos. Stellenvermittlung. Programm frei. Direktor Meineling.

Tischler-Fachschule Detmold. gegründet 1893. Stadt. Schulgebäude, Meister, Werkmeister, Zeichner, Grosse Hör- und Zeichen-Säle. :: Werkstätten. :: Programme frei. :: DIREKTOR BRECHT.

Paul Horn, Politur- u. Lackfabrik Hamburg 23. zwei deutsche Reichspatente. Nach meinem durch verfahren werden die Poren des Holzes beim Polieren mit spritzlöslichem Polierpulver (Lackstoffpulver) gefüllt. Dadurch wird erreicht :: eine sofortige Porenfüllung :: man erspart Material, Zeit, Arbeit, erzielt :: edlen, unverschleierten, glasartigen Hochglanz, klare, durchscheinende Poren, wunderbares Feuer der flammigen Maserung, volle Schönheit des Holzes, vermeidet Oelanschwitzen, Rissigwerden der Politurdecke, weisse Flecke, sowie Einschlagen der Politur. Beim Polieren wird kein Schellack-Ersatz, kein Kunstharz, sondern reine, unverfälschte Schellack-Politur verwendet. Es ist patentrechtlich strafbar, ohne meine Einwilligung beim Zupolieren der Poren spritzlösliches Porenpulver (Lackstoffpulver) anzuwenden; ganz gleich, unter welchem Namen dasselbe angeboten oder verkauft wird. Ich versende zum Versuch ein Körbchen enthaltend 1 Flasche Marmor-Mono-Politur-Extrakt zum Grundpolieren 1 „ Neutral-Schellackpolitur-Extrakt zum Mittel- und Feinpolieren 1 „ Patent-Politur zum Reinpulieren 1 „ allerfeinsten Politur-Glanzack, blond, zum Ausziehen von Kehleisen usw. 1 „ allerfeinsten Kristall-Glanzack, blond (Stuhlack, Drechsler-, Bildhauerlack) 1 „ Schlei- und Polieröl, gelblich 1 Dose Porenfüllpulver, feinste Marke „Hornol“ 1 „ Porenfüllpulver, gemischte Qualität „Marmor-Mono“ 1 „ Bimstein-Polierpulver, hellbraun 1 Tüte Inkrustationskitt (Holzkitt), blond, zum Auskitzen schadhafter Holzstellen 1 Stück Korkkehlklötz, 120x75x30 mm zum Ausnahmepreis von 3 Mark franko inkl. Emballage gegen Nachnahme. Ich übernehme jede Garantie für die Güte der Ware und für ein gutes Resultat. Bei Bestellungen genügt die Angabe: 1 Postkollo zum Versuchspolieren à 3 Mark. Mein Lehrbuch über das Belzen, Mattieren, Polieren, Lackieren, Schleifen des Holzes enthält in markiger, Werkstattsprache fachwissenschaftliche Anleitungen über alle Vollendungsarbeiten der Holzindustrie, eine künstlerisch ausgeführte 40farbige Belzafel und Preisverzeichnis über 100 Artikel. Empfohlen und glänzend beurteilt von Prof. Dr. Mellmann-Berlin, Prof. Dr. Ottokar Lenecek-Brünn, Prof. Ch. Herm. Walde-Warmbrunn, Prof. Rudolf Hammel-Wien, Direktor Oskar Strobel-München, Louis Edgar Andes-Wien (Techn. Gewerbe-Museum), k. k. Staatsgewerbeschule-Graz, Direktor J. Gossmann-München. Preis Mk. 1.50. Bei Auftragserteilung wird der Betrag zurückvergütet. Werkstattplauderei. Fachzeitschrift für die Holzindustrie. Herausgeber: Paul Horn. Interessant, unterhaltend, lehrreich für alle Männer der Werkstatt, behandelt die Konstruktionen, Werkzeuge, das Material und alle Arbeitsgänge der Holzindustrie in volkstümlicher Form. Abonnement: Jährlich 12 Nummern 3 Mark. Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Gesellsch. m. b. H. in Berlin. Druck: Bornwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW. 67.